



Beteiligungsbericht

des

Landkreises Dahme-Spreewald

für das Jahr 2018

(Anlage 5 zum Gesamtabschluss 2018)



Herausgeber
Landkreis Dahme-Spreewald

Verantwortlich
Dezernat für Kreisentwicklung, Wirtschaft, Finanzen und Sicherheit
Amt für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Tourismus
Reutergasse 12
15907 Lübben (Spreewald)
Telefon: 03546/20-1357
Telefax: 03546/20-1308
E-Mail: kreisentwicklung@dahme-spreewald.de

Stand
Dezember 2019

Inhalt

Vorwort	5
Beteiligungen des Landkreises Dahme-Spreewald einschließlich mittelbarer Beteiligungen.....	7
Kennzahlenanalyse sowie Leistungs- und Finanzbeziehungen.....	8
Kennzahlenanalyse der Beteiligungen im Vergleich	10

Verkehr

Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH	15
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	25

Standortentwicklung und Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH.....	39
Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH.....	49
Wirtschaftsregion Lausitz GmbH.....	57
BADC – Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH	65
I.N.A. Lieberoser Heide GmbH.....	75

Gesundheits- / Sozialeinrichtungen

Klinikum Dahme-Spreewald GmbH.....	81
Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH.....	91
Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH	96
Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH	99

Vermögensverwaltung

Teltower Kreiswerke GmbH.....	105
-------------------------------	-----

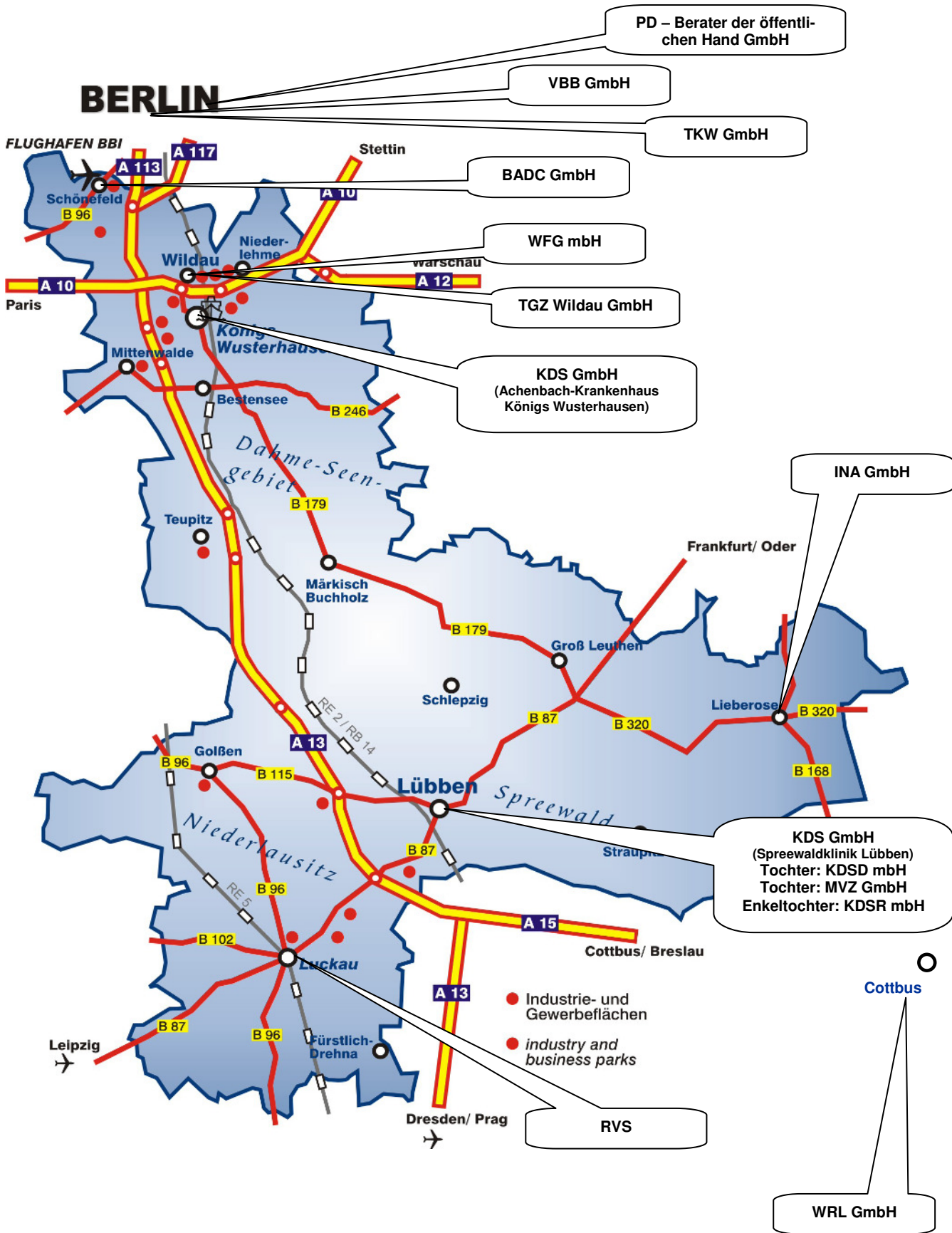
Sonstige Beteiligungen

Partnerschaft Deutschland PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	113
-------------------------------------------------------------------------	-----

Zweckverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts

Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ (KAEV).....	123
Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV).....	124
Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald	125

Abkürzungsverzeichnis.....	126
----------------------------	-----



Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2018 haben Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich einen Gesamtüberblick über die ausgegliederten und finanzwirtschaftlich verselbständigten Bereiche des Landkreises Dahme-Spreewald zu verschaffen.

Das Leistungsspektrum der übertragenen Aufgaben der Daseinsvorsorge erstreckt sich dabei auf die Bereiche Verkehr, Standortentwicklung, Wirtschaftsförderung sowie auf das Gesundheits- und Sozialwesen. Die kommunalen Unternehmen haben einen hohen Anteil daran, dass der Landkreis Dahme-Spreewald seinen Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Lebensqualität auf zahlreichen Gebieten ermöglichen kann.

Basierend auf den Anforderungen des § 61 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) werden im Beteiligungsbericht detaillierte Informationen zum Geschäftsverlauf der kommunalen Unternehmen gegeben. Auf der Grundlage der geprüften und festgestellten Jahresabschlüsse 2018 werden Einblicke und Erläuterungen in die jeweilige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Aussagen zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung der unmittelbaren Beteiligungen geliefert. Darüber hinaus enthält der Beteiligungsbericht Informationen über die mittelbaren Beteiligungen sowie Aussagen zu den Zweckverbänden, in denen der Landkreis Dahme-Spreewald Mitglied ist. Ergänzend ist er Informationsquelle über die Finanzverflechtungen zwischen dem Haushalt des Landkreises und den kommunalen Gesellschaften.

Das Beteiligungsspektrum des Landkreises Dahme-Spreewald wurde mit dem Erwerb von Geschäftsanteilen an der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH in 2018 Unternehmen auf elf Unternehmen ausgeweitet. Die Unternehmen sind ausschließlich Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH). Drei davon befinden sich im Alleineigentum des Landkreises Dahme-Spreewald. Darüber hinaus ist der Landkreis Mitglied in Zweckverbänden und hat Stimmrechte in einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Die Auswertung der Unternehmenszahlen zeigt, dass auch 2018 als ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr zu werten war. Die gesamtwirtschaftlich positive Entwicklung trug dazu bei, dass im Jahr 2018 die unmittelbar beteiligten Unternehmen insgesamt 157,3 Mio. EUR Umsatzerlöse erwirtschafteten und somit dem Vorjahresniveau entsprachen. Insgesamt umfasste das Beteiligungsspektrum des Landkreises ein Vermögen im Wert von ca. 400 Mio. EUR. Die kommunalen Unternehmen stellten 2018, wie bereits die Jahre zuvor, eine tragende Säule auf dem Arbeitsmarkt mit 1.312 Beschäftigten dar.

Auch zukünftig wird den Unternehmen des Landkreises ein hoher Stellenwert und Verantwortung beigemessen. Mit dem wirtschaftlichen Wachstum des Landkreises insbesondere im Norden des Kreises und der mit dem demographischen Wandel verbundenen Herausforderungen verstärken sich die Anforderungen an die Daseinsvorsorge. Zielstellung wird es daher weiterhin sein, in Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren die soziale, technische und verkehrliche Infrastruktur im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises zu sichern. Zentrales Thema bleibt in allen Bereichen die erforderliche Fachkräftesicherung und –gewinnung. Maßnahmen wie die Umsetzung des Breitbandausbaus im Landkreis (insgesamt 17,1 Mio. EUR), die Etablierung einer Berufsfachschule für Soziales sowie einer Fachschule für Sozialwesen am Oberstufenzentrum in Königs Wusterhausen (OSZ) zur berufsbegleitenden Erzieherausbildung, der Gewährung einer Studienbeihilfe für Medizinstudentinnen und –studenten, die Aufwertung von Buslinien auf den VBB-PlusBus-Standard sowie weiteren wirtschaftlichen und sozialen Projekten möchte der Landkreis seine Position als attraktiver Wirtschafts-, Lebens- und Erholungsraum festigen und ausbauen.

An dieser Stelle danke ich allen Beschäftigten in den Unternehmen für ihre tägliche engagierte Arbeit und wünsche der interessierten Leserschaft eine aufschlussreiche Einsichtnahme in die Zahlen und Erläuterungen des kommunalen Beteiligungsbesitzes im Landkreis Dahme-Spreewald.

Lübben, November 2019

gez. Stephan Loge
Landrat



Beteiligungen des Landkreises Dahme-Spreewald einschließlich mittelbarer Beteiligungen

Verkehr	Standort-entwicklung	Arbeit, Gesundheit, Soziales und Sport	Beteiligung/Vermögensverwaltung
<p>(RVS) Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH GF: Herr Richter</p>	<p>(WFG mbH) Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH GF: Herr Janßen</p>	<p>(KDS GmbH) Klinikum Dahme-Spreewald GmbH GF: Herr Kabiersch</p>	<p>(TKW GmbH) Teltower Kreiswerke GmbH GF: Frau Hansel</p>
Eigenbeteiligung: 100 %	Eigenbeteiligung: 100 %	Beteiligung: 51 %	Beteiligung: 40,7 %
<p>(VBB GmbH) Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH GF: Frau Henckel</p>	<p>(TGZ Wildau GmbH) Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH GF: Herr Janßen</p>	<p>(KDSD mbH) Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH GF: Herr Kabiersch, Herr Schulte</p>	<p>(PD) PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH GF: Herr Beemelmans, Herr Wechselmann</p>
Beteiligung: 1,85 %	Beteiligung: 100 %	<p><i>Mittelbare Beteiligung (Tochter KDS):</i> 100 %</p>	Beteiligung: 0,085 %
	<p>(WRL GmbH) Wirtschaftsregion Lausitz GmbH GF: Herr Bork</p>	<p>(MVZ GmbH) Medizinisches Versorgungszentrum am Achenbach-Krankenhaus GmbH GF: Herr Kabiersch</p>	
	Beteiligung: 16,67 %	<p><i>Mittelbare Beteiligung (Tochter KDS):</i> 100 %</p>	
	<p>(BADC GmbH) Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH GF: Frau Girschick</p>	<p>(KDSR mbH) Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH GF: Herr Kabiersch, Herr Schulte</p>	
	Beteiligung: 10 %	<p><i>Mittelbare Beteiligung (Tochter KDSD):</i> 100 %</p>	
	<p>(I.N.A. GmbH) I.N.A. Lieberoser Heide GmbH GF: Herr Opitz, Herr Faßmann</p>		
	Beteiligung: 26,67 %		

Kennzahlenanalyse sowie Leistungs- und Finanzbeziehungen

Die Kennzahlenanalyse im Beteiligungsbericht 2018 basiert auf der Definition der Kennzahlenberechnung des Rundschreibens des Ministerium des Innern zur Anwendung der Bestimmungen über die Erstellung und den Aufbau der Beteiligungsberichte gem. §§ 82 Abs. 2 S. 2 Nr. 5 bzw. 3 sowie 83 Abs. 4 S. 2 Nr. 5 BbgKVerf i. V. m. § 61 KomHKV vom 22.12.2009. Abweichungen zu den in den jeweiligen testierten Jahresabschlüssen der Gesellschaften ermittelten Kennzahlen sind daher möglich.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Die Anlagenintensität – das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen – ist eine Kennzahl zur Analyse der Vermögensstruktur. Eine hohe Anlagenintensität entspricht aufgrund der Kapitalbindung einem höheren Risiko. Bei einem Dienstleistungsunternehmen (ausgenommen Immobilienbranche) ist eine eher niedrige Quote charakteristisch.

$$\text{Anlagenintensität} = \text{Anlagevermögen} / \text{Bilanzsumme} \times 100$$

Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) zeigt das Verhältnis von Eigenkapital zum Gesamtkapital (Bilanzsumme). Sie ist ein wichtiges Kriterium für die Kreditwürdigkeit bzw. Bonität eines Unternehmens. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher kann die finanzielle Stabilität des Unternehmens und die Unabhängigkeit gegenüber Fremdkapitalgebern bewertet werden. 30% könnten als Richtwert dienen, wobei bei Wachstumsunternehmen auch Abschläge hingenommen werden müssen. Darüber hinaus kann der Eigenkapitalquote eine erweiterte Aussagekraft zukommen, indem zum bilanziellen Eigenkapital der anteilige Ausweis der Sonderposten, der grundsätzlich Eigenkapitalcharakter aufweist, zugerechnet wird. Dies wurde in Form einer weiteren Kennzahl ergänzend angegeben. Die Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse von 50 % bzw. 100 % erfolgte im Einklang mit der Berechnung des jeweiligen Wirtschaftsprüfers und richtete sich nach dem Erfüllungsstand der mit den Investitionszuschüssen verknüpften Bedingungen.

$$\text{Eigenkapitalquote} = \text{bilanzielles Eigenkapital} / \text{Gesamtkapital} \times 100$$

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} + \text{Sonderposten für Investitionszuschüsse}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100$$

Ein Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ergibt sich, wenn ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz vorliegt. Gemäß § 268 Abs. 3 HGB erfolgt der Ausweis des Fehlbetrages als letzte Position auf der Aktivseite. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).

Kennzahlen zur Finanzierung und Liquidität:

Mit der Anlagendeckung II erfolgt eine Gegenüberstellung von Anlagevermögen und langfristigem Kapital. Sie zeigt auf, zu welcher Quote das Anlagevermögen langfristig (durch Eigenkapital, langfristiges Fremdkapital sowie Sonderposten) finanziert wird. Ein Deckungsgrad von 90% bedeutet beispielsweise, dass lediglich 90% des Anlagevermögens langfristig und die restlichen 10% kurzfristig finanziert werden. Da das Anlagevermögen langfristig gebunden ist, sollte es i.d.R. auch langfristig finanziert werden. Gemäß der goldenen Bilanzregel sollte die Kennzahl im Optimalfall über 100 % liegen. Je weiter der Deckungsgrad II über 100% liegt, umso mehr ist neben dem Anlagevermögen auch das Umlaufvermögen durch langfristiges Kapital finanziert und damit eine höhere finanzielle Stabilität des Unternehmens gegeben. Von einer hohen Anlagenintensität und Anlagendeckung kann bei Dienstleistungsunternehmen (ausgenommen Immobilienbranche) nicht ausgegangen werden.

$$\text{Anlagendeckung II} = (\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital} + \text{SoPo}) / \text{Anlagevermögen} \times 100$$

Die Zinsaufwandsquote trägt indirekt zur Beurteilung der Finanzierung bei. Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an. Eine hohe Zinsaufwandsquote weist auf eine hohe Liquiditätsbindung hin, die meist langfristiger Natur ist. Typische Richtwerte dieser Kennzahl existieren nicht.

$$\text{Zinsaufwandsquote} = \text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} / \text{Umsatzerlöse} \times 100$$

Die Liquidität 3. Grades ist die Gegenüberstellung des gesamten Umlaufvermögens und des kurzfristigen Fremdkapitals. Sie gibt Auskunft über die Solidität der kurz- bis mittelfristigen Finanzposition. Es ist eine Liquidität über 100 % anzustreben. Ein hoher Liquiditätsstand erklärt sich auch dadurch, dass zum Jahresende zum Beispiel noch hohe Zahlungseingänge zu verzeichnen waren, deren Verwendung jedoch erst im Folgejahr erfolgt. Verstärkt wird der Effekt, dass zusätzlich geringe kurzfristige Verbindlichkeiten und hohe kurzfristige Forderungen bestehen.

$$\text{Liquidität 3. Grades} = \text{Umlaufvermögen} / \text{kurzfristiges Fremdkapital} \times 100$$

Der Cashflow zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in der zu betrachtenden Periode an. Die Kennzahl ist ein Ausdruck der Innenfinanzierungskraft und zeigt den umsatzbedingten Liquiditätszufluss bzw. -abfluss an. Für Zwecke der Information der verschiedenen Adressaten über den im Berichtszeitraum erwirtschafteten Erfolg des Unternehmens soll die vereinfachte Form des Cashflows genügen; abweichende Angaben zum Ausweis im Jahresabschlussbericht der Beteiligungen sind daher möglich.

$$\text{Cashflow} = \text{Jahresergebnis} + \text{Abschreibungen} \pm \text{Veränderung der langfristigen Rückstellungen}$$

Kennzahlen zur Rentabilität und Geschäftserfolg:

Die Eigenkapitalrentabilität kann als Ausdruck für die Leistungsfähigkeit des im Unternehmen arbeitenden Kapitals interpretiert werden. Die Zinszahl gibt die Verzinsung des im Unternehmen arbeitenden Kapitals an. Gemäß § 92 Abs. 4 BgKVerf soll eine angemessene Eigenkapitalverzinsung erwirtschaftet werden, soweit der öffentliche Zweck nicht beeinträchtigt wird. Als Richtwert kann eine marktübliche Eigenkapitalverzinsung zugrunde gelegt werden. Die jeweilige Branchenspezifika ist jedoch zu beachten. Zuschussunternehmen sind ebenfalls differenzierter zu sehen, bei ihnen steht ein Kostendeckungspotenzial im Vordergrund. Wird eine höhere Eigenkapitalrendite durch Substitution von Eigen- in Fremdkapital erzielt, steigt die finanzielle Abhängigkeit von Fremdkapitalgebern.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \text{Jahresüberschuss (Gewinn)} / \text{Eigenkapital} \times 100$$

Die Gesamtkapitalrentabilität eines Unternehmens gibt an, wie viel % des Gewinns auf das eingesetzte Gesamtkapital entfällt. Sie errechnet sich aus dem Jahresüberschuss zuzüglich der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung, dividiert durch das Gesamtvermögen. Die Gesamtkapitalrentabilität ist ein Maß dafür, wie effektiv das Unternehmen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gearbeitet hat. Im Bereich kommunaler Unternehmen mit Ausrichtung am Gemeinwohl ist eine angemessene positive Gesamtkapitalrentabilität anzustreben. Der Wert der Gesamtkapitalrentabilität sollte über 0 % liegen. Generell gilt: Je höher, desto besser.

$$\text{Gesamtkapitalrentabilität} = (\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}) / \text{Bilanzsumme} \times 100$$

Aufwandsseitig interessiert insbesondere die Bedeutung des Personalaufwandes für den Erfolg des Unternehmens. Die Personalaufwandsquote bildet das Verhältnis von Personalaufwendungen und der Gesamtleistung ab. Erwünscht ist eine möglichst niedrige Quote, da eine hohe Personalaufwandsquote einen hohen Fixkostenanteil bedeutet.

$$\text{Personalaufwandsquote} = \text{Personalaufwand} / \text{Gesamtleistung} \times 100$$

Als Gesamtleistung bezeichnet man die Summe der ersten 3 Posten der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB). Die Kennzahl gibt an, was das Unternehmen insgesamt im operativen Geschäft an Leistungen erbracht hat. Zu den Umsatzerlösen werden die Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (Bestandsveränderung) sowie andere aktivierte Eigenleistungen (z.B. eine selbsterstellte Produktionsmaschine) addiert. Zuschüsse Dritter werden demnach nicht berücksichtigt.

$$\text{Gesamtleistung} = \text{Umsatzerlöse} + \text{Bestandsveränderungen} + \text{aktivierte Eigenleistungen}$$

Kennzahlenanalyse der Beteiligungen im Vergleich

Kennzahl in 2018	Beteiligungsquote über 50 %				Beteiligungsquote unter 50 %					PD
	WFG	RVS	TGZ	KDS	TKW	INA	WRL	BADC	VBB	
	100%	100%	100%	51%	40,7%	26,67%	16,67%	10%	1,85%	
Anlagenintensität	89%	68%	82%	33%	15%	2%	15%	4%	11%	4%
Eigenkapitalquote (ohne SoPo)	25%	64%	21%	66%	97%	41%	9%	4%	7%	45%
Eigenkapitalquote (mit SoPo)	69%	77%	37%	91%	wird nicht erhoben	wird nicht erhoben	wird nicht erhoben	wird nicht erhoben	18%	wird nicht erhoben
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Anlagendeckung II	106%	94%	102%	275%	664%	1.932%	63%	90%	160%	1.066%
Zinsaufwandsquote	6%	0%	3%	0%	0%	-	-	0%	1%	0%
Liquidität 3. Grades	178%	136%	107%	395%	3.411%	167%	93%	100%	98%	173%
Cashflow	1.562 TEUR	1.335 TEUR	244 TEUR	12.161 TEUR	59 TEUR	1,5 TEUR	10,6 TEUR	24 TEUR	357 TEUR	3.943%
Eigenkapitalrentabilität (ohne SoPo)	3%	0%	8%	6%	5%	INA GmbH weist keinen Gewinn aus	WRL GmbH weist keinen Gewinn aus	19%	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	30%
Gesamtkapitalrentabilität	1%	0%	3%	4%	5%	0%	3%	1%	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	13%
Umsatz	2.639 TEUR	7.749 TEUR	504 TEUR	102.058 TEUR	218 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	857 TEUR	889 TEUR	42.435 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss) *	3.277 TEUR	8.264 TEUR	633 TEUR	102.129 TEUR	218 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	1.327 TEUR	4.113 TEUR	43.559 TEUR
Personalaufwandsquote	21%	88%	11%	55%	14%	-	-	13%	45%	31%
Anzahl der Mitarbeiter (ohne Fremdfinanzierung)	9	207	1	816	1	3	13	3	98	162
Jahresüberschuss /- fehlbetrag	259 TEUR	20 TEUR	27 TEUR	6.042 TEUR	59 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	23 TEUR	0 TEUR	3.858 TEUR
Bilanzsumme	31.274 TEUR	16.297 TEUR	1.588 TEUR	164.843 TEUR	1.211 TEUR	181 TEUR	117 TEUR	3.341 TEUR	4.923 TEUR	26.613 TEUR

*EK mit SoPo: WFG mbH, TGZ Wildau GmbH mit Anrechnung 50 % SoPo, KDS GmbH, VBB GmbH mit Anrechnung 100 % SoPo

Die Gesamtbetrachtung des Beteiligungsengagements des Landkreises Dahme-Spreewald zeigt, dass die wirtschaftliche Betätigung auch im Haushaltsjahr 2018 als positiv gewertet werden kann. So kann der künftige Fortbestand jedes einzelnen Unternehmens als nicht gefährdet eingeschätzt werden.

Die Auswertung der Kennzahlenanalyse (S. 10) ergibt, dass die Unternehmen WFG, TGZ, RVS, KDS, PD, TKW und die INA GmbH den Zielwert einer Eigenkapitalquote (teilweise unter Anrechnung des Sonderposten) von ca. 30 % erreicht bzw. überschritten haben und somit über eine solide Eigenkapitaldecke, gemessen am Verhältnis zur Bilanzsumme, verfügen. Mit rund 97 % wurde bei der TKW GmbH eine überdurchschnittliche Eigenkapitalquote ausgewiesen. Durch die Erzielung von jährlichen Jahresüberschüssen erhöhte sich sukzessive das Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote der INA GmbH ist gründungsbedingt (Oktober 2017) mit 39 % im Wesentlichen auf die geleisteten Stammeinlagen und anteiligen Zuschussleistungen der Gesellschafter zurückzuführen. Diesen standen im Geschäftsjahr selbst noch keine nennenswerten Aufwendungen gegenüber.

Bei den restlichen Beteiligungen (BADC, WRL, VBB) konnte die Zielquote per Definition nicht erreicht werden. Die BADC und die VBB erfüllten die Zielquote strukturell bedingt nicht und sind daher auch nicht als bestandsgefährdet zu bewerten.

Die Regelung des § 92 Abs. 4 BbgKVerf fordert soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird und andere gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen, dass die kommunalen Unternehmen einen Jahresüberschuss erwirtschaften, der mindestens einer marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals entspricht, um so den Haushalt der Gemeinde bzw. des Landkreises nicht zusätzlich zu belasten.

Im Geschäftsjahr 2018 erzielten alle Beteiligungen des Landkreises Jahresüberschüsse bzw. ein ausgeglichenes Ergebnis. Angesichts der rückläufigen Entwicklung der Kapitalmärkte konnten die wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises Dahme-Spreewald dennoch moderate Eigenkapitalrentabilitätsquoten erzielen. Die Spanne reichte dabei von 3 % bis 30 %. Aufgrund von ausgeglichenen Jahresergebnissen ergaben sich rein rechnerisch für die INA GmbH, die WRL GmbH und die VBB GmbH neutrale Rentabilitätsquoten (0 %). Bei der Ermittlung der Gesamtkapitalrentabilität werden dem Jahresergebnis Fremdkapitalzinsen zugerechnet und mit der Bilanzsumme ins Verhältnis gesetzt. Die erklärt die bei der WRL errechnete Gesamtkapitalrentabilität bei ausgeglichenem Jahresergebnis.

Mit Ausnahme der Beteiligungen RVS, WRL und BADC erreichten alle Unternehmen die für die Kennzahl Anlagendeckung II angestrebte Quote von mindestens 100 %. Erstmalig war bei der RVS eine Verringerung der Anlagendeckung II auf 94 % zu verzeichnen gewesen. Ursächlich dafür waren der verhältnismäßig starke Anstieg des Anlagevermögens durch den Erwerb von 10 neuen Kraftomnibussen im Verhältnis zum unterdurchschnittlichen Anstieg des Eigenkapitals (+ 20 TEUR). Mit Verringerung der Kennzahl auf 94 % wird erstmals seit Jahren deutlich, dass das gesamte Anlagevermögen nicht mehr durch das langfristig vorhandene Kapital finanziert ist.

Zusammenfassend war festzustellen, dass das langfristige Anlagevermögen der Beteiligungen weitgehend durch langfristiges Kapital gesichert war. Den mit Abstand größten Wert i. H. v. 1.932 % wies die INA GmbH aus, da dem geringen Anlagevermögen ein vergleichsweise hohes Eigenkapital gegenüberstand.

Die Liquidität 3. Grades sollte nach Möglichkeit einen Wert von über 100 überschreiten. Dies wurde von mit Ausnahme der WRL zum Stichtag 31.12.2018 von allen Beteiligungsunternehmen des Landkreises Dahme-Spreewald erreicht. Die Liquidität aller Gesellschaften war im Berichtsjahr gesichert. Bei der TKW GmbH bestand eine überdurchschnittlich hohe Liquidität 3. Grades aufgrund des sehr hohen Kassenbestandes in Relation zu den niedrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Berechnung der Personalaufwandsquote erfolgte analog der Vorjahre unter Beachtung des erweiterten Umsatzbegriffes nach § 275 Abs. 2 Nr. 1 - 3 HGB (Gesamtleistung). Gesellschafterzuschüsse oder anderweitige öffentliche Einnahmen waren demnach nicht zu berücksichtigen jedoch alle Leistungen, die mit dem operativen Geschäft erzielt wurden. Bei der Berechnung der Personalaufwandsquote fanden Fremdfinanzierungen (Arbeitnehmerförderung) sowie Zuschüsse der öffentlichen Hand keine Berücksichtigung. Vor diesem Hintergrund und der personalintensiven Branchen Medizin und Nahverkehr sind die relativ hohen Personalaufwandsquoten der RVS (88 %) und der KDS (55 %) vertretbar. Die WRL erzielte im Berichtsjahr keine Umsatzerlöse, so dass eine Personalaufwandsquote rein rechnerisch nicht ermittelbar war. Die Quote aller anderen Gesellschaften kann als angemessen bewertet werden.

Insgesamt zeigte sich, dass bei allen Gesellschaften die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Tätigkeit der Gesellschaften entsprechend, geordnet und stabil waren.

Wesentliche finanzielle Auswirkungen der Beteiligungsunternehmen auf den Haushalt des Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2018

Auch wenn der Haushalt des Landkreises Dahme-Spreewald durch Zuschussleistungen an die Unternehmen belastet wurde, ergaben sich darüber hinaus keine außerplanmäßigen Mehrbelastungen in 2018.

Ein Großteil der Beteiligungen wurde zur Erfüllung ihrer übertragenen Aufgaben auch im Jahr 2018 finanziell durch den Landkreis Dahme-Spreewald unterstützt. Ausnahmen bildeten die Gesellschaften: TKW GmbH, BADC GmbH, KDS GmbH und die PD GmbH.

Insgesamt unterstützte der Landkreis im Jahr 2018 seine Beteiligungen finanziell mit 3.147,3 TEUR (Vj. 5.420,3 TEUR). Der höchste Betriebskostenzuschuss wurde an die RVS gezahlt. Insgesamt wurde die RVS vom Land Brandenburg und vom Landkreis Dahme-Spreewald i. H. v. 8.380 TEUR (Vj. 7.945 TEUR) bezuschusst.

Das Halten von Geschäftsanteilen an der TKW GmbH stellt keine klassische Beteiligung im Sinne des § 92 BbgKVerf dar. Das Beteiligungsverhältnis entspricht vielmehr einer Vermögensverwaltung nach § 91 Abs. 7 BbgKVerf, da jährliche Ausschüttungen aus der Geschäftsbesorgung, der durch die TKW GmbH verwalteten Objekte generiert werden. Bei der Auszahlung handelt es sich um die erwirtschafteten Überschüsse der getrennt von der GmbH verwalteten Objekte der Eigentümergemeinschaft, bestehend aus den Landkreisen Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark. Die Gewinnausschüttung aus Vermietung und Verpachtung belief sich in 2018 auf 366 TEUR.

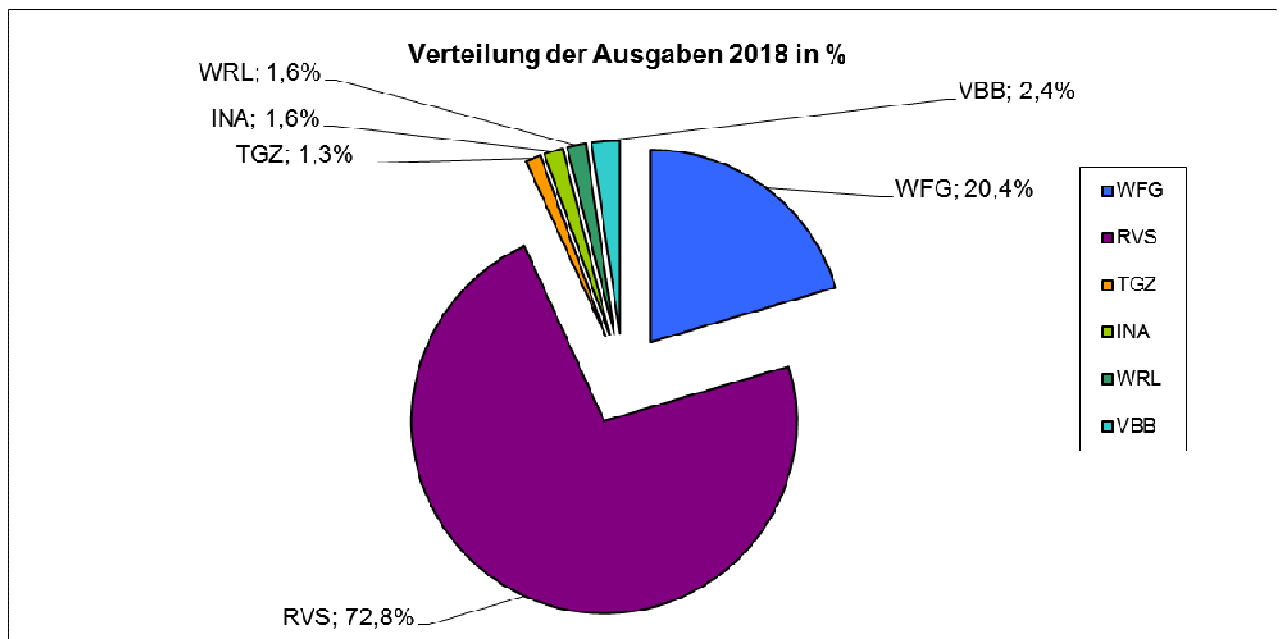
Von einer finanziellen Unterstützung des Landkreises an seine Beteiligungen ist gemäß den beschlossenen Wirtschaftsplänen weiterhin auszugehen. Mittelbedarfe fanden in der Haushaltsplanung 2019/2020 sowie dem Nachtragshaushalt 2019/2020 des Landkreises Berücksichtigung.

Die Gründe für den Mittelbedarf sind vielfältig und liegen oftmals im kommunalen Gesellschaftszweck selbst. Auch wenn für öffentliche Güter eine hohe Nachfrage und eine Verpflichtung seitens der Kommunen auf dessen Erfüllung besteht, bedürfen diese oftmals mangels Profitabilität finanzieller Unterstützung der öffentlichen Hand, zumal eine Privatisierung die Einflussnahme auf die sozialen Rahmenbedingungen über die Erfüllung der originären öffentlichen Aufgabe erheblich einschränkt. Unabhängig davon sind die kommunalen Unternehmen gemäß § 92 Abs. 4 BbgKVerf zum profitablen Wirtschaften angehalten.

Ein weiterer Grund für den eingeschränkten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sind die hohen Kreditbelastungen aufgrund getätigter Investitionen in kommunale Infrastruktur und den damit verbundenen Abschreibungsaufwendungen (WFG mbH, TGZ Wildau GmbH). Auch Risiken aus der Generierung von Fördermitteln zur Finanzierung von Projekten und damit verbundene Chancen (WRL GmbH, INA GmbH) beeinflussen den Erfolg der kommunalen Unternehmen.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Haushaltsbelastungen und –entlastungen der wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises in 2018.

Beteiligungen	Leistungs- und Finanzbeziehung	Einnahmen in TEUR	Ausgaben in TEUR
WFG	Betriebskostenzuschuss	0,0	500,0
	Projektmittel (Start to), KKP	0,0	106,3
	Dienstleistungsvertrag Breitband	0,0	36,0
RVS	Betriebskosten- und Investitionszuschüsse	0,0	2.291,0
KDS	keine Finanzbeziehung	0,0	0,0
TGZ	Übernahme Darlehen (Begleichung Kapitaldienst)	0,0	40,0
TKW	Gewinnausschüttungen aus Vermietung und Verpachtung (Geschäftsbesorgung)	366,0	0,0
	Veräußerung aus dem Teltowvermögen	0,0	0,0
INA	Betriebskostenzuschuss	0,0	50,0
WRL	Betriebskostenzuschuss	0,0	50,0
BADC	Betriebskostenzuschuss	0,0	0,0
VBB	Betriebskostenzuschuss	0,0	74,0
PD	keine Finanzbeziehung	0,0	0,0
Einnahmen/Ausgaben insgesamt	liquide Haushaltsauswirkung für den LDS im Jahr 2018	366,0	3.147,3



Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

Geschäftsleitung / Niederlassung Luckau

Nissanstraße 7

15926 Luckau

Tel.: +49 (0) 3544 / 5001-0

Fax: +49 (0) 3544 / 5001-15

E-Mail: info@rvs-lds.de

Niederlassung Mittenwalde

Gewerbestraße 1

15749 Mittenwalde

+49 (0) 33764 / 873-0

+49 (0) 33764 / 873-15

www.rvs-lds.de



	2018	2017	2016
Stammkapital in EUR	1.035.366,06	1.035.366,06	1.035.366,06
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in EUR	1.035.366,06	1.035.366,06	1.035.366,06
Datum der Gründung	01.07.1991		
aktueller Gesellschaftsvertrag	10.12.2012		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Organisation und Durchführung des Linienverkehrs nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg (ÖPNV-Gesetz).</p> <p>Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr als Aufgabe der Daseinsvorsorge für den Gesellschafter als Aufgabenträger. Grundlage ist der Nahverkehrsplan des Gesellschafters in der jeweils gültigen Fassung.</p> <p>Die Gesellschaft ist Inhaber der Linienkonzession.</p> <p>Durchführung von Leistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz (§ 42 PBefG), wie Sonderformen des Linienverkehrs (§ 43 PBefG) und Mietomnibusverkehr (§ 49 PBefG) für Schülerfahrten im unterrichtsnahen Raum.</p>		
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführer:</u> Herr Siegfried Richter</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u></p> <p>Vertreter LDS:</p> <p>Herr Stephan Loge (Landrat)</p> <p>Herr Wolfgang Luchmann</p> <p>Herr Lothar Treder-Schmidt</p> <p>Herr Benjamin Kaiser</p> <p>Herr Marco Kehling</p> <p>Herr Lutz Krause</p> <p>Stellvertreter LDS:</p> <p>Herr Heiko Jahn (Dezernent)</p> <p>Frau Nancy Engel</p> <p>Herr Georg Hanke</p> <p>Herr Siegfried Ernst</p> <p>Herr Dr. Michael Kuttner</p> <p>Herr Reinhard Krüger</p>		
Beschäftigte	207		

Bilanz der RVS

Bilanz zum		31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
		in EUR	in EUR	in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	11.065.462	9.802.965	8.597.377
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	2.349	4.838	4.566
1.	Konzessionen, gewerbli. Schutzrechte u. ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	2.349	4.838	4.566
II.	Sachanlagen	11.063.113	9.798.127	8.592.811
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	1.423.393	1.529.301	1.655.795
2.	Fahrzeuge für Personenverkehr	9.303.833	7.870.600	6.573.820
3.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	270.668	316.976	363.195
4.	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	65.220	81.250	1
III.	Finanzanlagen	0	0	0
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0
B.	Umlaufvermögen	5.163.372	5.243.550	4.297.763
I.	Vorräte	234.411	207.514	242.530
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	234.411	207.514	242.530
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	934.674	900.042	1.053.508
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	574.988	580.625	555.835
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	359.686	319.417	497.673
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks	3.994.287	4.135.994	3.001.725
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	68.441	56.490	45.174
	Bilanzsumme	16.297.275	15.103.004	12.940.314
Passiva				
A.	Eigenkapital	10.351.194	10.331.579	10.199.056
I.	Gezeichnetes Kapital	1.035.366	1.035.366	1.035.366
II.	Kapitalrücklage	4.661.163	4.661.163	4.661.163
III.	Gewinnrücklagen	4.635.050	4.502.526	4.330.702
1.	Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBILG	2.030.264	2.030.264	2.030.264
2.	Sonderverlustrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBILG	104.379	104.379	104.379
3.	Andere Gewinnrücklagen	2.500.407	2.367.883	2.196.058
V.	Bilanzgewinn / Bilanzverlust	19.615	132.524	171.824
B.	Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	2.140.448	1.158.012	0
C.	Rückstellungen	3.170.426	3.059.475	2.158.119
1.	Steuerrückstellungen	375.000	350.000	0
2.	Sonstige Rückstellungen	2.795.426	2.709.475	2.158.119
D.	Verbindlichkeiten	605.931	522.632	557.923
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0	0
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	444.735	434.347	452.387
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbund. Unternehmen	0	0	0
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	161.197	88.285	105.537
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	29.275	31.306	25.216
	Bilanzsumme	16.297.275	15.103.004	12.940.314

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen hat sich im Berichtsjahr um 1.262 TEUR auf 11.065 TEUR erhöht. Dies erfolgte insbesondere durch getätigte Investitionen in Höhe von 2.740 TEUR, welche die planmäßigen Abschreibungen (1.318 TEUR) kompensieren konnten. Anschaffungen betrafen im Berichtsjahr vor allem 10 neue Kraftomnibusse für den Personenverkehr in der Niederlassung Mittenwalde (2.634 TEUR). Die neuen Kraftomnibusse wurden im Berichtsjahr vom Gesellschafter bezuschusst (1.102 TEUR).

Die Erhöhung des Vorratsbestands um 27 TEUR auf 234 TEUR resultierte vor allem aus den höheren Beständen an Dieselmotorkraftstoffe und Materialien.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich im Saldo stichtagsbedingt um 6 TEUR auf 575 TEUR. Innerhalb der sonstigen Vermögensgegenstände (360 TEUR) haben sich die Forderungen gegenüber dem Finanzamt (25 TEUR; 120 TEUR) erhöht. Sie betrafen die Umsatzsteuervoranmeldung für das IV. Quartal 2018.

Die liquiden Mittel reduzierten sich Berichtsjahr nur geringfügig um 142 TEUR auf 3.994 TEUR. Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten (68 TEUR) betraf im Jahr 2018 gezahlte Inventar-, Elektro- und Gebäudeversicherungen (47 TEUR) für das Jahr 2019 sowie Wartungs-, Lizenz- und Rundfunkgebühren über den Stichtag hinaus.

Das Eigenkapital erhöhte sich auf 10.351 TEUR. Begründet wird dies durch den Jahresüberschuss in Höhe von 20 TEUR, der im Berichtsjahr dem Eigenkapital zugeführt wurde.

Die Position Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen wurde im Vorjahr erstmalig ausgewiesen. Im Berichtsjahr betrug er 2.140 TEUR (Vj. 1.158 TEUR) und wurde für die Anschaffung von zehn Bussen (1.102 TEUR) neugebildet. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt über die Nutzungsdauer der geförderten Gegenstände.

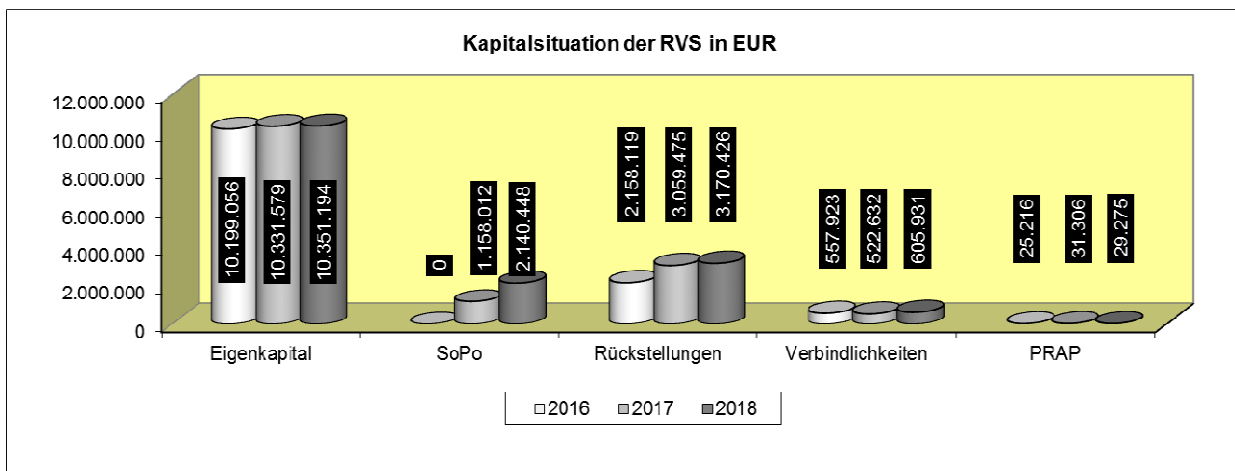
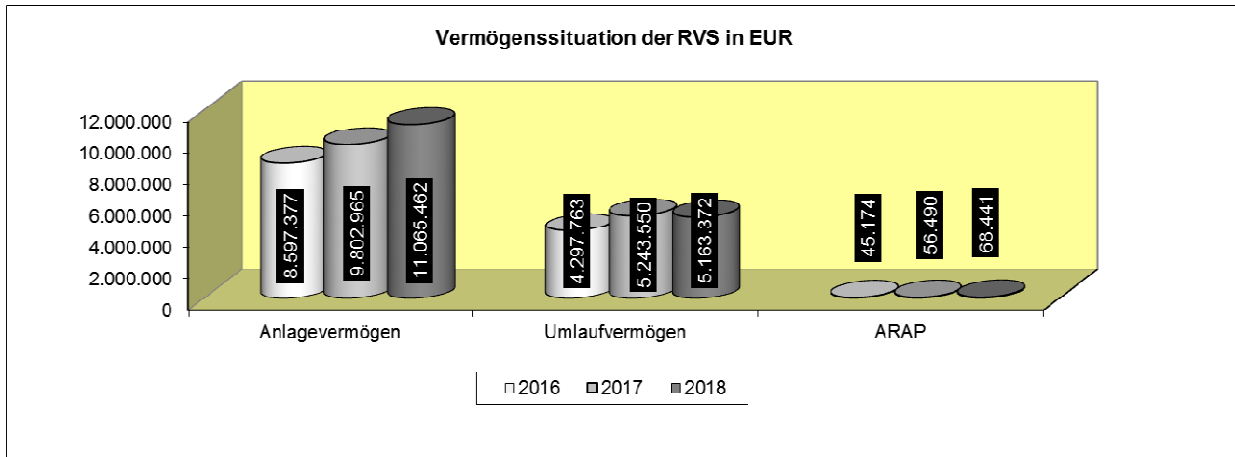
Die Bilanzposition Rückstellungen hat sich um 111 TEUR auf 3.170 TEUR erhöht. Im Vorjahr wurden erstmals Steuerrückstellung (350 TEUR) eingebucht. Die Steuerrückstellung wurde auf Grund der Betriebsprüfung für die Jahre 2010 bis 2013 (200 TEUR) und der sich eventuell ergebenden Nachzahlungen für die Jahre 2014 bis 2017 (150 TEUR) gebildet. Für das Jahr 2018 wurden 25 TEUR gebildet. Die sonstigen Rückstellungen erhöhen sich um 86 TEUR auf 2.795 TEUR. Die Position beinhaltet u.a. die Rückstellungen für die VBB-Einnahmeaufteilung (700 TEUR), die Umlageforderungen des Haftpflichtverbandes öffentlicher Verkehrsbetrieb (513 TEUR), Urlaubs- und Überstundenrückstellungen (123 TEUR) und die Umlage für den Autoschadenausgleich (119 TEUR).

Im Berichtsjahr bestanden keine Kreditverbindlichkeiten. Neue Kredite wurden nicht aufgenommen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+11 TEUR, 445 TEUR) sind stichtagsbedingt und betrafen im Jahr 2018 hauptsächlich Verbindlichkeiten für bezogene Leistungen (42 TEUR, Reinigung und Wartung), Verbindlichkeiten für Subunternehmer (32 TEUR), Verbindlichkeiten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (89 TEUR, Material und Kraftstoffe) sowie sonstige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (261 TEUR).

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten (161 TEUR) wurden vor allem offene Lohn- und Gehaltszahlungen sowie Provisionen ausgewiesen. Sie erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 73 TEUR.

In der Position passive Rechnungsabgrenzungsposten (29 TEUR) wurden ausschließlich Einnahmen aus Jahresfahrkarten (26 TEUR) und Einnahmen aus Firmentickets (3 TEUR) ausgewiesen.



Gewinn- und Verlustrechnung der RVS

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
1.	Umsatzerlöse	7.749.054	7.601.109	9.488.237
2.	Sonstige betriebliche Erträge	7.659.066	7.239.923	4.497.103
3.	Materialaufwand	-5.476.773	-5.009.598	-3.925.120
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-3.464.038	-3.124.364	-2.767.315
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.012.735	-1.885.234	-1.157.805
	Rohergebnis	9.931.346	9.831.435	10.060.220
4.	Personalaufwand	-7.241.753	-6.910.898	-6.835.712
	a) Löhne und Gehälter	-5.848.310	-5.598.606	-5.534.679
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.393.443	-1.312.293	-1.301.033
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.318.246	-1.214.654	-1.257.614
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.313.594	-1.173.668	-1.742.739
	Betriebsergebnis	57.753	532.215	224.154
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	433	1.186	39.519
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.282	-39.135	-80.346
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
	Finanzergebnis	-1.849	-37.948	-40.827
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	55.904	494.266	183.327
11.	Außerordentliche Erträge	0	0	0
12.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
13.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-25.000	-350.000	0
15.	Ergebnis nach Steuern	30.904	144.266	183.327
16.	Sonstige Steuern	-11.290	-11.742	-11.503
17.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	19.615	132.524	171.824

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr nur geringfügig um 148 TEUR auf 7.749 TEUR erhöht. Der Hauptbestandteil der Position war die Ausweisung der Erlöse aus dem Linienverkehr (6.055 TEUR). Im Berichtsjahr sind sie um 167 TEUR gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Erträge waren im Berichtsjahr um 419 TEUR auf 7.659 TEUR gestiegen. Die Position beinhaltete hauptsächlich die Ausweisung der Ausgleichleistung des Gesellschafters – 7.144 TEUR.

Die Erhöhung beim Materialaufwand um 467 TEUR auf 5.477 TEUR erfolgte insbesondere durch einen höheren Materialverbrauch für Dieselkraftstoffe sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (+346 TEUR, 3.272 TEUR). Darüber hinaus stiegen die Aufwendungen für fremde Transportkosten für Nachauftragnehmer (+103 TEUR, 1.774 TEUR).

Die gestiegenen Personalkosten (+331 TEUR; 7.242 TEUR) resultierten vor allem aus der Erhöhung der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter von 197 auf 207 im Berichtsjahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Berichtsjahr um 140 TEUR auf 1.314 TEUR erhöht. Die Erhöhung der Position war hauptsächlich durch die höheren Verwaltungskosten begründet (+137 TEUR).

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen reduzierten sich im Berichtsjahr um 37 TEUR auf 2 TEUR. Sie betrafen vor allem die Abzinsung von Rückstellungen (2 TEUR, Vj. 39 TEUR).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag reduzierten sich im Berichtsjahr um 325 TEUR auf 25 TEUR. Dies war durch die geringere Zuführung zu den Steuerrückstellungen infolge der Betriebsprüfung begründet (Körperschaftsteueraufwand) - Zuführung im Berichtsjahr 25 TEUR (Vj. 350 TEUR).

Die Position sonstige Steuern (12 TEUR) betraf im Berichtsjahr die Grundsteuer (9 TEUR) und die Kfz-Steuer (3 TEUR).

Analysedaten

Die Anlagenintensität erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um drei Prozentpunkte und betrug im Berichtsjahr 68 %. Ursächlich hierbei war der starke Anstieg des Anlagevermögens – insbesondere die Erhöhung der Bilanzposition Fahrzeuge für den Personenverkehr um 1.433 TEUR auf 9.304 TEUR. Demnach sind 68 % des Gesamtkapitals im Anlagevermögen gebunden.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich um 4 Prozentpunkte auf 64 %. Ursächlich hierbei war die Erhöhung des Gesamtvermögens um 1.194 TEUR auf 16.297 TEUR - insbesondere in der Bilanzposition Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen (+982 TEUR auf 2.140 TEUR). Die hohe Eigenkapitalquote lässt die Unabhängigkeit und die finanzielle Sicherheit des Unternehmens erkennen. Die Eigenkapitalquote mit Sonderposten beträgt 77 % und wurde im Vorjahr erstmalig ausgewiesen.

Durch die Anschaffung von 10 neuen Kraftomnibussen im Berichtsjahr erhöhte sich die Bilanzposition Fahrzeuge für den Personenverkehr um 1.433 TEUR auf 9.304 TEUR. Das Eigenkapital erhöhte sich dagegen nur um 20 TEUR auf 10.351 TEUR. Im Ergebnis sank die Anlagendeckung II von 105 % auf 94 %. Mit Verringerung der Kennzahl auf 94 % wird erstmals seit Jahren deutlich, dass das gesamte Anlagevermögen nicht mehr durch das langfristig vorhandene Kapital gedeckt ist.

Die Zinsaufwandsquote betrug 0 % (Vj. 1 %). Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an. Ursächlich für die Abnahme der Kennzahl war die Positionen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen, diese reduzierte sich um 37 TEUR auf 2 TEUR und wirkte sich somit auf die Kennzahl aus. In der Position wurde hauptsächlich der Zinsaufwand aus der Abzinsung von Rückstellungen abgebildet.

Auf Grund der im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen liquiden Mittel (-142 TEUR auf 3.994 TEUR) sowie der Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten (+83 TEUR auf 606 TEUR) und der Rückstellungen (+110 TEUR auf 3.170 TEUR) war die Liquidität 3. Grades von 145 % auf 136 % gesunken. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens war im Berichtsjahr und ist auch zukünftig gegeben.

Der Cash Flow wurde durch den im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Jahresgewinn (20 TEUR, Vj. 133 TEUR) sowie höheren Abschreibungen (1.318 TEUR, Vj. 1.215 TEUR) beeinflusst – der Zahlungsmittelüberschuss betrug am Ende der Periode 1.335 TEUR und reduzierte sich somit zum Vorjahr um 84 TEUR.

Die Eigenkapitalrentabilität (0 %) bringt die Verzinsung des eingesetzten Kapitals durch seinen Einsatz im Unternehmen zum Ausdruck. Bei der RVS ging die Kennzahl im Berichtsjahr bedingt durch den geringeren erwirtschafteten Jahresüberschuss und durch die Erhöhung des Eigenkapitals zurück.

Die Reduzierung der Gesamtkapitalrentabilität war bedingt durch den starken Anstieg des Gesamtvermögens um 1.194 TEUR auf 16.297 TEUR und die Reduzierung der Fremdkapitalzinsen um 37 TEUR auf 2 TEUR sowie des Jahresüberschusses um 113 TEUR auf 20 TEUR. Die Kennzahl gibt die Verzinsung des im Unternehmen investierten Kapitals an.

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr nur geringfügig um 148 TEUR auf 7.749 TEUR erhöht. Der Hauptbestandteil der Position war die Ausweisung der Erlöse aus dem Linienverkehr (6.055 TEUR). Im Berichtsjahr sind sie um 167 TEUR gesunken.

Die Personalaufwandsquote erhöhte sich um drei Prozentpunkte auf 88 %. Ausschlaggebend hierfür waren der Anstieg der Gesamtleistung um 123 TEUR auf 8.264 TEUR sowie der Anstieg der Personalaufwendungen um 331 TEUR auf 7.242 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Von den Gesamterlösen werden demnach 88 % durch Personalaufwand aufgezehrt.

Kennzahl	2018	2017	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	68 %	65 %	66 %
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	64 %	68 %	79%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	77 %	76 %	wird nicht erhoben
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	94 %	105 %	119 %
Zinsaufwandsquote	0 %	1 %	1 %
Liquidität 3. Grades	136 %	145 %	157 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	1.335 TEUR	1.419 TEUR	1.473 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0 %	1 %	2 %
Gesamtkapitalrentabilität	0 %	1 %	2 %
Umsatz	7.749 TEUR	7.601 TEUR	9.488 TEUR
Gesamtleistung	8.264 TEUR	7.285 TEUR	7.485 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	20 TEUR	133 TEUR	172 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	88 %	85 %	91 %
Anzahl der Mitarbeiter	207	197	195

Geschäftsverlauf 2018

Der öffentlich-rechtliche Dienstleistungsauftrag zwischen dem Landkreis Dahme-Spreewald und der RVS über die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs mit Bussen im Landkreis Dahme-Spreewald für den Zeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2026 wurde im Dezember 2016 auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses 2016/122 unterzeichnet. Mit dem Dienstleistungsauftrag stellt der Landkreis Dahme-Spreewald auch weiterhin eine ausreichende Verkehrsbedienung im Kreisgebiet sicher.

Die RVS erzielte in 2018 Erlöse (ohne Innenumsatz) in Höhe von 15.408 TEUR (Vj. 14.841 TEUR). Die Gesamtkosten (ohne Innenaufwand) betragen vor Zinsen und Steuern 15.351 TEUR (Vj. 14.309 TEUR). Der Jahresüberschuss 2018 wurde mit 20 TEUR (Vj. 132 TEUR) ausgewiesen. Das Jahresergebnis 2018 wurde insbesondere durch die Erträge aus Auflösung von Rückstellungen beeinflusst.

Der Kostendeckungsgrad der RVS betrug vor Zinsen und Steuern und ohne die Mittel zur Förderung von Verkehrsleistungen 59,9 % (Vj. 56,9 %).

Über alle Leistungsarten wurden im Vergleich zum Vorjahr 90.280 Wgkm (+1,2 %) mehr gefahren (7.837.531 Wgkm, Vj. 7.747.251 Wgkm). Im Linienverkehr reduzierte sich die Anzahl der beförderten Personen zum Vorjahr auf 6.150.337 Personen – dies entsprach einem Rückgang um 3,9 % bzw. um -252.421 Personen. Im Geschäftsjahr wurden auf insgesamt 50 Linien 934 Haltestellen bedient.

Die Fahrpreise im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) blieben im Jahr 2018 unverändert. Zum 01.01.2017 gab es im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg die letzte Tarifierung. Mit verbundweit durchschnittlich 0,56 % war es die niedrigste Anpassungsrate, die bislang im Verkehrsverbund umgesetzt wurde (2016: 1,84 %).

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 15.04.2015 den Nahverkehrsplan für den übrigen ÖPNV des Landkreises Dahme-Spreewald 2015 – 2020 beschlossen. Im Berichtsjahr wurden weitere Maßnahmen umgesetzt. Seit dem 05.07.2018 rollen im Landkreis die ersten PlusBusse. Der PlusBus Spreewald mit seinen Linien 472 und 500 ist die ideale Ergänzung zum Regionalverkehr auf der Schiene. Diese „Premium Linien“ zeichnen sich durch erhöhte Qualitätsmerkmale aus: gute Anschlusszeiten zur Bahn, ausgeweitete Betriebszeiten von 6:00 bis 20:00 Uhr im leicht merkbaren Stundentakt (Mo-Fr), mindestens 6 Fahrten an den Wochenendtagen und der Einsatz barrierefreier Busse.

Im Jahr 2016 fand eine Verkehrserhebung statt, welche die Grundlage der VBB-Einnahmeaufteilung für die Jahre 2016 bis 2018 bildet. Die VBB-Einnahmeaufteilung für 2016 wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Es ergab sich eine Zahlungsverpflichtung in Höhe von 167 TEUR. Die gebildeten Rückstellungen in Höhe von 1.118 TEUR mussten dementsprechend im Berichtsjahr aufgelöst werden. Für die VBB-Einnahmeaufteilung der Jahre 2017 und 2018 wurden hierfür Rückstellungen gebildet. Diese belaufen sich für 2017 und 2018 auf insgesamt 700 TEUR. Entsprechende liquide Mittel stehen zur Verfügung.

Die Vergütung der Beschäftigten erfolgt seit 01.01.2008 nach dem Tarifvertrag Nahverkehr Brandenburg (TV-N–BB). Der TV-N BRB hat bundesweit das niedrigste Einkommensniveau aller Nahverkehrstarifverträge. Der Tarifvertrag für den Nahverkehr hatte eine Laufzeit bis Ende 2016. Nach dem ausgehandelten Kompromiss Anfang des Jahres 2017 werden die Löhne für jüngere und ältere Beschäftigte angeglichen. Die Löhne der Neubeschäftigten, die bislang etwas schlechter bezahlt wurden, werden in zwei Schritten bis Oktober 2018 um 3,9 % erhöht. Die älteren Mitarbeiter erhalten zwei Einmalzahlungen in einem Umfang von 1,9 %. Für Beschäftigte, die seit dem Jahr 2002 eingestellt wurden, gibt es bis zu vier Urlaubstage mehr. Des Weiteren soll es für alle Beschäftigten erstmals ein Urlaubsgeld in Höhe von einem EUR pro Arbeitstag geben. Die RVS hatte im Berichtsjahr 207 Beschäftigte. Die Personalaufwendungen beliefen sich auf insgesamt 7.241.752,98 EUR.

Im Jahr 2018 wurden 10 Niederflerbusse angeschafft. Die Nettoinvestitionskosten betragen 2.634 TEUR. Es wurden Fördermittel in Höhe von 1.102 TEUR vom Aufgabenträger zur Verfügung gestellt. Durchschnittlich waren 120 Omnibusse im Bestand. Im Geschäftsjahr wurden sechs Kraftomnibusse mit einem Restbuchwert von insgesamt 159 TEUR veräußert. Dabei wurde ein Veräußerungserlös von 160 TEUR erzielt.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Gewinnung neuer qualifizierter Busfahrer/-innen gestaltet sich seit einigen Jahren und auch in diesem Geschäftsjahr äußerst schwierig. Bewerbungen sind weiterhin rückläufig. Der Personalbestand hat sich in Bezug zum Vorjahr nur geringfügig geändert (207 Beschäftigte; Vj. 197 Beschäftigte).

Dadurch müssen noch weitere Leistungen an Subunternehmen vergeben werden, um alle Fahrten zu gewährleisten. Im Berichtsjahr stiegen dadurch die Aufwendungen für fremde Transportkosten für Nachauftragnehmer um 103 TEUR (+6,2 %) auf 1.774 TEUR. Gemäß dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag über die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zur Durchführung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Dahme-Spreewald darf die Vergabe an Nachauftragnehmer maximal ein Drittel der öffentlichen Verkehrsdienste betragen. Gegenwärtig wurden 19 % der Gesamtfahrplankilometer an Subunternehmen vergeben. Eine Verbesserung der Situation der Fachkräftegewinnung ist in den Folgejahren nicht absehbar.

Für die Personalgewinnung wurden durch die RVS Maßnahmen erarbeitet, um mögliche Anreize für das Fahrpersonal zu schaffen, u.a.:

Neue Fahrpersonale werden grundsätzlich in die Entgeltgruppe 5 / Stufe 2 eingestuft. Bei vorliegender Berufserfahrung erhalten diese eine Arbeitsmarktzulage von 100 EUR/Monat. Die Zulage wird widerruflich gewährt und ist zeitlich unbefristet. Im Rahmen der Gleichbehandlung wird diese Zulage auf Antrag auch Fahrern gewährt, die bereits länger im Unternehmen sind und sich in der Entgeltgruppe 5 befinden. Eine Erhöhung der Zulage auf 250 EUR/Monat ist angedacht.

Des Weiteren wurde eine Betriebsvereinbarung über die Gewährung einer Anwesenheitsprämie abgeschlossen. Die Anwesenheitsprämie beträgt 100 EUR pro Monat, wenn innerhalb von drei Monaten nur maximal zwei krankheitsbedingte Fehltage vorliegen.

Bereits seit 2014 trägt die RVS die Kosten für die gesetzlich vorgeschriebenen Weiterbildungsmodule im Rahmen des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes und gewährt die Teilnahme als Arbeitszeit. Darüber hinaus wurden Maßnahmen eingeleitet, um den Ruf der RVS als attraktive Arbeitgeberin zu erhöhen. Hierzu zählen die Schaffung so genannter Springer-Funktionen, mitarbeiter- und familienfreundliche Dienstpläne, Modernisierung der Aufenthaltsräume, Einführung einer Gesundheitsvorsorge, eine „Politik der offenen Tür“, Verbesserungen bei der Dienstkleidung, Prüfung von Prämienmodellen etc.

Die Tarifverhandlungen zum TV-N-BB wurden im Änderungstarifvertrag Nr. 7 am 14.02.2019 mit folgenden Ergebnissen abgeschlossen:

Oktober 2018	2 % Tarifierhöhung
November 2018	512 EUR jährliche Einmalzahlung
April 2019	5 % Tarifierhöhung
April 2019	200 EUR Einmalzahlung
Juni 2019	260 EUR Urlaubsgeld

Der Änderungstarifvertrag Nr. 7 endet am 30.06.2020.

Die Fahrpreise im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) blieben im Jahr 2018 und 2019 unverändert. Erst zum 01.01.2020 wird es im VBB eine Tarifierhöhung geben. Das hat der Aufsichtsrat des VBB in der Sitzung am 26.09.2019 beschlossen. Auf Basis des Tarifindex ergibt sich eine durchschnittliche Steigerungsrate von 3,3 %. Die Anpassungsrate orientiert sich an der Preisentwicklung der Lebenshaltungs-, Strom- und Kraftstoffpreise der vergangenen 60 Monate. Letztmalig wurden die Fahrpreise zum 01.01.2017 um 0,56 % angehoben. Unverändert bleiben im nächsten Jahr unter anderem die Preise für Abo-Kunden in Berlin und für das VBB-Abo 65plus. Auch für alle Azubis und Schüler und -innen in Berlin und Brandenburg ändert sich der Preis für die Zeitkarten nicht. Das VBB-Firmenticket mit Arbeitgeberzuschuss bleibt in Berlin AB weiterhin unter der 50-Euro-Marke.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2018	keine
	2017	keine
	2016	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2018	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 8.380 dav. Kreismittel: 2.291
	2017	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 7.445 dav. Kreismittel: 2.057
	2016	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 7.695 dav. Kreismittel: 2.081

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der RVS.

Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

Hardenbergplatz 2

10623 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 25 41 40

Fax: +49 (0) 30 / 25 41 41 12

E-Mail: info@vbb.de

www.vbb.de



**Verkehrsverbund
Berlin-Brandenburg**
Alles ist erreichbar.

Stammkapital in EUR	2018: 324.000	2017: 324.000	2016: 324.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteile in EUR	Anteile in %
	Land Berlin	108.000	33,33
	Land Brandenburg	108.000	33,33
	Stadt Brandenburg an der Havel	6.000	1,85
	Stadt Frankfurt/ Oder	6.000	1,85
	Stadt Cottbus	6.000	1,85
	Landeshauptstadt Potsdam	6.000	1,85
	Landkreis Barnim	6.000	1,85
	Landkreis Dahme-Spreewald	6.000	1,85
	Landkreis Elbe-Elster	6.000	1,85
	Landkreis Havelland	6.000	1,85
	Landkreis Märkisch-Oderland	6.000	1,85
	Landkreis Oberhavel	6.000	1,85
	Landkreis Oberspreewald-Lausitz	6.000	1,85
	Landkreis Oder-Spree	6.000	1,85
	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	6.000	1,85
	Landkreis Potsdam-Mittelmark	6.000	1,85
	Landkreis Prignitz	6.000	1,85
	Landkreis Spree-Neiße	6.000	1,85
	Landkreis Teltow-Fläming	6.000	1,85
	Landkreis Uckermark	6.000	1,85
	Gesellschafteranteile gesamt	324.000	100,00
Datum der Gründung	08.12.1994		
aktueller Gesellschaftsvertrag	01.12.2005		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarung der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993.</p> <p>Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzepts und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplanes, ▪ Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, ▪ Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens für das Verbundgebiet, ▪ Vergabe der SPNV-Leistungen, ▪ Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung der ÖPNV-Bedarfspläne und der Nahverkehrspläne der Aufgabenträger, ▪ Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfes für den Verbundverkehr, ▪ Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet, ▪ Koordinierung von Fördermaßnahmen der Aufgabenträger, ▪ Abschluss von Kooperations-, Verkehrs- und anderen Verträgen mit Leistungserstellern, ▪ Erarbeitung einheitlicher, qualitativer und quantitativer Standards für die 		

	Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger		
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.		
Beschäftigte	insgesamt	98,35	
	davon:		
	Geschäftsführer	1,0	
	Beschäftigte Mitarbeiter	86,59	
	Projektbezogene finanzierte Mitarbeiter	4,62	
	Auszubildende	6,50	
	Praktikanten	0,00	
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u>	Frau Susanne Henckel	
	<u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS	Herr Heiko Jahn (Dezernent)	ab 10/2018
	Stellvertreter LDS	Herr Christian Jank (-61-, Sachbearbeiter ÖPNV)	ab 10/2018
	<u>Aufsichtsrat:</u> Vertreter LDS	Herr Stephan Loge (Landrat)	
	<u>Beirat der Gesellschaft:</u> Vertreter LDS	Herr Christian Jank (-61-, Mitarbeiter ÖPNV)	ab 09/2016
	Stellvertreter LDS	Herr Heiko Jahn (Dezernent)	ab 10/2018
	<u>Beirat der Verkehrsunternehmen:</u> Mitglied	RVS	

Bilanz der VBB GmbH

Bilanz zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	544.138	624.886	733.165
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	344.923	358.138	413.534
1.	Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	332.923	223.388	309.534
2.	geleistete Anzahlungen	12.000	134.750	104.000
II.	Sachanlagen	199.214	266.747	319.631
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	199.214	266.747	319.631
B.	Umlaufvermögen	4.335.593	5.154.375	5.036.724
I.	Vorräte	13.544	1.063.631	885.831
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.576	3.693	4.149
2.	Unfertige Leistungen	344	1.049.402	867.093
3.	Waren	9.625	10.537	14.589
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	538.658	664.125	711.008
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	344.040	345.670	526.336
2.	Forderungen gegen Gesellschafter	1.287	36.393	50.499
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	193.331	282.062	134.173
III.	Kassenbestand	3.783.391	3.426.619	3.439.885
	Kassenbestand u. Guthaben bei Kreditinstituten	3.783.391	3.426.619	3.439.885
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	42.973	97.402	87.664
	Bilanzsumme	4.922.704	5.876.662	5.857.553
Passiva				
A.	Eigenkapital	324.000	324.000	324.000
I.	Gezeichnetes Kapital	324.000	324.000	324.000
B.	Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	6.040	8.329	10.750
C.	Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens	538.428	616.561	712.308
D.	Rückstellungen	1.546.502	1.301.181	1.379.788
	Sonstige Rückstellungen	1.546.502	1.301.181	1.379.788
E.	Verbindlichkeiten	2.507.734	3.626.591	3.400.707
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	1.273.051	988.104
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	218.066	435.139	676.902
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.445.686	1.176.101	1.099.163
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	843.981	742.300	636.537
F.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	30.000
	Bilanzsumme	4.922.704	5.876.662	5.857.553

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Die Vorräte stiegen im Berichtsjahr um 1.050 TEUR (entspricht 98,7 %) auf 14 TEUR. In dieser Position wurden der Bestand der Produkte sowie der Bestand des Büromaterials ausgewiesen. Des Weiteren wurde die Leistungserbringung im Rahmen des Centers Nahverkehr Berlin (CNB) III-Vertrages zur Unterstützung des Landes Berlin im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft CNB in 2018 abgeschlossen. Durch die nunmehr sofortige Ertragsrealisierung beim CNB III-Vertrag reduzierte sich die Position im Berichtsjahr um 1.049 TEUR.

Die Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 2 TEUR auf 344 TEUR resultierte im Wesentlichen aus dem Verkauf von Produkten des VBB (vor allem aus Fahrausweispapier). Die in Relation zu den Umsatzerlösen hohen Forderungen waren auf höhere Umsätze zum Jahresende als Folge der erhöhten Nachfrage der Verkehrsunternehmen zurückzuführen.

Forderungen gegen Gesellschafter (1 TEUR, Vj. 36 TEUR) stammten aus der stichtagsgenauen Abrechnung des Projektes INNOS-START-VBB-2.

Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen im Berichtsjahr 193 TEUR und reduzierten sich im Bezug zum Vorjahr um 89 TEUR. Die Position beinhaltet u. a. Forderungen aus internationalen Sonderprojekten.

Es wurde zum Jahresende ein Kassenbestand in Höhe von 3.783 TEUR ausgewiesen – die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes in Bezug zum Vorjahr betrug +356 TEUR.

Das Eigenkapital blieb auf Grund des ausgeglichenen Ergebnisses konstant.

Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen sowie Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens: Die Sonderposten entwickelten sich im Berichtsjahr entsprechend dem Anlagevermögen. Den Zugängen in Höhe von 24 TEUR standen Auflösungen in Höhe von 306 TEUR gegenüber.

Die Rückstellungen erhöhen sich im Berichtsjahr um 245 TEUR auf 1.547 TEUR. Sie umfassten vor allem noch vertraglich zu erbringende Leistungen. Sie erhöhten sich durch mögliche Schadenersatzansprüche als Folge der Verschiebung einer Verkehrserhebung, die nur teilweise mögliche Abarbeitung der Einnahmenaufteilung aus dem Semesterticket für das Jahr 2016 sowie durch einen Anstieg der Baupreise im Zusammenhang mit dem Auszug aus dem bisherigen Objekt in 2020.

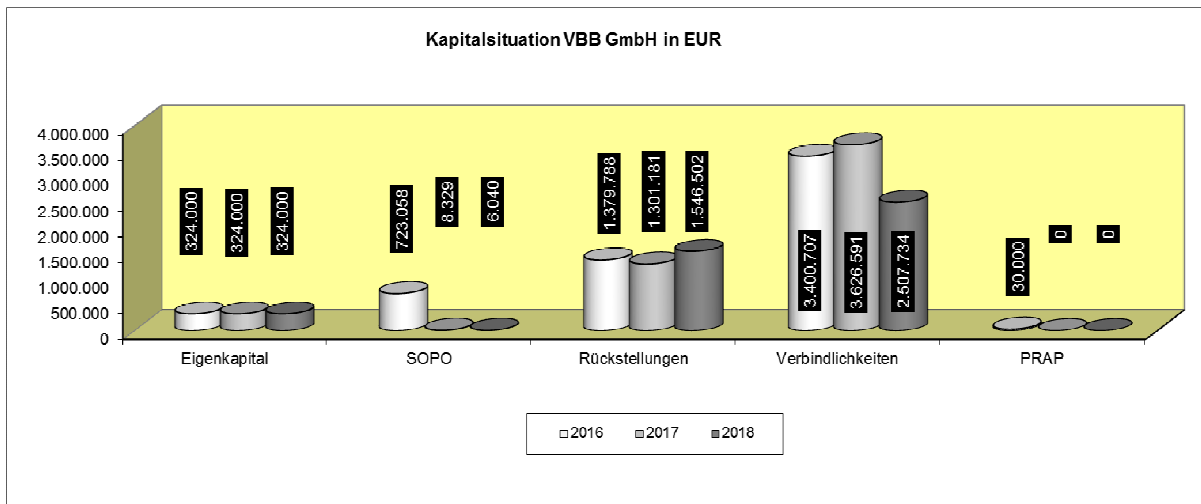
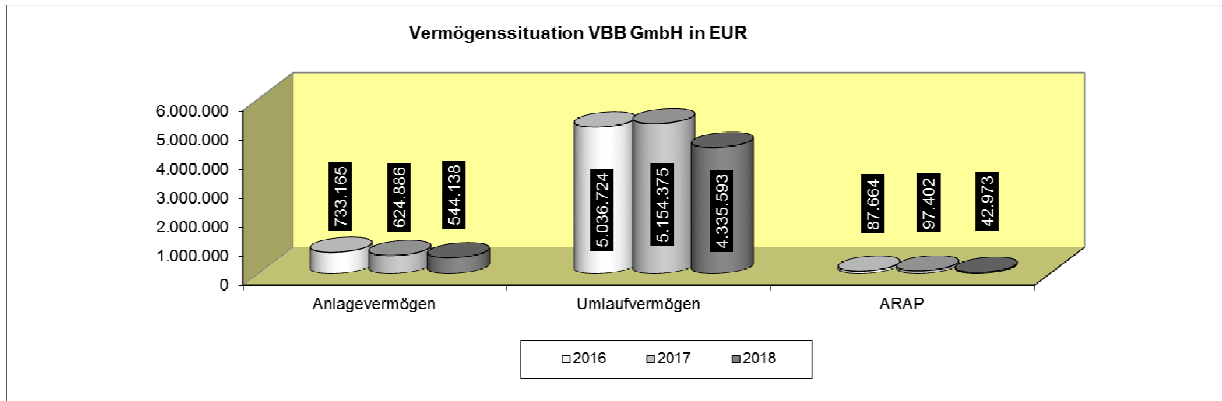
Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen: Diese Bilanzposition reduzierte sich im Berichtsjahr auf 0 TEUR (Vj. 1.273 TEUR).

Die Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 217 TEUR auf 218 TEUR war hauptsächlich auf die Bestellung von VBB-Fahrausweispapier zurück zu führen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erhöhten sich um 270 TEUR auf 1.446 TEUR. Die Position umfasste nicht verausgabte Gesellschafterbeiträge, deren Gebundenheit zur Finanzierung laufender Aufgaben und begonnener Projekte gegeben war. Im Berichtsjahr setzten sie sich u.a. wie folgt zusammen: Verbindlichkeiten aus Gesellschafterbeiträgen (826 TEUR), Verbindlichkeiten aus dem Vertragsmanagement (121 TEUR), Verbindlichkeiten aus den Akquiseprojekten der Gesellschafter (476 TEUR).

Kreditverbindlichkeiten hatte die VBB GmbH im Berichtsjahr nicht.

Die sonstigen Verbindlichkeiten erhöhten sich ebenfalls im Berichtsjahr um 102 TEUR auf 844 TEUR. Sie beinhalteten im Wesentlichen Auszahlungsverbindlichkeiten für das Projekt VBB-INNOS-START-VBB-2 (332 TEUR), sonstige Verbindlichkeiten aus Sonderprojekten (73 TEUR), Verbindlichkeiten aus Akquiseprojekten von Dritten (92 TEUR) und Lieferantenverbindlichkeiten (297 TEUR).



Gewinn- und Verlustrechnung der VBB GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
1.	Umsatzerlöse	888.703	957.070	1.014.785
2.	Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	-1.049.402	182.309	245.728
3.	Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen	9.752.511	9.398.456	9.156.322
4.	Sonstige betriebliche Erträge	4.273.834	2.598.099	2.968.292
5.	Materialaufwand	-769.958	-890.567	-905.667
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.934	-3.071	-5.345
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-768.024	-887.496	-900.322
6.	Personalaufwand	-6.189.386	-5.654.360	-5.744.194
	a) Löhne und Gehälter	-4.918.154	-4.485.529	-4.576.712
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.271.232	-1.168.832	-1.167.481
7.	Abschreibungen	-305.900	-215.575	-206.646
	a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	-305.900	-215.575	-206.646
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.597.664	-6.375.162	-6.523.038
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.339	10.761	8.915
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6.497	-10.476	-13.611
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	581	554	886
12.	Sonstige Steuern	-581	-554	-886
13.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesellschaft wies ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da sämtliche Aufwendungen durch Gesellschafterleistungen und sonstige Einnahmen finanziert wurden.

Die Umsatzerlöse reduzierten sich um 68 TEUR auf 889 TEUR. Die Umsatzerlöse wurden hauptsächlich aus dem Verkauf des VBB-Fahrausweispapiers an die am öffentlichen Personennahverkehr teilnehmenden Verkehrsunternehmen erzielt. Darüber hinaus beinhaltete die Position Erlöse aus dem Verkauf von Fahrplanbüchern sowie Erlöse aus der Tarifkommunikation.

Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen: Die Position betrug -1.049 TEUR und reduzierte sich um 1.232 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Die Minderung resultierte aus einem Projekt.

Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen: Um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Ertragslage der VBB GmbH zu vermitteln, wurde die Position Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen gebildet. Sie betraf mit 6.624 TEUR die Grundfinanzierung durch die Gesellschafter, mit 3.476 TEUR die Finanzierung des Vertragsmanagements (Center) und mit -348 TEUR die Finanzierung aus Akquiseprojekten. Im Berichtsjahr erhöhte sich die Position um 354 TEUR auf insgesamt 9.753 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhte sich im Berichtsjahr um rund 64 % (1.676 TEUR); 4.274 TEUR, Vj. 2.598 TEUR. Sie beinhalteten folgende Erträge: Erträge aus Sonderprojekten (2.181 TEUR, Vj. 750 TEUR), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (64 TEUR, Vj. 95 TEUR), Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens (306 TEUR, Vj. 216 TEUR), Erträge aus Akquiseprojekten (1.721 TEUR, Vj. 1.097 TEUR).

Die Materialaufwendungen reduzierten sich um 121 TEUR auf 770 TEUR. Die Position enthielt vor allem Kosten für die Gestaltung und Entwicklung von Fahrplanbüchern und die Beschaffung des Fahrausweis-papiers. Diese Aufwendungen stehen in direktem Zusammenhang mit der Erzielung von Umsatzerlösen. Die Personalaufwendungen erhöhten sich um 535 TEUR auf 6.189 TEUR, dies war hauptsächlich durch die Erhöhung des Personalbestandes begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 223 TEUR auf 6.598 TEUR. Die Position beinhaltete im Wesentlichen den sonstigen betrieblichen Aufwand aus Verbundaufgaben und Aufwen-dungen für Projekte in 2018 mit 4.004 TEUR, davon Projekte für Verbundaufgaben (2.387 TEUR), Aufga-ben und Projekte des Vertragsmanagements Center (1.333 TEUR), 282 TEUR für das Forschungsprojekt INNOS-Start-VBB-2.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen: Aus Miet- und sonstigen Verträgen waren nach aktueller Vertragsla-gue in den maximal fünf Jahren voraussichtlich noch 1.829 TEUR zu zahlen. Das Bestellobligo des laufen-den Wirtschaftsplanes und aus Vorjahren betrug zum 31.12.2018 1.573 TEUR. Mittel in Höhe von 130 TEUR waren im Sinne der Risikovorsorge gebunden. Fest verplante, aber noch nicht durch Aufträge gebundene Mittel betragen 68 TEUR.

Analysedaten

Die Anlagenintensität betrug 11 % im Berichtsjahr – die Kennzahl blieb gegenüber dem Berichtsjahr kon-stant. Begründet ist dies durch die Reduzierung in gleicher Höhe der Positionen des Anlagevermögens und der Bilanzsumme. Demnach sind nur 11 % des Gesamtkapitals im Anlagevermögen gebunden.

Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) (6 %) hat sich gegenüber den Vorjahren um ein Prozent-punkt verbessert. Eine verbesserte Eigenkapitalausstattung für die Verwirklichung des Gesellschafts-zwecks wäre förderlich.

Die Anlagendeckung II erhöhte sich um 8 Prozentpunkte auf 160 %. Die Gesellschafter finanzieren das gesamte Anlagevermögen. Die Erhöhung war darauf zurück zu führen, dass sich das Anlagevermögen und die Sonderposten im gleichen Umfang reduzierten. Das Eigenkapital blieb dabei unverändert.

Die Liquidität des 3. Grades betrug 98 % im Berichtsjahr – sie reduzierte sich um 7 Prozentpunkte gegen-über dem Vorjahr. Die Reduzierung war durch das gesunkene Umlaufvermögen begründet.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug im Berichtsjahr 356 TEUR. Ausschlaggebend war der Abbau des Abrechnungsrückstandes beim Projekt INNOS-Start-VBB-2.

Die Personalaufwandsquote erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozentpunkte auf 45 %. Die Erhöhung ist auf höhere Personalaufwendungen zurückzuführen. Von den Gesamterlösen wurden dem-nach 45 % durch Personalaufwand aufgezehrt.

Kennzahl	2018	2017	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	11 %	11 %	13 %
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	7 %	6 %	6 %
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	18 %	16 %	18 %
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	160 %	152 %	143 %
Zinsaufwandsquote	1 %	0 %	0 %
Liquidität 3. Grades	98 %	105 %	105 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	357 TEUR	-13 TEUR	-332 TEUR

Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus
Gesamtkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus
Umsatz	889 TEUR	957 TEUR	1.015 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	4.113 TEUR	3.737 TEUR	4.229 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	45 %	43 %	43 %
Anzahl der Mitarbeiter	98	96	99

Geschäftsverlauf 2018

Erstmals fand im Jahr 2018 die Verbund-Konferenz VBB imPuls statt. Das Diskussionsforum mit renommierten Fachleuten diskutierte die Zukunft der Mobilität im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und griff dabei Herausforderungen und Chancen rund um Wachstum, Innovationen und Belastungen im ÖPNV auf. Die Arbeit der VBB GmbH berührt dies unmittelbar, vor allem in den Themenbereichen Tarif, Vertrieb, Fahrgastinformation und im SPNV-Management.

In Bezug auf die tariflichen Fragestellungen wurden neben neuen Ticketangeboten die Evaluierung des Tarifentwicklungsverfahrens und des VBB-Tarifindexes durchgeführt und erörtert. Wie schon zum 01.01.2018 wurde auch zum 01.01.2019 aufgrund des niedrigen VBB-Tarifindex-Wertes keine Tarifanpassung im VBB vorgenommen. Deutlich wurde indes, dass insbesondere bei den Fragestellungen rund um den VBB-Tarif alle Partner im Verbund noch enger zusammenarbeiten müssen, um auch in Zukunft gute Lösungen für die Menschen in der Region zu erreichen. Eng mit den tariflichen Themen verknüpft ist der Vertrieb von Fahrausweisen. Seit dem Jahr 2018 sind VBB-Zeitkarten (zunächst auf Berlin begrenzt) als Handyticket verfügbar. Das Projekt INNOS wurde in die finale Phase überführt, um es im Jahr 2019 möglichst endgültig abschließen zu können. Mit den Verkehrsunternehmen gelang eine grundsätzliche Verständigung zur gerechten Ausgestaltung digitaler Vertriebslösungen im VBB.

Parallel sind die Angebote der VBB-Fahrinfo weiter gewachsen: Die VBB GmbH hat u.a. ein Fahrgastinformationsangebot, das speziell auf Kinder ausgerichtet und in dieser Form in Deutschland bisher einmalig ist, auf den Weg gebracht. Für die erwachsenen Nutzerinnen wurde ein Wohn- und Mobilitätskostenrechner für die Hauptstadtregion konzipiert, der die Wohn- und Mobilitätskosten verschiedener Standorte u.a. auf Basis der VBB-Fahrinfo-Daten anschaulich vergleicht und so bei der Wahl eines geeigneten Wohnstandortes hilft.

Daneben hat die VBB GmbH ihr Engagement zur Einführung weiterer Linien der Marke PlusBus im Land Brandenburg fortgesetzt, Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger in den Landkreisen fachlich beraten und unterstützt. Neu eingerichtet wurde die Kompetenzstelle Bahnhof bei der VBB GmbH. Sie legt den Fokus auf brachliegende Bahnhofsgebäude im Land Brandenburg, berät vor Ort zu Nachnutzungskonzepten und koordiniert die verschiedenen Akteure. Die Kompetenzstelle leistet auf diese Weise einen wichtigen Beitrag zur Attraktivitätssteigerung von SPNV-Zugangsstellen im Land Brandenburg.

Als Basis für die Berechnungen in der Einnahmenaufteilung findet alle drei Jahre eine Verkehrserhebung im VBB statt, um die Berechnungsschlüssel zu aktualisieren. Ursprünglich wurden die Zählzeiten manuell per Hand erfasst. Zur schnelleren Verarbeitung und Senkung der Fehleranfälligkeit wurde im Zuge der letzten Erhebungen sukzessive eine elektronische Datenerfassung eingeführt. Um diese in der kommenden Erhebung bei allen Verkehrsunternehmen anzuwenden, wurde die Verkehrserhebung 2019 im Einvernehmen mit den Verkehrsunternehmen auf das Jahr 2020 verschoben.

Zudem wurde die Ausschreibung des SPNV-Netzes Elbe-Spree entscheidend vorgebracht. Aufgrund des großen Umfangs der zu vergebenden Leistungen wurde dem Vergabeverfahren deutschlandweites Interesse entgegengebracht. Mit der Betriebsaufnahme sollen erhebliche Angebotsausweitungen in Berlin und Brandenburg realisiert werden, um dem Wachstum in der Hauptstadtregion zu begegnen. Dazu wurde unter Mitwirkung der VBB GmbH auch das Infrastrukturprojekt i2030 weiter vorgebracht, damit auch die Kapazitäten der Schieneninfrastruktur in der Region mit den notwendigen Angebotsausweitungen in kommenden Jahren Schritt halten. Die detaillierte Entwicklung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg wird im Verbundbericht dargelegt.

Im Kerngeschäft der VBB GmbH wurden im Geschäftsjahr 2018 gemeinsam mit den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen wichtige Meilensteine erzielt:

- *Tarif/Vertrieb:* Auch im Jahr 2018 hat die VBB GmbH das indexbasierte Tarifentwicklungsverfahren durchgeführt. Aufgrund des inflationsbedingt niedrigen Indexwertes wurde mit Verkehrsunternehmen und Gesellschaftern vereinbart, zum 1. Januar 2019 keine Tarifierpassungsmaßnahmen umzusetzen.

Mit der Einführung des Tarifentwicklungsverfahrens im Jahr 2014 wurde beschlossen, das Verfahren zu evaluieren. Die VBB GmbH hat diese Evaluierung im Jahr 2018 durchgeführt. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass das Verfahren von allen Beteiligten angenommen wird und sich als praktikabel erweist. Handlungsbedarf wird einzig in Bezug auf die Bestandteile des VBB-Tarifindexes gesehen: Dem inflationsbedingt niedrigen Wert des hauptsächlich an den Verbraucherpreisen orientierten Tarifindexes stehen starke Kostensteigerungen bei den Verkehrsunternehmen gegenüber, die die Bestandteile des Indexes derzeit nicht abbilden. Die Diskussionen zur Veränderung der Indexzusammensetzung wurden begonnen und werden im Jahr 2019 fortgeführt.

Darüber hinaus wird das Tarifentwicklungsverfahren ab dem Jahr 2019 durch eine AG Tarife beim VBB – ein politisches Gremium zur gesamthaften strategischen Diskussion tariflicher Fragestellungen im VBB – ergänzt.

Trotz des Aussetzens der Tarifmaßnahme zum 1. Januar 2019 wurden tarifliche Verbesserungen für Teile des Verbundgebietes beschlossen und umgesetzt, wie z.B. Änderungen beim Berliner Schülerticket und beim Zusatzticket zum Semesterticket Berlin.

Im Auftrag des Landes Brandenburg hat die VBB GmbH ferner ein verbundweit gültiges Auszubildenden-Ticket zu einem symbolischen Festpreis konzipiert; im Auftrag des Landes Berlin haben Workshops zur Schaffung eines verbundeinheitlichen und attraktiven Firmenticketangebotes stattgefunden, für das erstmals auch die Arbeitgeber einen finanziellen Beitrag leisten werden. Ziel ist es, beide Tickets im Jahr 2019 einzuführen.

Im Rahmen der Behandlung vertrieblicher Fragestellungen ist es der VBB GmbH gelungen, detaillierte Regeln zum Umgang mit den Herausforderungen digitaler Vertriebsmedien mit den Verkehrsunternehmen zu vereinbaren. Dies ist die Basis für die eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Zukunft und sichert die Weiterentwicklung digitaler Vertriebswege im VBB.

Das Projekt INNOS wurde im Jahr 2018 fortgeführt und steht kurz vor dem Abschluss, der nach Möglichkeit im Jahr 2019 erreicht werden soll. Herausforderungen liegen vor allem im Themenbereich Aktionsmanagement und den Abstimmungen mit den Datenschutzbeauftragten der Länder Berlin und Brandenburg. Das Aktionsmanagement betrifft das Aufbringen von Fahrtberechtigungen auf die VBB-fahrCard; systemherstellerseitig traten an dieser Stelle wiederholt Verzögerungen auf.

Vor dem Hintergrund der sich sukzessive steigernden Bedeutung digitaler Medien, hat die VBB GmbH konzeptionelle Überlegungen zur weiteren Stärkung digitaler Vertriebsmöglichkeiten im gesamten Verbundgebiet begonnen. In diesem Zusammenhang findet ebenfalls die Prüfung von Umsetzungsmöglichkeiten für eine VBB-weite Mobilitätsplattform statt, die die Integration neuer Mobilitätsformen und damit auch durchgehende Buchungen für das gesamte Verbundgebiet ermöglicht.

- *Einnahmenaufteilung:* Die Einnahmenaufteilung für das Jahr 2016 wurde abgeschlossen. Der Abschluss der Einnahmenaufteilung für das Jahr 2017 soll im Frühjahr 2019 erfolgen. Im Zuge der 2017 gelungenen Fortschreibung der Berliner und Brandenburger Semestertickets wurden die Einnahmenaufteilungsvereinbarungen angepasst und mit den Verkehrsunternehmen abgestimmt. Die zentrale Datenbank zur Verwaltung der Einnahmelmeldungen aller Verkehrsunternehmen (DBMiT) wurde neu programmiert und auf eine webbasierte Form umgestellt. Alle Verkehrsunternehmen erhalten auf diese Weise unmittelbaren Zugriff auf die von ihnen bei der VBB GmbH erfassten Einnahmedaten. Perspektivisch sollen den Verkehrsunternehmen in der Datenbank zusätzliche Auswertungsmöglichkeiten und Funktionalitäten bereitgestellt werden.

Die Verkehrserhebung 2016 wurde im Jahr 2018 erfolgreich abgeschlossen. Die Verkehrserhebung 2019 wurde vorbereitet. Aufgrund der fehlerhaften Ausschreibung eines Verkehrsunternehmens zur Feldarbeit (Datenerfassung per Hand anstatt elektronischer Datenerfassung) und dem darauffolgenden Stopp dieser Ausschreibung wurde die Verkehrserhebung 2019 in Abstimmung mit allen Verkehrsunternehmen auf das Jahr 2020 verschoben. Dessen ungeachtet wurde die Richtlinie für automatische Fahrgastzählensysteme aktualisiert.

- *Planung:* Die verkehrliche Anbindung des Flughafens BER nach seiner Eröffnung steht weiterhin im Fokus. In diesem Zusammenhang wurden die Busanbindung aus dem Raum Potsdam/Teltow/Großbeeren sowie das Angebotskonzept in Großbeeren untersucht und mit der Gemeinde und dem zuständigen Landkreis diskutiert.

In Bezug auf die öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Berlin und dem Umland hat die VBB GmbH gesamthaft geprüft, welche verkehrlichen Potenziale durch die Verbesserung von Zubringerverkehren im Berliner Umland auf den ÖPNV verlagert werden können. Dazu wurden Bedienstandards definiert und ihre verkehrliche Wirkung analysiert. Auf dieser Basis erfolgte die Definition von Potenzialräumen für Verdichtungen von Zubringerverkehren. Die Umsetzung eines ersten Konzeptes gelang entlang der S-Bahn-Linie 5 im Landkreis Märkisch-Oderland.

Eine verbesserte und qualitativ hochwertige Anbindung ländlicher Regionen an den SPNV zu gewährleisten, ist Ziel der PlusBus-Linien im Land Brandenburg. Im Austausch mit Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern fördert die VBB GmbH die Einführung weiterer Linien. Im Jahr 2018 gelang dies in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Dahme-Spreewald und Prignitz. Ferner hat die VBB GmbH an einem PlusBus-Fachaustausch mit Teilnehmer|innen aus dem gesamten Bundesgebiet mitgewirkt. Mit Partner|innen aus dem Land Sachsen wurde daneben über ein Landesgrenzen überschreitendes PlusBus-Angebot diskutiert. Ferner hat die VBB GmbH das Land Brandenburg bei der Erstellung einer Verwaltungsvorschrift zu PlusBus-Verkehren, mit der eine finanzielle Förderung des Landes Brandenburg ermöglicht werden soll, fachlich unterstützt.

Die Arbeit der Arbeitsgruppe Barrierefreiheit wurde fortgesetzt; die VBB GmbH hat in diesem Rahmen Kriterien für barrierefreie Haltestellen definiert. Weiterhin wurde die jährlich stattfindende Stationsbefragung vorbereitet und durchgeführt. Mit Vertreter|innen aus der Spreewald-Region und der Stadt Cottbus wurden Gespräche zur Einführung einer Gästekarte Spreewald geführt, um durch die kostenlose Nutzung des ÖPNV-Angebotes für Touristen eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zu erreichen.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2018 die Kompetenzstelle Bahnhof bei der VBB GmbH eingerichtet. Die Kompetenzstelle verfolgt das Ziel, die Reaktivierung von nicht mehr genutzten Bahnhofsgebäuden im Land Brandenburg zu unterstützen und eine Nachnutzung zu initiieren. In diesem Zusammenhang wurde ein Stations-Konzept erstellt und abgestimmt.

- *Fahrgastinformation:* Im Herbst 2017 hatten starke Stürme massive Auswirkungen auf den ÖPNV. Es wurde auch deutlich, dass die Fahrgastinformationsmedien aller Partner im Verbund die massive Störungssituation nur teilweise abbilden konnten. Die VBB GmbH hat die Ereignisse ausgewertet sowie Erkenntnisse und Maßnahmen zur Verbesserung mit den Verkehrsunternehmen, u.a. in einem Workshop zur Krisenkommunikation, diskutiert. Dabei wurden zwei Handlungsfelder – die Erweiterung der Informationslage im ÖPNV sowie die Verbesserung des Informationsflusses aus den Hintergrundsystemen zu den kundenseitigen Systemen – identifiziert, die nunmehr weiter behandelt werden.

Das Echtzeitdatenkonzept der VBB GmbH wurde im Jahr 2018 verbundweit weiter umgesetzt, so dass das Informationsangebot (z.B. dynamische Abfahrtsanzeiger, Infostelen) ausgeweitet werden konnte. Die Integration der Forschungsergebnisse aus dem Projekt m4guide, das auf die Anforderungen blinder und sehingeschränkter Menschen an den ÖPNV abgestellt hat, in die VBB-Fahrinfo wurde begonnen und wird im Jahr 2019 fortgesetzt. Die VBB GmbH arbeitet zudem daran, deutschlandweite sowie grenzüberschreitende Auskünfte über die VBB-Fahrinfo zu verbessern bzw. zu ermöglichen.

Die VBB GmbH beteiligte sich überdies an einer verbundübergreifenden digitalen Open-Data-Plattform, die Mobilitätsdaten, Informationen und Services rund um den ÖPNV zur Verfügung stellt. Ziel ist es, mit den offenen Daten Innovationen zu fördern, die die Mobilität in den jeweiligen Verbundräumen weiter optimieren.

Für Personen, die über einen Umzug in die bzw. innerhalb der Hauptstadtregion nachdenken, hat die VBB GmbH einen Wohn- und Mobilitätskostenrechner entwickelt. Dieser stellt für verschiedene von den Nutzer|innen vorgegebene Wohnstandorte die durchschnittlichen Wohn- und Mobilitätskosten dar

und vergleicht die Fahrzeiten zwischen Wohn- und Arbeitsort mit verschiedenen Verkehrsmitteln. Die Berechnung der Fahrkosten und -zeiten basiert auf den Daten der VBB-Fahrinfo.

Um speziell Kindern den Einstieg in die Navigation durch den ÖPNV im Verbundgebiet zu erleichtern, hat die VBB GmbH eine auf diese Zielgruppe ausgerichtete App („VBBjump“) entwickelt. Im Vergleich zur herkömmlichen VBB-App Bus & Bahn wurden die Nutzeroberfläche vereinfacht und Funktionalitäten reduziert.

Im Projekt Digital im Regio wurden im Jahr 2017 unter Beteiligung der VBB GmbH in Versuchszügen digitale Innovationen der Fahrgastinformation im Praxisbetrieb getestet. Das Projekt wurde abgeschlossen; die VBB GmbH prüft, welche im Projekt positiv evaluierten Maßnahmen dauerhaft umgesetzt werden können.

Der VBB Bus & Bahn-Begleitservice feierte im Jahr 2018 sein zehnjähriges Bestehen. Erstmals wurde eine Grundfinanzierung aus dem Haushalt des Landes Berlin zur Verfügung gestellt, um das erfolgreiche und stark nachgefragte Angebot fortzuführen und weiter auszubauen.

- *Kommunikation:* Der Internetauftritt der VBB GmbH wurde im Jahr 2018 überarbeitet. Neben der Umgestaltung im Sinne der aktuellen Corporate Design-Vorgaben wurden Inhalte reorganisiert und die Vermittlung thematischer Schwerpunkte anschaulicher gefasst. Zudem sind die Social-Media-Kanäle der VBB-Verkehrsunternehmen direkt auf der Startseite eingebunden. Die Website entspricht nun auch dem aktuellen Stand der Technik und ist für die Nutzung mobiler Endgeräte optimiert.

Neben der jährlichen VBB im Dialog-Veranstaltungsreihe, in denen die VBB GmbH vor Ort über aktuelle ÖPNV-Themen informiert und diskutiert, hat die VBB GmbH im Jahr 2018 erstmals zur Fachkonferenz „VBB imPuls“ eingeladen, auf der Fachvertreter über die Zukunft der Mobilität im Verbundgebiet diskutiert haben. Darüber hinaus war die VBB GmbH mit einem Stand auf der Mobilitätsmesse InnoTrans präsent.

In Zusammenarbeit mit Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen erzielte das Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement der VBB GmbH folgende zentrale Ergebnisse:

- *Projekt i2030:* Die Länder Berlin und Brandenburg, die DB AG und die VBB GmbH entwickeln im Projekt i2030 gemeinsam Konzepte zum Ausbau der Schieneninfrastruktur in der Hauptstadtregion. Ziel ist es, die infrastrukturelle Grundlage zu schaffen, um dem anhaltenden Einwohner- und Pendlerwachstum zu begegnen und Mehrverkehre im SPNV zu realisieren. Die VBB GmbH betreut federführend das Teilprojekt Heidekrautbahn und die Kommunikation rund um das Projekt. Daneben ist sie für koordinierende Aufgaben (z.B. die Ausrichtung des Projekt-Lenkungskreises) verantwortlich. Konkrete Beschlüsse wurden vom Lenkungskreis im Jahr 2018 zur Beschleunigung der Planungen für den Ausbau der Strecke des Prignitz-Expresses sowie für die Heidekrautbahn gefasst.
- *Die Marke i2030 wurde im Jahr 2018 erfolgreich etabliert. Im Rahmen der kommunikativen Begleitung des Projektes hat die VBB GmbH eine Projekt-Website konzipiert und eine Infografik zum Projekt erstellt. Zusammen mit der DB AG hat die VBB GmbH das Projekt in den kommunalen Nachbarschaftsforen präsentiert. Ein Konzept zur Stakeholder-Kommunikation befindet sich in Erstellung.*
- *Qualitätsmanagement:* Die VBB GmbH veröffentlicht die SPNV-Qualitätskennzahlen im Verbundgebiet seit dem Jahr 2018 zusätzlich in Form eines Qualitätsrankings, das über die VBB-Website zur Verfügung gestellt wird und Sortier- und Filterfunktionen umfasst. Das System wird kontinuierlich weiterentwickelt und ermöglicht zudem, z.B. Pünktlichkeitsdaten von ÖPNV-Angeboten kommunaler Aufgabenträger in das Ranking aufzunehmen.
- *Die VBB GmbH erfüllt zudem kontinuierlich die Aufgaben im Rahmen des Qualitäts- und Vertragsmanagements im SPNV.*
- *Zur Schulung der Mitarbeiter|innen der Verkehrsunternehmen wurde das Programm Trainer|innen im VBB fortgeführt.*
- *SPNV-Vergabeverfahren:* Das Verfahren zum Netz Elbe-Spree wurde vorangebracht; die Zuschlagserteilung erfolgte im Januar 2019. Die Vergabe des Netzes Lausitz befindet sich in Vorbereitung. Im Netz Prignitz erfolgte eine Notvergabe bis zum Fahrplanjahr 2020. Die Vergabeverfahren für die Netze Elbe-Altmark und Heidekrautbahn wurden ebenfalls vorbereitet.
- *Im Verfahren zur Tarifanerkennung Fernverkehr haben die Bieter Angebote eingereicht.*

- *Im wettbewerblichen Verfahren zur Vergabe der Teilnetze Stadtbahn und Nord-Süd der Berliner S-Bahn endete im Oktober 2018 die Angebotsfrist. Die Angebote werden ausgewertet und Verhandlungsgespräche vorbereitet.*
- *Bestellung der Jahresfahrpläne:* Im Rahmen der Bestellung der Jahresfahrpläne hat die VBB GmbH Angebotsausweitungen geprüft, mit den Ländern Berlin und Brandenburg erörtert und gemeinsam mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen umgesetzt.
- *VBB-Qualitätsanalysen:* Die Erhebungen zur Qualität des Schienennetzes und der Stationen im Verbundgebiet wurden planmäßig abgeschlossen und fertiggestellt. Die Analysen für das Folgejahr wurden vorbereitet.
- *Umsteigefreie Verbindungen von und nach Polen:* Mit den polnischen Partnern fanden Abstimmungen zu Fahrt- und Ticketangeboten statt. Im Fokus standen dabei die Verbindungen nach Wrocław (Breslau), Zielona Góra, Gorzów und Szczecin (Stettin). Die unter der erfolgreichen Marke „Kulturzug“ von der VBB GmbH initiierte Direktverbindung von Berlin nach Breslau wurde im Jahr 2018 erneut mit einem Preis ausgezeichnet.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Arbeit der VBB GmbH verbindet Verkehrsunternehmen, kommunale Aufgabenträger und politische Akteure der Länder Berlin und Brandenburg. Insbesondere vor dem Hintergrund der derzeitigen gesamtgesellschaftlichen Debatte um Klimaschutz, Luftreinhaltung, Dieselfahrverbote und damit verbunden die Forderungen nach einer Verkehrswende und einer nachhaltigen Förderung und Stärkung des ÖPNV wird der VBB GmbH eine wichtige Rolle zuteil. Entwicklungen der ÖPNV-Branche spiegeln sich auf diese Weise direkt in der Arbeit der Verbundgesellschaft wider.

Im Fokus der verkehrs- und klimapolitischen Debatten steht – sowohl auf regionaler, als auch auf nationaler Ebene – der öffentliche Personennahverkehr als umweltfreundliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Dieser wird maßgeblich für die regelmäßige Überschreitung von Feinstaubgrenzwerten in deutschen Innenstädten verantwortlich gemacht. Gleichzeitig ist die Bundesregierung damit konfrontiert, den CO₂-Ausstoß auch im Verkehrssektor dauerhaft stark zu reduzieren, um die gesetzten Klimaziele zu erreichen. Darüber hinaus hält das Wachstum in der Hauptstadtregion an, was nicht zuletzt auch einen enormen Anstieg des Verkehrs- und Pendleraufkommens zur Folge hat. Der Schlüssel zur Lösung der Herausforderungen ist die Stärkung einer umweltfreundlichen Mobilität – gefragt sind zukunftsweisende Konzepte und kluge Angebote auf Straße und Schiene. Die VBB GmbH besitzt die Kompetenz diese für Berlin und Brandenburg zu entwickeln und umzusetzen.

Von einem zeitgemäßen ÖPNV-Angebot wird ferner erwartet, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung Beachtung finden: Aktuelle und verlässliche Informationen zu Bussen und Bahnen sollen stets verfügbar und Tickets auch digital erhältlich sein. Ein schneller Internet-zugang im Verkehrsmittel wird als fester Bestandteil des Angebotes angesehen. Die VBB GmbH wird diesen Erwartungen gerecht, indem sie intensiv die Entwicklung und ständige Verbesserung digitaler Angebote in der Fahrgastinformation und im Ticketing verfolgt. Auch in den Vergabeverfahren im SPNV nutzt sie die Möglichkeit, Anforderungen an moderne Fahrzeuge entsprechend zu formulieren. Die VBB GmbH ist bestrebt, die vorhandene Datenbasis für digitale Angebote weiter auszubauen und zu vernetzen. Auf diese Weise leistet sie einen bedeutenden Beitrag zur Vereinfachung des ÖPNV-Zugangs, zur noch angenehmeren Gestaltung des ÖPNV-Erlebnisses und zur gesamthaften Stärkung des ÖPNV-Images.

Ein attraktives Angebot erfordert aber auch ausreichende Kapazitäten der einzelnen Verkehrsträger, um notwendige Angebotsausweitungen zu realisieren. Deshalb hat die VBB GmbH gemeinsam mit den Ländern Berlin und Brandenburg sowie der Deutschen Bahn das Projekt i2030 zum Ausbau der Schieneninfrastruktur initiiert. Die VBB GmbH leistet einen wichtigen Beitrag, indem sie das Projekt fachlich und organisatorisch unterstützt und voran-bringt.

Eine Herausforderung ist und bleibt die weitere Arbeit am gemeinsamen VBB-Tarif. Die VBB GmbH setzt sich für einen Ausgleich der teils unterschiedlichen Interessen aller Akteure ein, um den gemeinsamen VBB-Tarif zu stärken.

Die Aufgabenbereiche der VBB GmbH – Tarif, Vertrieb, Fahrgastinformation, Planung, Management SPNV, tangieren unmittelbar die täglichen Lebensbereiche der Menschen in der Region. Die aktive Gestaltung dieser Themenfelder durch die VBB GmbH trägt zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Mobilität in Berlin und Brandenburg bei.

Folgende Themen sind Schwerpunkte der Arbeit im nächsten Jahr:

- *Tarif/Vertrieb:* Das Tarifentwicklungsverfahren wird im Jahr 2019 planmäßig durchgeführt. In diesem Rahmen wird die Zusammensetzung des VBB-Tarifindex weiter erörtert. Ferner sollen das neue VBB-Firmenticket und das verbundweite Auszubilden-Ticket eingeführt werden. Daneben soll das INNOS-Projekt abgeschlossen werden. Zur darüber hinaus gehenden Stärkung digitaler Vertriebskanäle ist es Ziel, das Center für Vertrieb und digitale Services ab dem Jahr 2019 zu etablieren.
- *Einnahmenaufteilung:* Die Einnahmenaufteilung für das Jahr 2017 soll abgeschlossen werden. Zudem sollen Gespräche zur Fortschreibung des trilateralen Einnahmenaufteilungsvertrages zwischen BVG, S-Bahn und DB Regio geführt werden, der bis zum Ende des Jahres 2020 befristet ist. Die VBB GmbH begleitet die entsprechenden Verhandlungen zwischen den beteiligten Verkehrsunternehmen sowie den Ländern Berlin und Brandenburg. Die auf das Jahr 2020 verschobene Verkehrserhebung wird vorbereitet.
- *Kommunikation:* Die zielgruppenspezifische Ausrichtung der Kommunikation, insbesondere über digitale Kommunikationskanäle wird fortgeführt und weiter intensiviert. Die Verbundveranstaltung VBB imPuls wird im Jahr 2019 erneut ausgerichtet.
- *Planung:* Die konzeptionelle Untersuchung der Verkehre zwischen Berlin und dem Umland wird mit dem Ziel ihrer weiteren Stärkung fortgeführt. Die VBB GmbH wird Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen bei der Konzeption neuer PlusBus-Linien unterstützen. Die Arbeit der Kompetenzstelle Bahnhof wird fortgeführt.
- *Fahrgastinformation:* Die VBB GmbH wird die VBB-Fahrinfo-Dienste auch im Jahr 2019 weiterentwickeln. Ziel ist es u.a., gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen darauf hinzuwirken, dass die Verfügbarkeit von Echtzeitdaten im Störfall zuverlässig gewährleistet wird. Zudem werden die im Rahmen des Projektes m4guide erarbeiteten blindengeeigneten Funktionalitäten in die VBB-Fahrinfo übernommen, um barrierefreie Auskünfte zu ermöglichen. Im Rahmen des Centers für Vertrieb und digitale Services (siehe auch Abschnitt Tarif und Vertrieb) soll ein integriertes und multimodales Mobilitätsmanagement etabliert werden; dazu wird die Kooperation mit der VMZ Berlin Betreibergesellschaft mbH weiter vertieft.
- *Projekt i2030:* Die VBB GmbH koordiniert weiterhin die Projektarbeit im Projekt i2030, konzeptioniert und betreut die Öffentlichkeitsarbeit und wirkt fachlich federführend am Teilprojekt Heidekrautbahn mit.
- *Vergabeverfahren:* Die VBB GmbH führt auch im Jahr 2019 Vergabeverfahren im S- Bahn- und Regionalverkehr durch bzw. begleitet diese und setzt diese fort. Beispielsweise wird voraussichtlich im März 2019 das Verfahren zum SPNV-Netz Lausitz mit dem Partner ZVNL (Sachsen) gestartet. Die Folgevergabe im Netz Prignitz ab dem Fahrplanjahr 2021 wird im Jahr 2019 starten. Die VBB GmbH betreut die Vergabeverfahren fachlich und organisatorisch.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2018	keine
	2017	keine
	2016	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2018	Betriebskostenzuschuss: 74*
	2017	Betriebskostenzuschuss: 67*
	2016	Betriebskostenzuschuss: 67*

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabschluss des Landkreises erfolgt die Konsolidierung zu Anschaffungskosten.

* Der Landkreis erhält die Mittel vom Land Brandenburg.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

Freiheitstraße 120

15745 Wildau

Tel.: +49 (0) 3375 / 52 38 0

Fax: +49 (0) 3575 / 52 38 44

E-Mail: info@wfg-lds.de

www.wfg-lds.de, www.zlur.de



	2018	2017	2016
Stammkapital in EUR	738.000	738.000	738.000
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in EUR	738.000	738.000	738.000
Datum der Gründung	11.05.1992		
aktueller Gesellschaftsvertrag	12.12.2012		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Verbesserung der Struktur des Landkreises Dahme-Spreewald durch die Förderung der Wirtschaft, des Verkehrs, des Tourismus sowie der sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen</p> <p>Gesellschafter bei der örtlichen und überörtlichen Planung und der Verbesserung der gemeindlichen Infrastruktur zu beraten und zu unterstützen</p> <p>ansässige und ansiedelnde Unternehmen bei der Beschaffung von Grundstücken, Gebäuden, Krediten, Arbeitskräften, Wohnungen und Fördermitteln zu beraten und zu unterstützen</p> <p>Ansiedlung von Unternehmen und Existenzgründungen zu fördern</p> <p>Grundstücke zu erwerben, zu verpachten, zu erschließen und durch Verkauf oder in sonstiger Weise einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen</p> <p>Unternehmen des Tourismus bei der Werbung und Verbesserung der touristischen Einrichtungen zu unterstützen und dazu mit den Verbänden des Tourismus zusammenzuarbeiten</p> <p>sich an Gesellschaften oder Einrichtungen zu beteiligen oder Dienstleistungen für solche Gesellschaften oder Einrichtungen zu erbringen</p>		
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführer:</u> Herr Gerhard Janßen <u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS:</u> Herr Stephan Loge <u>Abgeordnete des Kreistages:</u> Ludwig Scheetz Dr. Manfred Sternagel Dr. Michael Kuttner Angela Laugsch		<u>Prokurist:</u> Frau Marion Schirmer <u>Stellvertreter:</u> Sylvia Groth Georg Hanke Olaf Damm Falko Brandt

Bilanz der WFG mbH

Bilanz zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	27.717.101	26.858.819	27.647.488
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	5.022	10.101	13.966
II.	Sachanlagen	27.712.079	26.848.718	27.633.522
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	25.047.367	26.283.441	27.345.699
2.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	215.604	253.628	285.261
3.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.449.109	311.649	2.562
B.	Umlaufvermögen	3.528.653	5.341.093	2.876.541
I.	Vorräte	1.311.401	1.410.331	1.340.306
1.	Fertige Erzeugnisse und Waren	800.721	800.721	801.140
2.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	508.715	609.610	539.166
3.	Geleistete Anzahlungen	1.966		
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.575.503	3.317.774	699.865
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	257.026	265.373	35.219
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.594	4.104	3.187
3.	Forderungen gegen Gesellschafter	1.141.146	2.945.324	660.734
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	175.737	102.973	725
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	641.749	612.988	836.370
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	28.179	69.225	8.809
	Bilanzsumme	31.273.934	32.269.137	30.532.837
Passiva				
A.	Eigenkapital	7.884.595	7.625.247	4.770.067
I.	Gezeichnetes Kapital	738.000	738.000	738.000
II.	Kapitalrücklage	5.119.136	5.119.136	2.619.136
III.	Gewinnvortrag	1.768.112	1.412.931	1.163.605
IV.	Jahresüberschuss	259.348	355.181	249.326
B.	Sonderposten für Investitionszuschüsse	13.697.302	14.378.166	15.137.519
C.	Rückstellungen	206.275	212.761	207.405
1.	Sonstige Rückstellungen	206.275	212.761	207.405
D.	Verbindlichkeiten	9.482.575	9.968.958	10.381.670
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.297.114	8.881.703	9.458.743
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	475.866	501.773	460.583
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	382.215	194.875	129.391
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	2.999	0
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	11.111	0	7.317
6.	Sonstige Verbindlichkeiten	316.269	387.608	325.636
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	3.186	84.004	36.177
	Bilanzsumme	31.273.934	32.269.137	30.532.837

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Sachanlagevermögen erhöhte sich aufgrund des im Bau befindlichen Zentrum für Zukunftstechnologien (ZFZ) trotz Abschreibungen auf einen Wert von 27.712 TEUR (Vj. 26.848 TEUR). Dies entsprach ca. 89 % des Gesamtvermögens. Das Sachanlagevermögen setzt sich aus den Technologiezentren I, II, III, dem im Bau befindlichen ZFZ und dessen Grundstücke und Außenanlagen, sowie den Betriebs- und Geschäftsausstattungen zusammen.

Die Reduzierung des Umlaufvermögens um 34 % im Vergleich zum Vorjahr auf einen Wert von 3.529 TEUR (Vj. 5.341 TEUR) ist auf die Reduzierung der Forderungen gegen den Gesellschafter (1.141 TEUR; Vj. 2.945 TEUR) aus dem Cash Pool Vertrag zurückzuführen. Diese verringerten sich mit zunehmendem Baufortschritt des ZFZ.

Der Kassenbestand belief sich mit 642 TEUR (Vj. 613 TEUR) auf Vorjahresniveau. Die Entwicklung korrespondiert mit der Geltendmachung der Forderung gegen den Gesellschafter aus dem Cash Pool. Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jedem Zeitpunkt gesichert.

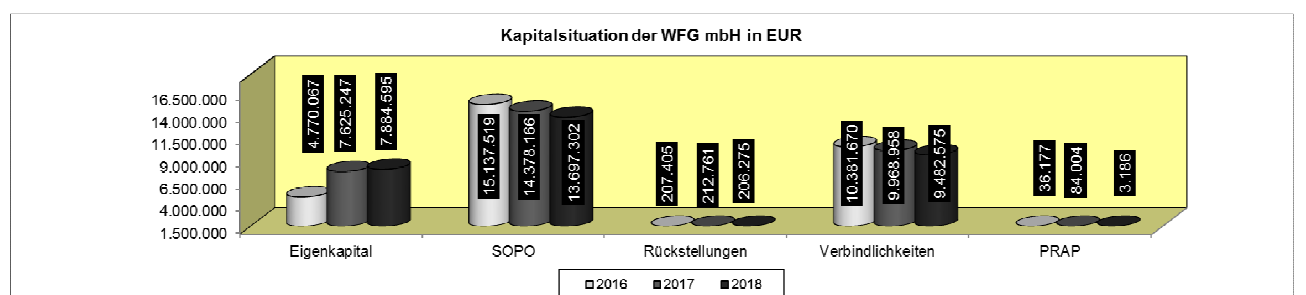
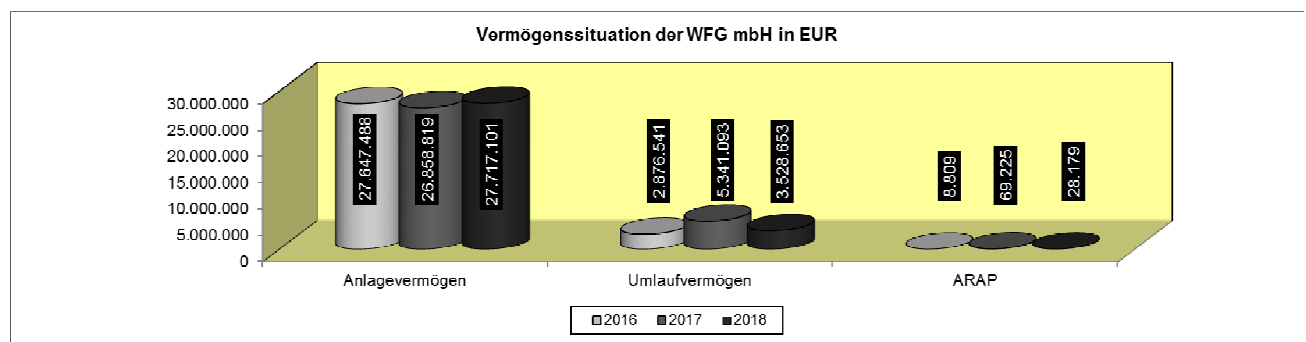
Die Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 1.141 TEUR (Vj. 2.945 TEUR) betreffen Finanzmittel der WFG mbH, welche dem Cash-Pool-Vertrag mit dem Landkreis Dahme-Spreewald zuzuordnen sind. Der Ausgleich der Forderungen erfolgt sukzessive und richtet sich nach dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft.

Das Eigenkapital der Gesellschaft betrug zum Bilanzstichtag 7.885 TEUR (Vj. 7.625 TEUR). Unter hälftiger Anrechnung des Sonderposten für Investitionszuschüsse belief sich das Eigenkapital auf 14.733 TEUR (Vj. 14.814 TEUR). Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wurde im Geschäftsjahr planmäßig aufgelöst und belief sich zum Bilanzstichtag auf 13.697 TEUR (Vj. 14.378 TEUR).

Das Fremdkapital der WFG mbH reduzierte sich um ca. 5 % zum Vorjahr auf 16.540 TEUR (Vj. 17.455 TEUR). Die Rückstellungen entsprachen mit 206 TEUR annähernd dem Vorjahreswert (213 TEUR).

Die gesamten Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich auf einen Wert in Höhe von 9.483 TEUR (Vj. 9.969 TEUR). Der Großteil der Verbindlichkeiten war den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zuzuordnen. Durch die planmäßige Tilgung der Kredite in Höhe von 584 TEUR konnten diese Verbindlichkeiten auf 8.297 TEUR (Vj. 8.881 TEUR) reduziert werden.

Die Bilanzsumme betrug zum Bilanzstichtag 31.273 TEUR (Vj. 32.269 TEUR) und lag damit um ca. 3 % unter dem Vorjahreswert.



Gewinn- und Verlustrechnung der WFG mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
1.	Umsatzerlöse	2.639.498	2.538.619	2.326.162
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-100.896	70.444	508
3.	Sonstige betriebliche Erträge	1.237.940	1.190.776	1.389.269
4.	Materialaufwand	-841.438	-751.270	-650.466
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-302.335	-170.226	-157.866
	b) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	-539.103	-581.044	-492.599
5.	Personalaufwand	-701.465	-730.268	-698.437
	a) Löhne und Gehälter	-582.303	-599.508	-580.440
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-119.162	-130.760	-117.996
6.	Abschreibungen auf immater. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.302.987	-1.305.792	-1.300.734
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-443.726	-410.471	-570.514
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	486.927	602.038	495.790
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	195	290
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-165.554	-177.139	-186.668
11.	Finanzergebnis	-166.554	-176.944	-186.379
12.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
13.	Ergebnis nach Steuern	320.373	425.094	309.411
14.	Sonstige Steuern	-61.026	-69.913	-60.086
15.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	259.348	355.181	249.326

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 259 TEUR ab. Dies entspricht einer Ergebnisminderung gegenüber dem Vorjahr um 27 % bzw. 96 TEUR. Ursächlich dafür waren gesteigerte Materialaufwendungen bei nahezu konstanter Gesamtleistung (Umsatzerlöse zzgl. Bestandsveränderungen).

Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 2.639 TEUR (Vj. 2.539 TEUR) und konnten somit um ca. 4 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Durchschnittsvermietung der Technologiezentren belief sich auf 88 % (Vj. 98 %). Die Umsatzerlöse aus Arbeitsmarktprojekten betragen 356 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf 1.238 TEUR (Vj. 1.191 TEUR) und lagen damit um 47 TEUR über dem Vorjahreswert. Darin enthalten waren auch die Erträgen aus der anteiligen Auflösung des Sonderpostens (681 TEUR) und die Zuwendung des Gesellschafters in Höhe von 500 TEUR (Vj. 475 TEUR).

Die im Berichtsjahr ausgewiesenen Umsatzerlöse in Höhe von 2.639 TEUR entsprachen einer Steigerung von 4 % (100 TEUR) gegenüber dem Vorjahr. Diesen stand ein gesteigerter betrieblicher Aufwand von 1,3 % gegenüber. Der fiel im Vergleich zum Vorjahr um 36 TEUR höher aus und belief sich auf 2.806 TEUR (Vj. 2.770 TEUR). Der darin enthaltene Materialaufwand, im Wesentlichen für die Durchführung der Arbeitsmarktprojekte, erhöhte sich um 77 % gegenüber Vorjahr auf 303 TEUR (Vj. 170 TEUR). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig auf 444 TEUR (Vj. 410 TEUR). Der Personalaufwand reduzierte sich bei einem Personalbestand von 9 Mitarbeitern zum Bilanzstichtag (Vj. 10) auf 701 TEUR (Vj. 730 TEUR).

Der gesamte Abschreibungsaufwand war mit 1.303 TEUR (Vj. 1.306 TEUR) nahezu konstant und beinhaltete planmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen.

Das ordentliche Betriebsergebnis verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um 115 TEUR auf 487 TEUR (Vj. 602 TEUR).

Das Finanzergebnis konnte aufgrund verminderter Zinsaufwendungen um 10 TEUR auf -167 TEUR (Vj. -177 TEUR) verbessert werden.

Das Unternehmen erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von 259 TEUR (Vj. 355 TEUR), was einer Umsatzrendite von 9,8 % (Vj. 13 %) entspricht.

Analysedaten

Die Anlagenintensität war mit 89 % aufgrund der hohen Kapitalbindung durch die Zentren für Luft- und Raumfahrt weiterhin sehr hoch, wodurch Liquiditätsengpässe möglich sein könnten. Da es sich hierbei um langfristig gebundenes Vermögen handelt, sollte dieses auch langfristig finanziert sein. Unter Anrechnung des hälftigen Sonderpostens beträgt die Eigenkapitalquote 69 %.

Die Anlagendeckung konnte weiterhin als stabil bewertet werden. Die Anlagendeckung von 106 % zeigte deutlich, dass das Anlagevermögen langfristig finanziert ist.

Die Zinsaufwandsquote konnte im Vergleich zum Vorjahr von 7 % auf 6 % leicht abgesenkt werden. Dies ist auf die gestiegenen Umsatzerlöse bei gleichzeitig reduziertem Zinsaufwand zurückzuführen.

Durch den deutlichen Abbau der Forderungen gegen Gesellschafter aufgrund des mit dem Landkreis bestehenden Cash-Pooling verringerte sich die Liquidität 3. Grades gegenüber dem Vorjahr von 271 % auf 178 %.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 1.661 TEUR auf 1.562 TEUR leicht verringert.

Die Eigen- und Gesamtkapitalrentabilität blieb mit 3 % bzw. 1 % leicht hinter den Vorjahreswerten zurück.

Die Personalaufwandsquote verminderte sich aufgrund geringerer Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr geringfügig von 22 % auf 21 %. Der Mitarbeiterbestand reduzierte sich von 10 Mitarbeitern auf 9 Mitarbeiter.

Kennzahl	2018	2017	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	89 %	83 %	91 %
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	25 %	24 %	16 %
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	69 %	68 %	65 %
Eigenkapitalquote (mit 50 % Sonderposten)	47 %	46 %	40 %
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	106 %	113 %	104 %
Zinsaufwandsquote	6 %	7 %	8 %
Liquidität 3. Grades	178 %	271 %	165 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	1.562 TEUR	1.661 TEUR	1.550 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität (ohne Sonderposten)	3 %	5 %	5 %
Eigenkapitalrentabilität (mit Sonderposten)	1 %	2 %	1 %
Gesamtkapitalrentabilität	1 %	2 %	1 %
Umsatzerlöse	2.639 TEUR	2.539 TEUR	2.326 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	3.277 TEUR	3.325 TEUR	3.266 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	259 TEUR	355 TEUR	249 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote	21%	22 %	21 %
Anzahl der Mitarbeiter	9	10	10

Geschäftsverlauf 2018

Im Geschäftsjahr 2018 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 259 TEUR (Vj. 355 TEUR) erreicht. Das Ergebnis liegt damit zwar unter dem Vorjahreswert, im Vergleich zum erwarteten Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan um 228 TEUR, konnte jedoch eine deutliche Ergebnisverbesserung erzielt werden. Ursächlich für diese Entwicklung waren um 170 TEUR erhöhte Mieteinnahmen und damit verbundene Steigerungen der Einnahmen aus Betriebskosten.

Die gesamten Umsatzerlöse beliefen sich auf 2.639 TEUR (Vj. 2.539 TEUR). Gegenüber dem Vorjahr entsprach dies einer Steigerung von 4 %. Wenngleich die Auslastungsquote der Zentren im Geschäftsjahr 2018 durch den Auszug von 2 Großmietern auf 88 % (Vj. 98 %) abgesunken ist, befindet sie sich dennoch auf hohem Niveau.

Das Vermögen der WFG mbH reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 995 TEUR auf 31.274 TEUR (Vj. 32.269 TEUR). Dabei verringerte sich das Umlaufvermögen der Gesellschaft, hauptsächlich begründet in der Geltendmachung von Forderungen gegen den Gesellschafter aus dem Cash Pooling um 1.812 TEUR auf 3.529 TEUR (Vj. 5.341 TEUR). Die Forderungen reduzierten sich insgesamt um 1.742 TEUR auf 1.575 TEUR (Vj. 3.317 TEUR). Daraus gewonnene Liquidität ist Bestandteil der Finanzierung des im Bau befindlichen Technologiezentrum ZFZ. Dies korrespondiert mit dem gesteigertem Anlagevermögen, abgebildet unter den um 2.137 TEUR erhöhten geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau. Insgesamt erhöhte sich das Anlagevermögen um 858 TEUR.

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jedem Zeitpunkt gewährleistet. Auswirkungen auf die Liquidität könnten sich aus dem Rückzahlungsrisiko von Fördermitteln durch die mit der Fördersystematik zum ZLR III verbundene „Einnahmeschaffende Infrastruktur“ ergeben sowie die derzeit am Markt zu verzeichnende Baupreisentwicklung, die zu einer signifikanten Verteuerung der geplanten Baumaßnahmen führen kann.

Das Eigenkapital belief sich unter Berücksichtigung des hälftigen Sonderpostens auf 14.734 TEUR (Vj. 14.814 TEUR) bzw. 47,1 % (Vj. 46 %) bei einer um 995 gesunkenen Bilanzsumme.

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von 2.175 TEUR (Vj. 523 TEUR) getätigt die hauptsächlich den Bau des ZFZ betrafen.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die von der WFG mbH betriebenen Technologiezentren stellen durch die Schaffung von High-Tech Arbeitsplätzen und der hohen Internationalisierung eine bedeutende Rolle auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkt des Landkreises Dahme-Spreewald dar. Das Wildauer Ensemble hat sich mit dem Erweiterungsbau des ZLR III zu einem der größten kompakten Technologiestandorte in Brandenburg entwickelt. Die dort ansässigen Firmen beschäftigen mittlerweile ca. 700-800 hochqualifizierte Mitarbeiter. Kurz- bis Mittelfristig wird der Technologie- und Wissenschaftspark durch das im Bau befindliche Zentrum für Zukunftstechnologien (ZFZ) und durch weitere Büroobjekte, finanziert durch private Investoren auf einer Fläche von 15.000 m² und einem Investitionsvolumen von ca. 130 Mio. EUR, bereichert werden.

Eine räumliche Erweiterung und Wahrnehmung des Areals soll durch die von der WFG mbH in Auftrag gegebene **Entwicklungsstrategie und Dachmarkenkonzeption für die Technologie- und Wissenschaftsregion „Zeuthen – Wildau - Königs Wusterhausen“** erzielt werden. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen und den dort ansässigen High-Tech Akteuren gilt es eine Dachmarkenstrategie für einen regionalen High-Tech-Standort zu entwickeln, die dann Grundlage für die Ausrichtung, Zielstellung und Marketing der nächsten 10 Jahre ist.

Mit dem Betrieb der bestehenden Technologiezentren sind aktuelle und mittelfristige Chancen und Risiken verbunden, die sich auf die einzelnen Häuser wie folgt verteilen:

Die Fördermittelbindefrist für das ZLR I endet am 31.03.2020. Mit der **AneCom AeroTest GmbH** konnte ein langfristiger Mietvertrag ab 2020 zu Marktpreisen verhandelt werden. Die AneCom AeroTest GmbH wird die seitens der WFG an das Land Brandenburg zu erstattenden Fördermittel für den Bindezeitraum vom 01.11.2019 bis 31.03.2020 in Höhe von ca. 230 TEUR leisten.

Die Reparatur des Wärmeverbundsystems im ZLR I soll noch derzeitiger Planung bis 2024 erfolgen. Die finanziellen Mittel sind bereits im Wirtschaftsplan 2019/2020 berücksichtigt worden.

Nach Ablauf des Mietvertrages mit der Fa. Condor über die Nutzung des **ZLR II** konnte als Anschlussmieter ab dem 01.05.2019 das Unternehmen Vorwerk Pipeline und Anlagenservice GmbH gewonnen werden und ein 5-Jahres-Mietvertrages geschlossen werden.

Nach Auszug von zwei Großmietern im **ZLR III** mit einem Flächenanteil von ca. 3.700 m² verringerte sich die durchschnittliche Vermietung zeitweise auf ca. 77 %. Die Hallenflächen konnten im II. Halbjahr 2019 an die Firmen Finetech GmbH und Me Energy GmbH neu vermietet werden. Mit Fertigstellung des ZFZ im Herbst 2020 wird für das ZLR III eine kurzfristige verminderte Vermietungsquote aufgrund des Umzugs mehrerer Unternehmen nach Ablauf der förderrechtlich-zulässigen Verweildauer in das ZFZ erwartet. Insgesamt besteht für die Gesellschaft ein erhöhtes Vermietungsrisiko in den Jahren 2020 – 2022. Im Zuge dessen wird die Vermarktung der Flächen des ZLR III verstärkt werden. Mögliche positive Effekte könnten durch die Eröffnung des BER entstehen.

Von Rückzahlungsansprüchen seitens des Fördermittelgebers ILB ist derzeit nicht auszugehen. Das Verfahren erfolgt in jährlichen Abständen bis 2019, so dass bis zu diesem Zeitpunkt Rückzahlungsansprüche möglich sein könnten.

Vor dem Hintergrund der begrenzten Verweildauer von maximal 8 Jahren in den geförderten Technologiezentren und der vom Land Brandenburg geforderten Ausgleichsfläche für den dauerhaften Verbleib der AneCom AeroTest GmbH im ZLR I erfolgte im Oktober 2018 planmäßig die **Grundsteinlegung** für das fördermittelfreie Technologiezentrum, dem Zentrum für Zukunftstechnologien (**ZFZ**). Gegenwärtig liegen Mietverträge über 60 % der Fläche vor, hauptsächlich wie geplant, mit Unternehmen des ZLR III. Bis Fertigstellung des Bauvorhabens wird eine Vermietungsquote von 70 % angestrebt.

Das Gesamtinvestitionsvolumen beläuft sich nach der vorliegenden Kostenberechnung mit einer Varianz von 10 % auf 20,65 Mio. EUR. Aufgrund der am Markt zu verzeichnenden Baupreientwicklung wurde zum Zeitpunkt der Lageberichtserstattung von einem Finanzierungsmehrbedarf von bis zu 1,5 Mio. EUR ausgegangen. Erst mit fortschreitendem Ausschreibungsumfang kann eine qualifiziertere Aussage zu der voraussichtlichen Gesamtkostenüberschreitung getätigt werden.

Aufgrund der bestehenden Baukosten- und Vermietungsrisiken und der vergleichsweise begrenzten Kapitalausstattung für das Neubauprojekt durch den Mitteleinsatz in Höhe von 1 Mio. EUR verfügt die Gesellschaft nur noch über eine **kritisch einzustufende Sockelliquidität**. Demzufolge könnten unvorhersehbare Kosten nur bedingt durch die WFG mbH selbst finanziert werden.

Die seit April 2015 beim Landgericht Cottbus anhängige Klage über die Erstattung der **zusätzlichen Anschlussbeiträge** gegenüber der Wolffkran GmbH mit einem Streitwert von 250 TEUR ist zurückgezogen worden. Risiken aus diesem Prozess bestehen daher nicht mehr.

Eine **positive Entwicklung war auch in der Rechtsangelegenheit über die Erhebung von Altanschließergebühren** und damit in Zusammenhang stehende mögliche Regressforderungen von Grundstückseigentümer, die Flächen von der WFG mbH auf dem Gewerbe- und Industriegebiet Alteno erworben hatten, zu verzeichnen. In Folge der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes vom 12.11.2015 waren die Bescheide des TAZV zurückzunehmen und für 2019 eine Rückerstattung der vor ca. 5 Jahren geleisteten Erschließungsbeträge an die WFG mbH vorzunehmen.

In Anbetracht der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 4,1 % im Jahr 2018 und den Prognosen für den Arbeitsmarkt in der Region zeigt sich zunehmend, dass die Gewinnung von qualifizierten **Arbeitskräften** schwieriger wird, um die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu stärken. Vor diesem Hintergrund gilt es attraktive Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes zu schaffen, die Integration von Flüchtlingen und möglicherweise die Anwerbung von in- und ausländischen Mitarbeitern zu fördern. Gegebenenfalls sind die Anstrengungen mit weiteren Haushaltsmitteln des Landkreises und der Kommunen zu unterstützen.

Die WFG mbH wird sich zukünftig verstärkt dem Thema **Flughafenentwicklung** auseinandersetzen. Mit der Benennung des Eröffnungstermins des BER im Herbst 2020 werden sich zunehmend Unter-

nehmen mit den Rahmenbedingungen für eine Ansiedlung befassen. Anlehnend an die Auffassung der Landespolitik die Umfeldentwicklung und –vermarktung neu zu organisieren, forciert die WFG mbH eine gebündelte Vermarktung der Standorte im Flughafenumfeld durch die regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften auf Brandenburger und Berliner Seite sowie durch die privaten Grundstücksgesellschaften. Für ein erfolgreiches Marketing sind möglicherweise weitere Mittel des Landkreises bzw. auch der Kommunen bereitzustellen.

Auf Grundlage der in 2016 gegenüber dem Landkreis getätigten Fördermittelzusage des Bundes und Landes in Höhe von 15,7 Mio. EUR und dem Kreistagsbeschluss vom 30.04.2016 über die Erbringung der erforderlichen Eigenmittel in Höhe von 1,7 Mio. EUR wurden die Aktivitäten zum **Breitbandausbau** fortgesetzt. Die WFG mbH setzt mit Wirkung vom 01.01.2017 die Aufgaben des Breitbandausbaus im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages mit dem Landkreis bis voraussichtlich Ende 2020 um.

In 2018 konnte nach Abschluss des Vergabeverfahrens der Vertrag mit der Deutschen Telekom als bester Bieter geschlossen werden und die Bauarbeiten zur ersten Ausbauphase, voraussichtlich bis 2020 beginnen. In einer zweiten Phase, der den Ausbau zukunftssicher und flächendeckender Glasfaseranschlüsse zum Gegenstand hat, gilt es seitens des Bundes neu aufgelegte Förderprogramme zu nutzen. Die WFG mbH bereitet die Antragstellung in 2019/2020 vor um den Breitbandausbau ab 2021 – 2025 fortsetzen zu können. Auch hier wird der Landkreis als berechtigter Antragsteller erhebliche Eigenanteile in der Haushaltsplanung 2021/2022 zu berücksichtigen haben.

Mitentscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung im Süden des Landkreises ist die Stärkung der **Tourismusbranche**. Zur Steigerung des wirtschaftlichen Erfolgs von touristischen Großeinrichtungen, wie Tropical Islands, ist die Etablierung weiterer touristischer Großeinrichtungen im Umfeld sowie weiterer attraktiver zusätzlicher Angebote sinnvoll. Die WFG mbH wird sich daher auch in den Folgejahren für die Entwicklung und Akquise einer weiteren touristischen Großeinrichtung in Zusammenarbeit mit den Kommunen einsetzen.

Im Norden des Landkreises verstetigt sich zunehmend um das Schönefelder Kreuz ein **Gewerbeflächenengpass** bei Grundstücken zwischen 2.000 und 10.000 m². Vor diesem Hintergrund konnten die Nachfragen an kleinteiligen Flächen für dort bereits ansässige Firmen in 2017 nicht mehr bedient werden. Die WFG mbH wird daher eine Gesamtuntersuchung der Bedarfssituation in Auftrag geben. Daran anknüpfend könnte die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Flächenankäufe und Erschließungsmaßnahmen bei einer grundsätzlichen Förderfähigkeit durch EFRE Mittel des Landes Brandenburg bis 2020 erforderlich werden.

Bei allen Tätigkeiten der WFG mbH ist zu bedenken, dass die aktuelle **Förderperiode der Europäischen Union (EFRE und ESF)** mit Ablauf des Jahres 2020 endet. Vor diesem Hintergrund gilt es, neben der intensiven Nutzung der Fördermöglichkeiten weitere Finanzierungsquellen zu erschließen, die gewährleisten, dass auch nach 2020 eine effiziente Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung im Landkreis Dahme-Spreewald auf gleichem Niveau gewährleistet ist.

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2018 sind keine Geschäftsvorfälle eingetreten, die eine wesentliche Auswirkung auf den Geschäftsverlauf gehabt hätten. Für 2019 wird von einer geringfügig rückläufigen Entwicklung des Vermietungs- und Projektgeschäftes ausgegangen. Das geplante Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2019 beläuft sich auf 9,2 TEUR.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2018	0
	2017	2.500
	2016	0
	2015	0
	2014	752
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2018	0
	2017	0
	2016	0
	2015	0
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2018	keine
	2017	keine
	2016	keine
	2015	keine
	Bürgschaftserklärung gegenüber der MBS im Jahr 2009 Stand 31.12.2018: 5,3 TEUR	
sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2018	500 Betriebskostenzuschuss 0,0 Kleinkreditprogramm 36 Dienstleistung Breitband (brutto) 104 Start to fly, Start to green, Start to health (brutto) 2,3 Anmietung Seminarräume (brutto)
	2017	475 Betriebskostenzuschuss 0,3 Kleinkreditprogramm 34 Dienstleistung Breitband (brutto) 57 Start to fly (brutto) 40 Start to green (brutto) 49 Start to health (brutto) (Berufsfrühorientierung)
	2016	450 Betriebskostenzuschuss 0,1 Kleinkreditprogramm 51 Start to fly (brutto) 34 Start to green (brutto) 46 Start to health (brutto) (Berufsfrühorientierung)

Von Oktober 2011 - 2019 erfolgt in halbjährlichen Raten i. H. v. 103 TEUR die Tilgung des Ratendarlehens von ursprünglich 3.718 TEUR gegenüber der Investitionsbank des Landes Brandenburg über die Finanzierung des ZLR III. Der Landkreis Dahme-Spreewald stellt die Tilgung sicher, die Tilgungsraten werden von der WFG mbH refinanziert. Ab 2020 bis 2029 verzichtet der Landkreis auf die vollständige Refinanzierung des durch die WFG zu erbringenden Kapitaldienstes. Dadurch freigesetzte Liquidität der WFG von insgesamt 1.400 TEUR sichert den Kapitaldienst des von der WFG aufzunehmenden Darlehens zur Finanzierung zusätzlicher Baukosten des ZFZ ab.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der WFG mbH.

Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH

Freiheitstraße 124-126

15745 Wildau

Tel.: +(49) (0) 3375 / 52 38 0

Fax: +(49) (0) 3375 / 52 38 44

E-Mail: kontakt@tgz-wildau.de

www.tgz-wildau.de



	2018	2017	2016
Stammkapital in EUR	51.200	51.200	51.200
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in EUR	51.200	51.200	51.200
Datum der Gründung	22.12.1994		
Aktueller Gesellschaftsvertrag	25.11.2014		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Betrieb eines Technologie-, Innovations- und Gründerzentrums mit dem Ziel, vor allem innovations- und technologieorientierten Unternehmen Unterstützung und günstige Bedingungen für die Unternehmensgründung und Ansiedlung zu bieten</p> <p>Vermietung bzw. Verpachtung entsprechender Räume an technologie- und innovationsorientierte Unternehmen</p> <p>Errichtung und Betrieb von zentralen Serviceeinrichtungen für die Mieter</p> <p>Betreuung der Mieter durch Informationen über Unternehmensplanung (Technologie-, Finanzierungs- und Marketingberatung) sowie Vermittlung von Kontakten und Kooperationen</p> <p>Akquise finanzieller Mittel für wichtige Projekte der Wirtschafts-, Arbeits- und Technologieförderung</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p>		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführer:</u> Herr Gerhard Janßen</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS:</u> Herr Stephan Loge</p> <p><u>Abgeordnete des Kreistages:</u> Ludwig Scheetz Dr. Manfred Sternagel Dr. Michael Kuttner Angela Laugsch</p>		<p><u>Stellvertreter:</u> Sylvia Groth Georg Hanke Olaf Damm Falko Brandt</p>

Bilanz der TGZ Wildau GmbH

Bilanz zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	1.294.714	1.455.210	1.672.355
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II.	Sachanlagen	1.294.714	1.445.210	1.672.355
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	1.272.743	1.448.430	1.660.223
2.	Technische Anlagen und Maschinen	12.329	2.126	6.727
3.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.642	4.654	5.405
B.	Umlaufvermögen	292.208	300.719	216.800
I.	Vorräte	141.737	136.136	124.371
1.	Unfertige Leistungen	141.737	136.136	124.371
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.321	39.674	22.492
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14.013	36.743	8.895
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	3.308	2.931	13.597
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks	133.150	124.909	69.936
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	893	12.282	12.015
	Bilanzsumme	1.587.814	1.768.212	1.901.170
Passiva				
A.	Eigenkapital	340.107	312.925	248.517
I.	Gezeichnetes Kapital	51.200	51.200	51.200
II.	Kapitalrücklage	105.671	105.671	105.671
III.	Gewinnvortrag	156.054	91.646	78.333
IV.	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	27.182	64.408	13.313
B.	Sonderposten für Investitionszuschüsse	495.637	618.016	740.396
C.	Rückstellungen	44.074	48.472	40.592
1.	Steuerrückstellungen	1.257	5.003	250
2.	Sonstige Rückstellungen	42.817	43.468	40.343
D.	Verbindlichkeiten	707.996	788.799	871.665
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	558.512	637.332	739.943
2.	Erhaltene Anzahlungen	121.712	120.634	103.670
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16.558	23.819	10.132
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.594	0	0
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	9.621	7.014	17.919
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	1.587.814	1.768.212	1.901.170

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Die Bilanz der TGZ Wildau GmbH war auch im Berichtsjahr 2018 durch hohes gebundenes Anlagevermögen gekennzeichnet. Gemessen an der Bilanzsumme betrug der Anteil des Anlagevermögens 82 %. Bedingt durch die planmäßigen Abschreibungen reduzierte sich das Anlagevermögen auf 1.295 TEUR (Vj. 1.455 TEUR).

Die unter Vorräte untergeordnete Position „unfertige Leistungen“ beinhalten die umlagefähigen Betriebskosten, die im Folgejahr mit den Mietern endabgerechnet werden. Mit 142 TEUR beliefen sich die Vorräte leicht über dem Vorjahreswert (136 TEUR).

Der Forderungsbestand verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich von 40 TEUR auf 17 TEUR. Darin enthaltene Lieferforderungen (14 TEUR) beziehen sich auf Betriebskostenabrechnungen für das Jahr 2017, welche im IV. Quartal 2018 gestellt wurden.

Die im Geschäftsjahr durchgeführten Sanierungsarbeiten wurden aus Mitteln der Gesellschaft finanziert. Dennoch erhöhte sich der Kassenbestand im Geschäftsjahr geringfügig von 125 TEUR auf 133 TEUR.

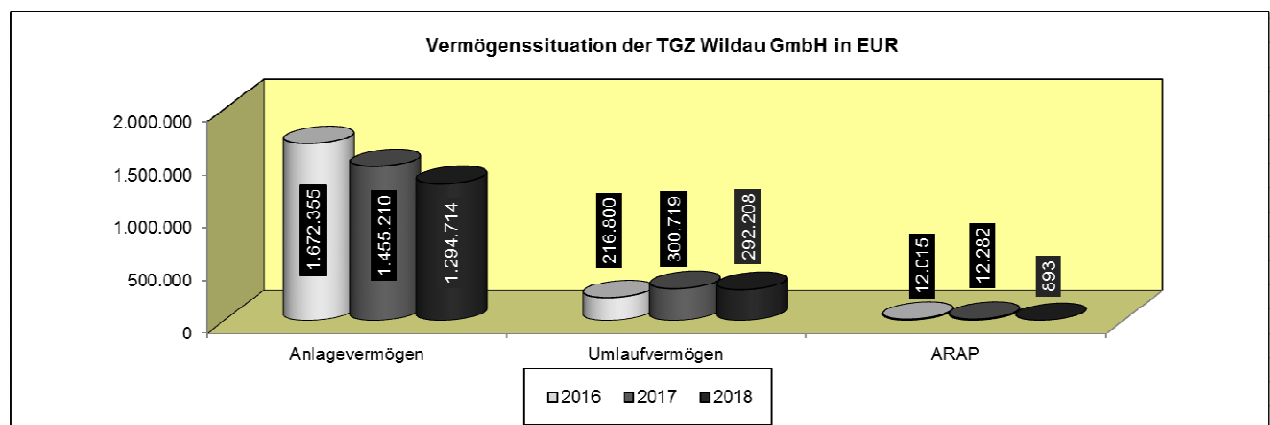
Insgesamt reduzierte sich das Umlaufvermögen gegenüber dem Vorjahr geringfügig auf 292 TEUR (Vj. 301 TEUR).

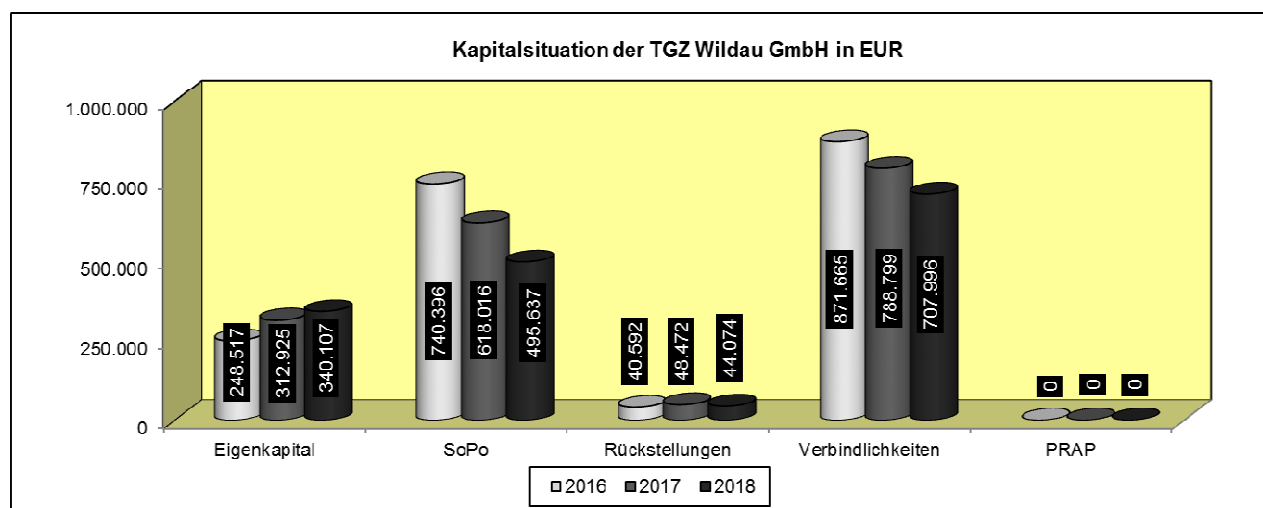
Das Eigenkapital konnte aufgrund des um 64 TEUR gestiegenen Gewinnvortrags und dem in 2018 erzielten Jahresüberschuss in Höhe von 27 TEUR gestärkt werden. Zum Bilanzstichtag belief es sich auf 340 TEUR (Vj. 313 TEUR). Das gezeichnete Kapital sowie die Kapitalrücklage blieben konstant gegenüber dem Vorjahr. Unter Berücksichtigung des hälftigen Sonderposten, der Eigenkapitalcharakter hat, ergab sich für 2018 eine Eigenkapitalquote von 37 % (Vj. 35 %). Die Erhöhung ist auf die überproportionale Veränderung des Fremdkapitals zurückzuführen.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse verringerte sich analog der anteiligen Abschreibungen des TGZ-Gebäudes planmäßig um 122 TEUR. Zum Bilanzstichtag betrug dieser 496 TEUR.

Die Rückstellungen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig von 48 TEUR auf 44 TEUR und setzten sich im Wesentlichen aus Rückstellungen für Prozesskosten (20 TEUR), Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten (10 TEUR) und für Archivierungskosten (9,8 TEUR) zusammen.

Die Verbindlichkeiten beliefen sich insgesamt auf 708 TEUR (Vj. 789 TEUR). Ein Großteil davon entfällt auf die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 558 TEUR. Durch die Bedienung des Kapitaldienstes reduzierten sich diese im Berichtsjahr um 79 TEUR. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten und übrige Verbindlichkeiten beliefen sich auf 274 TEUR (Vj. 283 TEUR).





Gewinn- und Verlustrechnung der TGZ Wildau GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
1.	Umsatzerlöse	504.252	505.162	404.164
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	5.600	11.765	3.649
3.	sonstige betriebliche Erträge	122.709	122.785	129.319
4.	Materialaufwand	-136.009	-125.245	-130.582
5.	Personalaufwand	-70.002	-70.902	0
	a) Löhne und Gehälter	-57.238	-58.042	0
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-12.764	-12.860	0
6.	Abschreibungen	-217.155	-215.297	-215.454
	a) Abschreibungen auf imm. VG und Sachanlagen	-217.155	-215.297	-215.454
	b) außerplanmäßige Abschreibungen auf Vermögensgegenstände und Sachanlagen	0	0	0
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-158.357	-132.643	-141.920
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	51.037	95.625	49.176
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	203	6	15
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-17.470	-24.636	-29.292
11.	Finanzergebnis	-17.268	-24.629	-29.277
12.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	1
13.	Ergebnis nach Steuern	33.770	70.995	19.901
14.	Sonstige Steuern	-6.587	-6.587	-6.587
15.	Jahresergebnis	27.182	64.408	13.313

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Berichtsjahr auf 504 TEUR (Vj. 505 TEUR) und lagen damit auf Vorjahresniveau. Die Durchschnittsvermietung sank aufgrund umfangreichen Mieterwechsel und damit in Verbindung stehenden Sanierungsarbeiten auf 93 % (Vj. 97 %).

Sonstige betriebliche Erträge stammen im Wesentlichen aus der ertragswirksamen Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen im Wert von 123 TEUR.

Der Materialaufwand in Höhe von 136 TEUR beinhaltet die bezogenen Leistungen (Betriebskosten) und hat sich im Vergleich zum Vorjahr (125 TEUR) geringfügig erhöht.

Die Abschreibungen in Höhe von 217 TEUR entsprachen annähernd dem Vorjahreswert (215 TEUR).

Die Verwaltung des Technologiezentrums erfolgte auch in 2018 vollständig im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der TGZ Wildau GmbH und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH. Die Kosten, die im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages entstanden sind, wurden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Aufgrund der Einstellung des Bereichs Facilitymanagement durch den bisherigen Dienstleister ist ein Mitarbeiter für das Facilitymanagement bei der TGZ Wildau GmbH eingestellt worden, wodurch Personalkosten im Geschäftsjahr in Höhe von 70 TEUR entstanden.

Im Vergleich zum Vorjahr (64 TEUR) wurde ein geringerer Jahresüberschuss erzielt. Kosten der Teilsanierung von Räumlichkeiten waren dem betrieblichen Aufwand zuzuordnen, so dass sich das Jahresergebnis auf 27 TEUR belief.

Analysedaten

Die Anlagenintensität war aufgrund des TGZ Gebäudes mit 82 % weiterhin sehr hoch. Da es sich hierbei um langfristig gebundenes Vermögen handelt, sollte dieses auch langfristig finanziert sein. Bei Betrachtung der Anlagendeckung II mit einem Wert von 102 % zeigt sich, dass diese Regel vollumfänglich erfüllt ist. Der Zielwert liegt bei 1 bzw. 100 %.

Eine hohe Anlagenintensität erfordert daher einen hohen Anteil von Eigenkapital bzw. langfristigem Fremdkapital. Unter Einbeziehung des hälftigen Sonderpostens für Investitionszuschüsse kann die leicht gesteigerte Eigenkapitalquote von 37 % als solide beurteilt werden. Durch die Veränderung des Fremdkapitals, der Erhöhung des Gewinnvortrages durch den erzielten Jahresüberschuss konnte die Eigenkapitalquote (ohne Einbeziehung des Sonderposten) im Vergleich zum Vorjahr von 18 % auf 21 % leicht gesteigert werden.

Die Zinsaufwandsquote verringerte sich aufgrund der planmäßigen Tilgungen von Krediten leicht von 5 % auf 3 %. Im Rahmen des planmäßig erbrachten Kapitaldienstes von insgesamt 79 TEUR, wurden 17 TEUR (Vj. 25 TEUR) für Zinszahlungen geleistet. Die Liquidität 3. Grades konnte durch die Zunahme des Umlaufvermögens von 106 % auf 107 % gesteigert werden.

Der Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 36 TEUR auf 244 TEUR. Aufgrund des verringerten Jahresergebnisses sank die Eigenkapitalrentabilität von 21 % auf 8 %. Die Gesamtrentabilität hat sich hingegen nur leicht von 5 % auf 3 % reduziert, stellt jedoch in Anbetracht der von der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg geforderten zu erzielenden marktüblichen Eigenkapitalverzinsung ein positives Ergebnis dar.

Aufgrund des beschäftigten Mitarbeiters für das Facilitymanagement entstanden Personalaufwendungen in Höhe von 70 TEUR. Im Verhältnis zu der erzielten Gesamtleistung des Unternehmens errechnet sich eine Personalaufwandsquote von 11 %. Die Kosten für die Geschäftsbesorgung sind nicht den Personalaufwendungen zuzurechnen.

Kennzahl	2018	2017	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	82 %	82 %	88 %
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	21 %	18 %	13 %
Eigenkapitalquote (mit 50% Sonderposten)	37 %	35%	33%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	102 %	102 %	97 %
Zinsaufwandsquote	3 %	5 %	7 %
Liquidität 3. Grades	107 %	106 %	81 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	244 TEUR	280 TEUR	229 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	8 %	21 %	5 %
Gesamtkapitalrentabilität	3 %	5 %	2 %
Umsatz	504 TEUR	505 TEUR	404 TEUR
Gesamtleistung	633 TEUR	640 TEUR	537 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	27 TEUR	64 TEUR	13 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	11 %	11 %	0 %
Anzahl der Mitarbeiter	1	1	0

Geschäftsverlauf 2018

Unternehmen (KMU) sowie die Einzelvermietung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Seminare. Bedingt durch den Auszug der Deutschen Telekom und den in diesem Zusammenhang erfolgten Umbau und Renovierungsarbeiten sank die durchschnittliche Auslastungsquote auf 93 %, erreichte aber zum Jahresende durch erfolgreiche Anschlussvermietung einen Wert von 98 %.

Im Geschäftsjahr konnten 13 Mietverträge mit einer Gesamtfläche von 897 m² neu abgeschlossen werden. Die erfolgreiche Anschlussvermietung sowie der niedrigere Zinsaufwand führten zu einem Jahresüberschuss in Höhe von 27 TEUR. Im Verhältnis zu dem Planwert ergab sich eine Ergebnisverbesserung um 55 TEUR.

Die Geschäftsführung sowie die gesamte Verwaltung des Technologiezentrums erfolgten, wie auch in den Vorjahren, durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH, welche im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages diese Aufgaben abdeckt. Ergänzend dazu wurde durch den zum 01.01.2017 angestellten Mitarbeiter für das Facility- Management für das Technologie- und Gründerzentrum auch das Facility- Management für die Technologiezentren der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald erbracht.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Investitionen in Höhe von 56 TEUR in Büro- und Geschäftsausstattung getätigt. Die Sanierungsarbeiten im TGZ Gebäude waren teilweise dem betrieblichen Aufwand zuzuordnen.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2018 zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die liquiden Mittel der Gesellschaft stiegen im Geschäftsjahr um 8 TEUR auf 133 TEUR an. Entgegen der ursprünglichen Planung war die Aufnahme eines Kredites für die Finanzierung der umzugsbedingten Sanierungsarbeiten nicht erforderlich. Der Kapitaldienst der beiden Kredite zur Finanzierung der Errichtung des Technologie- und Gründerzentrums wurde im Geschäftsjahr mit 81 TEUR planmäßig bedient.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Aufgrund der Beendigung des Mietverhältnisses mit der Deutschen Telekom und den im Anschluss erfolgten Umbau- und Renovierungsarbeiten der abgemieteten Fläche, belief sich die jahresdurchschnittliche Vermietung auf 93 %, steigerte sich aber zum Jahresende auf einen Vermietungsstand von 98 %.

Abweichend von der ursprünglichen Planung war eine Kreditaufnahme für die Umbau- und Renovierungsarbeiten nicht erforderlich. Der Liquiditätsbedarf von 98 TEUR wurde aus Mitteln der Gesellschaft finanziert.

Voraussichtlich zum 1. Quartal 2020 wird auch der Großmieter, die Fraunhofer Gesellschaft das TGZ verlassen und die eigenen Räumlichkeiten auf dem Campus beziehen.

Zur Sicherung der Nachvermietung sind bereits erste Akquisegespräche geführt worden. In Anbetracht des derzeit knappen Angebots an Hallenflächen, wird davon ausgegangen, dass für die Halle von Fraunhofer PYCO relativ zeitnah ein Nachmieter gefunden wird. Für die erforderlichen Grundsanierungsarbeiten wurden 30 TEUR kalkuliert.

Die im Geschäftsjahr 2017 realisierte Preissteigerung auf 8,00 EUR/m² für Büro- und Laborflächen konnte bei auch Neuvermietungen im Jahr 2018 durchgesetzt werden. Unter Berücksichtigung der Umlage für die Nutzung der Gemeinschaftsflächen in Höhe von 20 % der Nettokaltmiete ergibt sich nunmehr ein Mietpreis im TGZ von grundsätzlich 9,60 EUR/m².

Auf dem Areal des Technologie- und Wissenschaftspark Wildau werden in den kommenden Jahren insbesondere ab 2020 in größerem Umfang Büroflächen geschaffen. Dennoch ist davon auszugehen, dass aufgrund der Kleinteiligkeit des Büro- und Hallenangebots das TGZ weiterhin eine gute Wettbewerbsposition hat, da die neuen Flächen derartig kleinteilige Mieteinheiten nur in sehr begrenzten Umfang beinhalten werden.

An der Strategie, der Investition in die Gebäudesubstanz, zur Erhalt der Qualität wird auch in den folgenden Jahren festgehalten. Vor diesem Hintergrund ist die Gesellschaft bestrebt einen Liquiditätssockel von mindestens 100 TEUR für unvorhergesehene Reparaturfälle oder den Ausfall von Mieteinnahmen aufzubauen und zu erhalten.

In Erwartung der sich verstetigenden Tendenz warmer Sommer wird die nachträgliche Klimatisierung des zweiten Flügels des TGZ und von Teilflächen des Anbaus in Erwägung gezogen. Dem Gesellschafter wird noch in 2019 eine Kostenkalkulation zur Entscheidung vorgelegt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen (eigenkapitalerhöhende Betriebskostenzuschüsse)	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	<p>Die Bürgschaftserklärung gegenüber der KfW-Bank aus dem Jahr 1997 (Stand 31.12.2017: 165 TEUR) erlosch mit der Anschlussfinanzierung ab 08/2018.</p> <p>Bürgschaftserklärung gegenüber der KfW-Bank aus dem Jahr 2000; Stand 31.12.2018: 84 TEUR</p> <p>(zzgl. der Freistellung der Bürgschaften der ehemaligen Gesellschafter Königs Wusterhausen und Wildau im Rahmen des Geschäftsanteilsübertragungsvertrages vom 06.08.2013; Stand 31.12.2018: 56 TEUR)</p>	
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2018	<p>Umsetzung Sanierungsvereinbarung vom 18.10.2006 mit der Übernahme des Kapitaldienstes gegenüber der DKB-Bank i. H. v. 40 TEUR;</p> <p>Restschuld zum 31.12.2018: 112 TEUR</p>
	2017	<p>Umsetzung Sanierungsvereinbarung vom 18.10.2006 mit der Übernahme des Kapitaldienstes gegenüber der DKB-Bank i. H. v. 42 TEUR;</p> <p>Restschuld zum 31.12.2017: 149 TEUR</p>
	2016	<p>Umsetzung Sanierungsvereinbarung vom 18.10.2006 mit der Übernahme des Kapitaldienstes gegenüber der DKB-Bank i. H. v. 42 TEUR;</p> <p>Restschuld zum 31.12.2016: 186 TEUR</p>
Konsolidierung		
Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der TGZ Wildau GmbH.		

Wirtschaftsregion Lausitz GmbH

Am Turm 14

03046 Cottbus

Tel.: +49 (0) 355 / 28 890 404

Fax: +49 (0) 355 / 288 90 405

E-Mail: info@wirtschaftsregion-lausitz.de

www.wirtschaftsregion-lausitz.de



	2018	2017	2016
Stammkapital in EUR	30.000	25.000	25.000
Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital
Landkreis Dahme-Spreewald	5.000 EUR; 16,67 %	5.000 EUR; 20 %	5.000 EUR; 20 %
Landkreis Elbe-Elster	5.000 EUR; 16,67 %	5.000 EUR; 20 %	5.000 EUR; 20 %
Landkreis Görlitz (seit 27.11.17)	5.000 EUR; 16,67 %	-	-
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	5.000 EUR; 16,67 %	5.000 EUR; 20 %	5.000 EUR; 20 %
Landkreis Spree-Neiße	5.000 EUR; 16,67 %	5.000 EUR; 20 %	5.000 EUR; 20 %
Stadt Cottbus	5.000 EUR; 16,66 %	5.000 EUR; 20 %	5.000 EUR; 20 %
Datum der Gründung	15.07.2009 als Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH		
Umfirmierung	27.11.2017 (Eintragung Handelsregister)		
aktueller Gesellschaftsvertrag	24.10.2017		
Gegenstand des Unternehmens	Strategische Koordinierung und Begleitung des Strukturwandels durch die Entwicklung zukunftsfähiger wirtschaftlicher Perspektiven für die Lausitz		
	Begleitung der Strukturentwicklung als Maßnahmenträger sowie die direkte Unterstützung konkreter Projekte		
	Koordinierung der länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Land Brandenburg sowie benachbarter Staaten zu Fragen der Struktur- und Regionalentwicklung unter Beachtung des § 91 Abs. 4 Satz 2 BbgKVerf		
	Soweit zugelassen und möglich, soll sich die Gesellschaft wie ein Träger öffentlicher Belange an gebietsrelevanten Verfahren beteiligen		
	Koordinierung, Steuerung und Umsetzung von Maßnahmen zum Marketing und zur Imagestärkung der Wirtschaftsregion Lausitz		
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.		

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Norman Müller, Dipl.-Ing. (bis 31.08.2018)
Herr Torsten Bork (ab 01.09.2018)

Gesellschafterversammlung:

Vertreter LDS:

Herr Stephan Loge (Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald)

Stellvertreter LDS:

Gem. § 97 Abs. 1 BbgKVerf

Aufsichtsrat:

Vertreter des LDS:

Herr Heiko Jahn (Dezernent für Kreisentwicklung, Wirtschaft, Finanzen, Ordnung und Sicherheit des Landkreises Dahme-Spreewald)

Herr Lothar Treder-Schmidt (Abgeordneter des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald)

Bilanz der WRL GmbH

Bilanz zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	47.736	6.514	9.843
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	5	524	1.232
1.	Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	5	524	1.232
II.	Sachanlagen	47.731	5.990	8.611
1.	Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	47.731	5.990	8.611
B.	Umlaufvermögen	270.016	107.437	169.754
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	243.420	74.717	39.559
1.	Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen	240.156	71.338	39.389
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	3.264	3.380	170
II.	Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	26.596	32.720	130.195
C.	Aktiver Rechnungsprüfungsposten	3.542	2.563	1.910
	Bilanzsumme	321.294	116.514	181.507
Passiva				
A.	Eigenkapital	30.000	30.000	25.000
I.	Gezeichnetes Kapital	30.000	30.000	25.000
II.	Jahresüberschuss	0	0	0
B.	Rückstellungen	19.436	10.266	42.440
1.	Steuerrückstellungen	0	0	35.774
2.	Sonstige Rückstellungen	19.436	10.266	6.666
D.	Verbindlichkeiten	53.633	26.675	16.531
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	93		
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	27.645	19.072	5.809
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	25.895	7.603	10.722
E.	Passiver Rechnungsposten	218.225	49.573	97.536
	Bilanzsumme	321.294	116.514	181.507

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Aufgrund planmäßiger Investitionen in Hard- und Software erhöhte sich das *Anlagevermögen* im Bereich der Sachanlagen um 41 TEUR auf 48 TEUR. Die Gesellschaft verfügt weder über Grundstücke, noch Grundstücksbeteiligungen, noch im Bau befindliche Anlagen. Es sind keine Bauvorhaben geplant.

Das *Guthaben bei Kreditinstituten* reduzierte sich weiterhin um 6 TEUR auf 27 TEUR im Vergleich zum Vorjahr. Dies ist insbesondere den noch ausstehenden Förderbeträgen, die im Rahmen der Projektarbeit vorfinanziert wurden, geschuldet. Für die Vorfinanzierung wurde ein Kontokorrentkredit i.H.v. 400 TEUR eingerichtet.

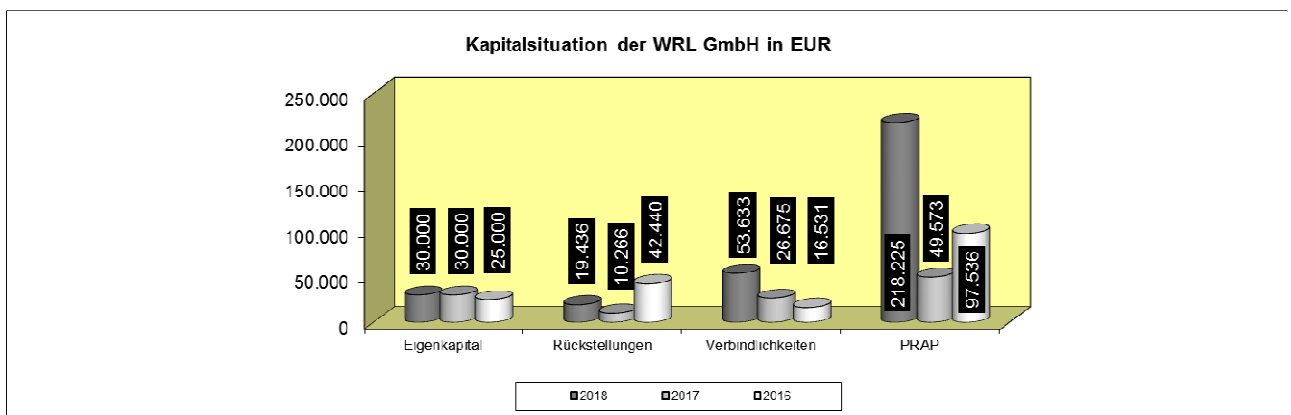
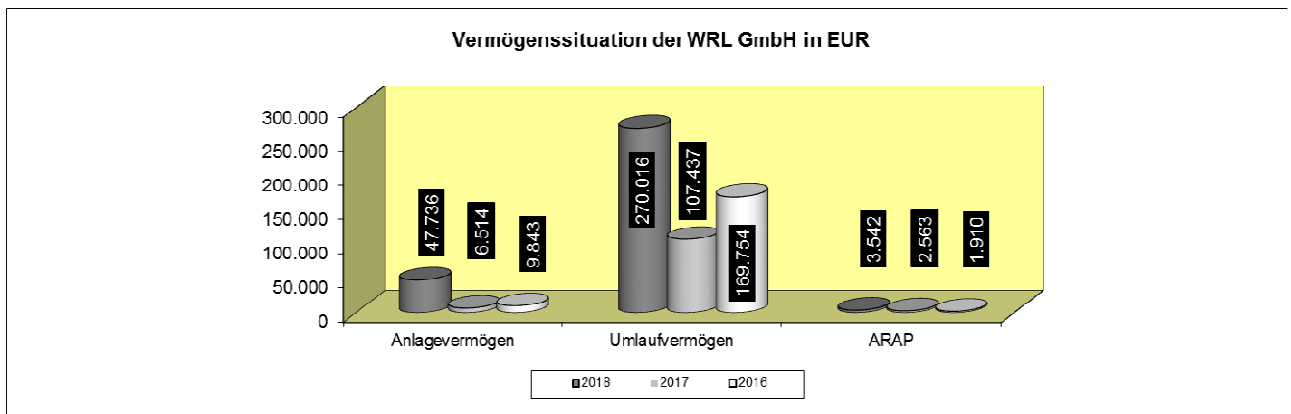
Das *Eigenkapital* setzte sich aus dem Stammkapital i. H. v. 30 TEUR zusammen.

Die Summe der Rückstellungen liegt mit 19 TEUR über dem Niveau des Vorjahres (10 TEUR). Dies liegt hauptsächlich an der Position Sonstige Rückstellungen, die Rückstellungen für Personalkosten abbildet. Aufgrund der erhöhten Anzahl an Resturlaubstagen zum Ende des Geschäftsjahres sowie einer vertragsmäßigen Sonderzahlung waren diese Rückstellungen zu bilden.

Die Verbindlichkeiten i. H. v. 54 TEUR betrafen im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen i. H. v. 28 TEUR.

Die in den Vorjahren nicht aufgelösten Gesellschafterzuschüsse sowie eine Zuführung in Höhe von 169 TEUR zum Ende des Geschäftsjahres sind als Rechnungsabgrenzungsposten passiviert.

Die Bilanzsumme erhöhte sich von 117 TEUR auf 322 TEUR.



Gewinn- und Verlustrechnung der WRL GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
1.	Umsatzerlöse	0	1.000	79.100
2.	Sonstige betriebliche Erträge	863.274	504.979	339.016
3.	Materialaufwand	-42.050		
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-42.050		
4.	Personalaufwand	-545.284	-259.008	-210.221
	a) Löhne und Gehälter	-450.733	-209.546	-173.073
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-94.552	-49.462	-37.148
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-10.582	-3.329	-3.579
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-250.301	-207.399	-168.299
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-10.621	-135	0
9.	Ergebnis nach Steuern	4.436	36.107	36.018
10.	Sonstige Steuern	-4.436	-36.107	-36.018
11.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Im Jahr 2018 erzielte die WRL GmbH Gesamterträge in Höhe von 863 TEUR (Vj. 505 TEUR). Umsatzerlöse wurden nicht generiert.

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen i. H. v. 863 TEUR wurden hauptsächlich die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter des Berichtsjahres i. H. v. 300 TEUR ausgewiesen sowie die institutionelle Förderung des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg von je 150 TEUR.

Die Personalaufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 545 TEUR, dies entspricht einer deutlichen Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 286 TEUR. Im Wesentlichen ist die Erhöhung auf die gestiegene Mitarbeiterzahl von 7 auf 13 zurückzuführen, was fast ausschließlich projektfinanzierte Personalstellen betrifft.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 42 TEUR auf 250 TEUR. Verantwortlich dafür waren hauptsächlich die erhöhten Aufwendungen innerhalb der Projektarbeit.

Analysedaten

Das Ergebnis der Anlagenintensität von 15 % hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Dies wurde durch die Erhöhung des Sachanlagevermögens beeinflusst.

Das Eigenkapital der Gesellschaft zum 31.12.2018 i. H. v. 30 TEUR war identisch mit dem Stammkapital. Die deutliche Verringerung der Eigenkapitalquote resultierte aus der Erhöhung der Bilanzsumme bei gleichbleibendem Stammkapital.

Der Liquiditätsgrad stellt sich mit 93 % deutlich niedriger gegenüber den Vorjahren dar. Die Liquidität der Gesellschaft ist mit weniger als 100 % dieses Wertes nicht als stabil zu werten und bedarf einer engmaschigen Überwachung. Der Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit stellt sich mit einer Erhöhung um 7,3 TEUR höher als im Vorjahresniveau dar, und bildet lediglich die Summe der Abschreibungen ab, da ein neutrales Jahresergebnis erzielt worden ist.

Die Ermittlung der Personalaufwandsquote ist aufgrund einer neutralen Gesamtleistung des Unternehmens in diesem Berichtszeitraum nicht abbildbar. Die Anzahl der Mitarbeiter hat sich deutlich erhöht, hauptsächlich betrifft dies projektfinanzierte Stellen.

Durch das ausgeglichene Jahresergebnis war die Erhöhung des Eigenkapitals über die Stammeinlage hinaus nicht möglich. Aufgrund dessen belief sich die Eigenkapitalrentabilität weiterhin auf 0 %. Die Gesamtkapitalrentabilität hat sich durch den Einsatz von Fremdkapitalzinsen in Höhe von mehr als 10 TEUR im Verhältnis zur Bilanzsumme auf einen Wert von 3 % gesteigert.

Kennzahl	2018	2017	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	15 %	6 %	5 %
Eigenkapitalquote	9 %	26 %	14 %
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	63 %	461 %	254 %
Zinsaufwandsquote	-	14 %	0 %
Liquidität 3. Grades	93 %	124 %	108 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	10,6 TEUR	3,3 TEUR	3,6 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0 %	0 %	0 %
Gesamtkapitalrentabilität	3 %	0 %	0 %
Umsatz	0 TEUR	1 TEUR	79 TEUR
Gesamtleistung	0 TEUR	1 TEUR	79 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	-	25.901 %	266 %
Anzahl der Mitarbeiter	13	6	6

Geschäftsverlauf 2018

Im Jahr 2018 war es die wesentliche Aufgabe der WRL, die länderübergreifende Aufstellung der Gesellschaft und die damit verbundene Umstrukturierung mit Leben zu füllen und die strategische Ausrichtung des Unternehmens vorzunehmen. Im Rahmen des geänderten Gesellschaftszwecks durch die Umfirmierung von der ELS zur WRL GmbH beinhaltet dies insbesondere die folgenden Aufgaben: strategische Koordinierung und Begleitung des Strukturwandels durch die Entwicklung zukunftsfähiger wirtschaftlicher Perspektiven für die Lausitz, Begleitung der Strukturentwicklung als Maßnahmenträger sowie die direkte Unterstützung konkreter Projekte. Zielsetzung ist es, die regionale Wirtschaftsstruktur für Investoren und Unternehmen attraktiv zu gestalten und dies auch entsprechend zu vermarkten.

Innerhalb der Projektarbeit der WRL war das Jahr 2018 dadurch gekennzeichnet, dass der Anteil der Förderprojekte mit eigenem Zuwendungsbescheid innerhalb des Aufgabenspektrums der Gesellschaft nochmals erhöht worden ist. Dies hatte zur Konsequenz, dass es weniger regionale Unterstützung und Kooperationsvorhaben gegeben hat, die aus finanziellen Mitteln der Gesellschaft gespeist wurden.

Auch die von der Bundesregierung eingerichtete Kommission für „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hatte einen maßgeblichen Einfluss auf die Arbeit der WRL GmbH im Berichtsjahr, denn hierbei war es essentiell wichtig, die Belange im regionalen Strukturentwicklungsprozess zu kommunizieren, so dass in die spätere Gesetzgebung und Ausrichtung die für die Lausitz wichtigen Aspekte ausreichend Berücksichtigung finden.

Neben dem GRW-Projekt „Zukunftswerkstatt Lausitz“, das zum Ende des Jahres eine erhebliche Personalressource aufweist, kennzeichneten auch im Bundesprojekt „Unternehmen Revier“ wichtige Meilensteine den Verlauf des Geschäftsjahres 2018. Weiterhin begleiteten die Projektvorhaben MORO und WEGE maßgeblich die Aktivitäten im Projektgeschäft.

Die für die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH angestrebte Imagekampagne ist aufgrund der hohen Konzentration auf das Projektgeschäft vorerst zurückgestellt worden.

Das Geschäftsjahr 2018 schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Die liquiden Mittel zum Jahresende belaufen sich allerdings auf nur 27 TEUR. Im Rahmen der Vorfinanzierung von Projektkosten wurde ein Kontokorrentkredit in Höhe von 400 TEUR aufgenommen.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Auch zukünftig ist für den Erhalt einer liquiden Basis der Gesellschaft und dem damit in Verbindung stehenden Handlungsspielraum die Grundfinanzierung durch die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter unerlässlich, denn durch die Betrauung gemäß geltendem EU-Recht ist die Anhäufung von Liquiditätsreserven nicht zulässig.

Ein rechtsverbindlicher Betrauungsakt, der die ausgleichsfähige Daseinsvorsorge genau definiert, gilt für die Gesellschaft seit dem 01.01.2014 und reduziert somit das beihilferechtliche Rückforderungsrisiko.

Um eine frühestmögliche Erkennung bestandsgefährdender Risiken zu gewährleisten, die Auswirkungen auf die Ertrags- oder Finanzlage des Unternehmens haben könnten, wird auf lückenlose und engmaschige Kommunikation gesetzt.

Das Risiko der steuerlichen Beurteilung der Zuschüsse der Gesellschafter ist als minimiert zu betrachten, denn das Finanzamt hat der Beurteilung als echte Zuschüsse ohne Gegenleistung im Sinne des UStG zugestimmt. Bei fremdfinanzierten Projekten erfolgt stets eine Überprüfung und Einordnung des steuerlichen Sachverhaltes nach bestem Wissen, die Finanzverwaltung wird über das Ergebnis stets in Kenntnis gesetzt.

Für das Jahr 2019 wird mit Berücksichtigung der finanziellen Unterstützung des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg i. H. v. 300 TEUR laut Wirtschaftsplanung ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2018	keine
	2017	keine
	2016	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2018	Betriebskostenzuschuss: 50
	2017	Betriebskostenzuschuss: 50
	2016	Betriebskostenzuschuss: 60

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt die Konsolidierung zu Anschaffungskosten.

BADC – Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

Mittelstraße 11

12529 Schönefeld

Tel.: +49 (0) 30 / 81 03 17 72

Fax: +49 (0) 30 / 80 92 70 52

E-Mail: info@badc-gmbh.de

www.badc-gmbh.de



	2018		2017		2016	
Stammkapital in EUR	50.000		50.000		50.000	
Gesellschafter	Anteile in EUR	Anteile in %	Anteile in EUR	Anteile in %	Anteile in EUR	Anteile in %
Landkreis Teltow-Fläming	2.500	5	2.500	5	2.500	5
Gemeinde Rangsdorf	8.000	16	8.000	16	8.000	16
Gemeinde Großbeeren	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Stadt Ludwigsfelde	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	3.000	6	3.000	6	3.000	6
Landkreis Dahme-Spreewald	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Stadt Königs Wusterhausen	7.500	15	7.500	15	7.500	15
Stadt Wildau	7.500	15	7.500	15	7.500	15
Gemeinde Eichwalde	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Schulzendorf	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Zeuthen	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Bestensee	1.000	2	1.000	2	1.000	2
Gemeinde Schönefeld	500	1	500	1	500	1
Stadt Mittenwalde	500	1	500	1	500	1
Datum der Gründung	26.02.2001					
aktueller Gesellschaftsvertrag	16.12.2015					
Gegenstand des Unternehmens	<p>Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Flughafenumfeld BER in Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg, den Landkreisen, Kommunen und Privatpersonen</p> <p>Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld BER sowie Unterhaltung und Betrieb einer Kommunikationsplattform</p> <p>Sicherstellung eines Interessenausgleichs zwischen kommunalen Gebietskörperschaften des Flughafenumfeldes (gemäß Definition LEP FS) untereinander sowie zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften und den Betreibern des Flughafens Berlin-Schönefeld und deren Gesellschaftern andererseits</p> <p>Koordinierung und Umsetzung ökologischer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Flughafenumfeld BER</p> <p>Darüber hinaus kann die Gesellschaft alle Aufgaben wahrnehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienlich sind.</p>					

<p>Öffentlicher Zweck</p>	<p>Gemäß § 122 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) ist der Landkreis verpflichtet, die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p>
<p>Organe der Gesellschaft</p>	<p><u>Geschäftsführerin:</u> Frau Dipl.- Ing. Antje Girschick</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS:</u> Herr Chris Halecker (1. Beigeordneter, betraut bis 09/2018)</p> <p><u>Stellvertreter LDS:</u> Landrat Herr Stephan Loge</p>

Bilanz der BADC GmbH

Bilanz zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	133.365	28.103	27.638
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	81.001	27.001	27.001
1.	Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte	1	1	1
2.	Geleistete Anzahlungen	81.000	27.000	27.000
II.	Sachanlagen	364	1.102	637
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	364	1.102	637
III.	Finanzanlagen	52.000	0	0
1.	Genossenschaftsanteile	52.000	0	0
B.	Umlaufvermögen	3.207.654	1.356.316	1.057.244
I.	Vorräte	866.571	399.358	299.180
1.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	866.571	399.358	299.180
2.	Geleistete Anzahlungen	0	0	0
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	241.593	440.533	225.943
1.	Forderungen aus Lieferung und Leistungen	220.316	347.931	174.825
2.	Forderungen gegen Gesellschafter	23.249	28.141	39.521
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	21.276	64.461	11.598
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.099.490	516.425	532.121
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	254	391	389
D.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
	Bilanzsumme	3.341.273	1.384.810	1.085.270
Passiva				
A.	Eigenkapital	120.378	97.217	50.955
I.	Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000
II.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	47.217	955	-37.888
III.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
III.	Jahresüberschuss	23.162	46.262	38.843
B.	Rückstellungen	34.318	34.972	16.994
1.	Steuerrückstellungen	0	0	0
2.	sonstige Rückstellungen	34.318	34.972	16.994
C.	Verbindlichkeiten	3.180.072	1.245.423	1.009.795
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	3.089.573	1.148.045	869.798
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	87.755	94.658	126.402
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0	0	0
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	2.745	2.720	13.595
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	6.504	7.198	7.525
	Bilanzsumme	3.341.273	1.384.810	1.085.270

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.956 TEUR auf einen Wert von 3.341 TEUR. Auf der Aktivseite war ein Zuwachs des Anlagevermögens durch den Erwerb des Ersatzaufforstungsrechts (85 TEUR) - ausgewiesen unter den immateriellen Vermögensgegenständen - zu verzeichnen. Der Erwerb von Genossenschaftsanteilen (52 TEUR) führte erstmalig zum Finanzanlagevermögen.

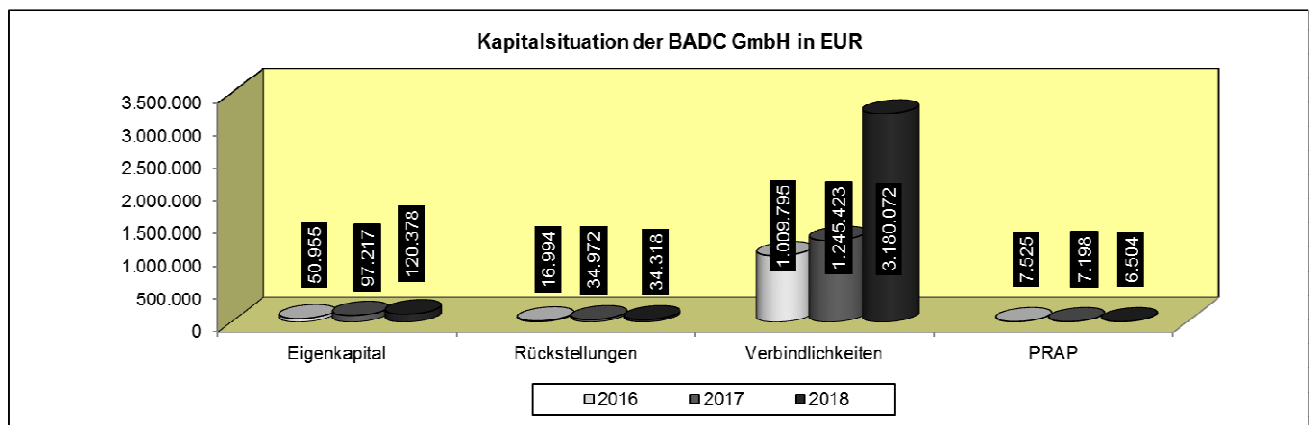
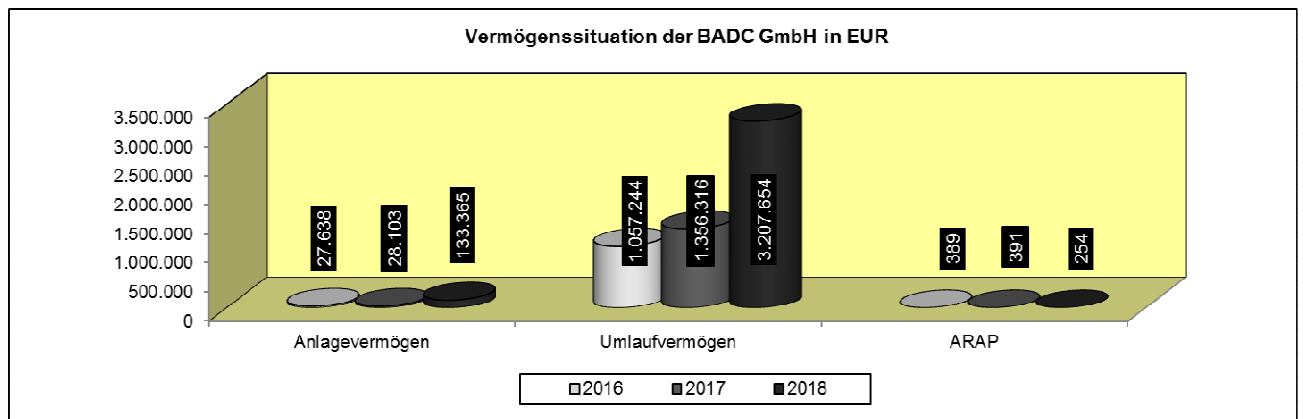
Darüber hinaus erhöhte sich das Umlaufvermögens um 1.851 TEUR auf einen Wert von 3.208 TEUR. Maßgeblich dazu beigetragen hat der Anstieg des Kassenbestandes aufgrund erhaltener Mittel für durchzuführende Kompensationsmaßnahmen.

Unter den Vorräten waren unfertige Leistungen in Höhe von 867 TEUR ausgewiesen. Die Forderungen betrafen im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 220 TEUR und sind daher kurzfristiger Natur mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Durch den Jahresüberschuss in Höhe von 23 TEUR konnte mit Abschluss des Wirtschaftsjahres 2018 der Gewinnvortrag auf 47 TEUR (Vj. 955 EUR) erheblich ausgebaut werden. Das Eigenkapital erhöhte sich somit zum Bilanzstichtag auf 120 TEUR.

Korrespondierend zu dem gesteigerten Bankbestand erhöhten sich die auf der Passivseite der Bilanz die Verbindlichkeiten auf 3.180 TEUR. Dabei nehmen die Verbindlichkeiten aus Anzahlungen auf Bestellungen mit 3.090 TEUR (Vj. 1.148 TEUR) den größten Anteil ein. Damit hat sich die Finanzierung der Gesellschaft durch Fremdkapital erheblich erhöht. Die Lieferantenverbindlichkeiten reduzierten sich um 7 TEUR auf 88 TEUR.

Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten beliefen sich auf Vorjahresniveau. Die Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten (12 TEUR), ungewisse Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen (15 TEUR) sowie Rückstellungen für Archivierungskosten zur Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen über einen Zeitraum von zehn Jahren (4 TEUR).



Gewinn- und Verlustrechnung der BADC GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
1.	Umsatzerlöse	857.240	797.517	1.560.512
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	467.213	100.178	119.360
3.	Gesamtleistung	1.324.453	897.695	1.679.872
4.	Sonstige betriebliche Erträge	2.812	7.605	1.313
5.	Materialaufwand	-1.027.801	-701.993	-1.510.795
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.027.801	-701.993	-1.510.795
6.	Personalaufwand	-178.916	-120.743	-105.026
	a) Löhne und Gehälter	-148.652	-100.891	-87.871
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-30.264	-19.852	-17.156
7.	Abschreibungen	-738	-855	-1.167
	a) Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	-738	-855	-1.167
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-64.283	-34.131	-25.146
9.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.301	0	0
10.	Ergebnis nach Steuern	23.585	47.577	39.049
11.	Sonstige Steuern	-423	-1.316	-206
12.	Jahresüberschuss	23.162	46.262	38.843

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesamtleistung erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreswert um 426 TEUR auf 1.324 TEUR. Die Erhöhung ist auf den Anstieg der Umsatzerlöse (um 59 TEUR) und der Bestandserhöhung (um 367 TEUR) zurückzuführen. Die auf 857 TEUR gesteigerten Umsatzerlöse (Vj. 798 TEUR) beinhalten Erlöse aus den umgesetzten Projekten M151 Tauentzienkaserne (203 TEUR), M97 Gewässerteilrenaturierung Töpchin (176 TEUR), Dorfteich Helgolandplatz (76 TEUR), Ersatzaufforstungen (59 TEUR) und Erlöse aus der Geschäftsbesorgung der BADC für das Dialogforum KAG in Höhe von 102 TEUR. Darüber werden die Personalkosten der KAG DF (Frau Dr. Götze) und die weiteren Aufwendungen der BADC als geschäftsführendes Mitglied der KAG DF finanziert.

Der betriebliche Aufwand erhöhte sich um 448 TEUR auf 1.300 TEUR. Darin enthalten ist der um 326 TEUR gestiegene Materialaufwand (1.028 TEUR) für bezogene Leistungen und der tarifbedingt um 58 TEUR erhöhter Personalaufwand (179 TEUR). Die Kosten für die Vergütung der Geschäftsführerin in Höhe von 76 TEUR sind aufgrund der Personalabordnung gegenüber dem Landkreis Dahme-Spreewald in den Aufwendungen für bezogene Leistungen ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 23 TEUR erzielt. Der Wert liegt mit 24 TEUR unter dem Vorjahreswert, jedoch mit 21,5 TEUR über dem geplanten Ergebnis (1,5 TEUR).

Analysedaten

Aufgrund der projektbezogenen Arbeit der BADC unterliegt die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur zum Teil erheblichen Schwankungen. Da es sich um ein Dienstleistungsunternehmen ohne eigene Objekte handelt, zeigte sich eine hierfür charakteristische niedrige Anlagenintensität.

Eine Vermögensdeckung innerhalb der Gesellschaft ist seit 2016 erstmalig wieder gegeben, der Verlustvortrag konnte vollständig gedeckt werden. Aufgrund des im Geschäftsjahr deutlichen Anstiegs des Vermögens der Gesellschaft bei unterproportionaler Erhöhung des Eigenkapitals reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr die Eigenkapitalquote von 7 % auf 4 %. Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei der Eigenkapitalrentabilität zu beobachten. Der im Vergleich zum Vorjahr um 50 % verminderte Jahresüberschuss führte gemessen am Eigenkapital zu einer Reduzierung der Eigenkapitalquote von 48 % auf 19 %.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die Liquidität 3. Grades i.H.v. 100 % bestätigt dies.

Im Geschäftsjahr war mit dem Erwerb von Genossenschaftsanteilen und Rechten ein deutlicher Zuwachs des Anlagevermögens zu verzeichnen, welcher gemessen am Eigenkapital jedoch zu einer geringeren Anlagendeckung i.H.v. 90 % führte. Da es sich vorwiegend um immaterielle Vermögensgegenstände handelt, ist diese Entwicklung vertretbar.

Die Personalaufwandsquote beläuft sich auf Vorjahresniveau, auch wenn die Gesamtleistung der Gesellschaft gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden konnte. Die im Personalaufwand erfassten Kosten betreffen die drei Stellen Projektmanagement, Projektassistenz sowie die Referentin der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum. Die Kosten für die Geschäftsführung werden hier nicht erfasst.

Kennzahl	2018	2017	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	4 %	2 %	3 %
Eigenkapitalquote	4 %	7 %	5 %
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	90 %	346 %	184 %
Zinsaufwandsquote	0 %	0 %	0 %
Liquidität 3. Grades	100 %	105 %	102 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	24 TEUR	47 TEUR	40 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	19 %	48 %	76 %
Gesamtkapitalrentabilität	0 %	3 %	4 %
Umsatz	857 TEUR	798 TEUR	1.561 TEUR
Gesamtleistung	1.327 TEUR	898 TEUR	1.680 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	23 TEUR	46 TEUR	39 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	14 %	13 %	6 %
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	3

Geschäftsverlauf 2018

Im Geschäftsjahr 2018 erhöhte sich das Vermögen der Gesellschaft um 1.956 TEUR auf 3.341 TEUR. Kennzeichnend war der Anstieg der Vorräte um 468 TEUR sowie der liquiden Mittel um 1.583 TEUR auf 2.099 TEUR.

Der Gewinnvortrag der Gesellschaft konnte durch den Jahresüberschuss weiter auf 47 TEUR ausgebaut werden, so dass ein Eigenkapital der Gesellschaft zum Bilanzstichtag in Höhe von 120 TEUR ausgewiesen werden konnte. Die Eigenkapitalquote sank bedingt durch die Erhöhung der Bilanzsumme um 3,4 Prozentpunkte auf 3,6 %.

Der im Geschäftsjahr 2018 erzielte Jahresüberschuss von 23 TEUR überstieg den Planwert von 1,5 TEUR, lag jedoch unter dem Vorjahreswert (47 TEUR). Bei gestiegenen Aufwendungen für bezogene Leistungen (um 326 TEUR) wurde im Geschäftsjahr ein um 101 TEUR höheres Rohergebnis (Gesamtleistung abzüglich Aufwendungen für bezogene Leistungen) realisiert. Im Berichtsjahr hatten die bezogenen Leistungen einen Anteil an der Gesamtleistung von 77,6 % (Vj 78,2 %).

Neben den erhöhten Umsatzerlösen aus Projekten konnten auch die Erlöse aus Beratungsleistungen im Vergleich zum Vorjahr um 21 TEUR gesteigert werden. In diesem Zusammenhang sind die Projekte „Grüne Welle“ in Großbeeren mit dem Ziel der Lärminderung im Flughafenumfeld sowie die Investorenberatungen zu Grundstücksentwicklungen in Blankenfelde Mahlow und Projektentwicklungen in Rangsdorf zum Machnower und Rangsdorfer See zu nennen.

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände (Ersatzaufforstungsrecht, 85 TEUR) sowie das Finanzanlagevermögen (Genossenschaftsanteile, 52 TEUR) getätigt.

Mit Wirkung zum 01.01.2018 übernahm die BADC die Geschäftsführung für die KAG DF. In diesem Zuge werden – zur Entlastung der Geschäftsführung - Aufgaben des Projektmanagements und der Projektsistenz verstärkt durch Mitarbeiter der BADC wahrgenommen.

Die Jahresabschlussprüfung wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Knabe GmbH durchgeführt. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt und die Prüfung führte zu keinen Einwendungen.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die im Wirtschaftsplan für 2019 verankerten Realisierungen von Projekten, insbesondere die Entsiegelung des ehemaligen Kinderferienlagers in Motzen, die Entsiegelung der Tauentzienkaserne in Blankenfelde Mahlow sowie die Projekte mit dem Bauernverband und die damit verbundenen Bestandsveränderungen werden planmäßig bearbeitet, so dass die Erzielung der für 2019 geplanten Umsatzerlöse in Höhe von 3.680 TEUR und das Jahresergebnis in Höhe von 138 TEUR realistisch erscheint.

Basierend auf dem Bestand an Zahlungsmitteln zum Bilanzstichtag in Höhe von 2.099 TEUR bzw. 2.261 TEUR per 28.02.2019 sind derzeit keine Liquiditätsrisiken zu erkennen. Gleichwohl bestehen Risiken mit Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Unternehmens. Nicht vorhersehbare Rahmenbedingungen, die sich zu Ungunsten der Gesellschaft entwickeln, so zum Beispiel lange und komplizierte Genehmigungsverfahren, steigende Marktpreise bei Bauleistungen, anhaltender Fachkräftemangel aber auch krankheitsbedingter Mitarbeiterausfall, nachlassende Investorennachfragen könnten die Liquidität der Gesellschaft gefährden.

Die Finanzierung projektvorbereitender Arbeiten durch die Gesellschafter trägt zur Investitionsbeschleunigung im Flughafenumfeld bei. Vor dem Hintergrund, dass die Gesellschaft ab 2015 keine Gesellschafterzuschüsse erhält, ist die projektbezogene Finanzierung essenziell für die positive Fortführung der Gesellschaft.

Im Interkommunalen Flächenpool (INKOF BER) befanden sich zum Ende des Geschäftsjahres 2018 ca. 203 Maßnahmen. Aufgrund aktueller Projektnachfragen konnte das Angebot über das Jahr hinweg erweitert werden. Die stetig wachsende Investitionstätigkeit im Flughafenumfeld und der nunmehr absehbare Eröffnungstermin des Flughafens im Oktober 2020 befördern den INKOF BER zu einem exzellenten In-

strument, um eine Investitionsbeschleunigung durch das Angebot der vorbereiteten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu erreichen.

Da der BADC GmbH noch immer die finanziellen Rücklagen fehlen, sind die Handlungsmöglichkeiten nach wie vor begrenzt. Bei weiterhin positiver Entwicklung werden sich nach und nach die Reserven aufbauen, die Liquiditätsentwicklung des Unternehmens ist als stabil zu werten.

Das zentrale Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des derzeitigen Unternehmenserfolgs. Durch regelmäßige Berichterstattung in Form von Quartalsberichten werden die Gesellschafter über die Erreichung der Unternehmensziele informiert und das Risikobewusstsein geschärft.

Mit Übernahme der Geschäftsbesorgung der BADC für die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Dialogforum (KAG DF) ab 2018 eröffnet sich neue Chancen für die Gesellschaft. Die BADC ist gemäß Umlaufbeschluss 01/2018 geschäftsführendes Mitglied der KAG DF. Mit Vertragsunterzeichnung zur Führung der laufenden Geschäfte ist derzeit die Kostendeckung der in diesem Zusammenhang stehenden Aufwendungen gesichert.

Gleichwohl sind Risiken bei sich weiter abzeichnenden Mehraufwendungen der BADC für die Geschäftsbesorgung der KAG FDF nicht auszuschließen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass mit Wahl eines Vorsitzenden der KAG DF und Stärkung der Geschäftsstelle die Zusammenarbeit zwischen der KAG DF und der BADC GmbH erfolgreich fortgesetzt werden kann. Eine weitere Verzögerung bedarf einer Nachverhandlung der Kostendeckung der Aufwendungen der BADC. Bei gleichbleibendem Personalbestand von derzeit 3,7 Mitarbeitern und erhöhten Aufwand für die KAG DF könnten trotz Kostendeckung für den Mehraufwand weniger neue Investorenverträge geschlossen werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2018	keine
	2017	keine
	2016	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2018	kein Betriebskostenzuschuss
	2017	kein Betriebskostenzuschuss
	2016	kein Betriebskostenzuschuss

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Konsolidierung der BADC GmbH zu Anschaffungskosten.

I.N.A. Lieberoser Heide GmbH

Mühlenstraße 20
15868 Lieberose
Tel.: +49 (0) 33671 / 326400
E-Mail: ina.lieberoser.heide@gmail.com
www.ina-lieberose.de



		2018		2017	
Stammkapital in EUR	75.000	75.000		75.000	
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %	Anteil in EUR	Anteil in %
	Landkreis Dahme-Spreewald	20.000	26,67	20.000	26,67
	Landkreis Spree-Neiße	20.000	26,67	20.000	26,67
	Amt Lieberose/Oberspreewald	10.000	13,33	10.000	13,33
	Amt Peitz	10.000	13,33	10.000	13,33
	Stiftung Naturlandschaften Brandenburg	10.000	13,33	10.000	13,33
	Gemeinde Schenkendöbern	5.000	6,67	5.000	6,67
Datum der Gründung	19.10.2017				
aktueller Gesellschaftsvertrag	31.08.2018				
Gegenstand des Unternehmens	<p>Koordinierung und Umsetzung von Maßnahmen, die der Stärkung des Images und der Wirtschaftskraft der Entwicklung der Lieberoser Heide dienen</p> <p>Initiierung und Umsetzung von regional wirksamen Projekten in enger Kooperation mit den jeweiligen regionalverankerten Akteuren, um diese Region als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusregion weiter zu entwickeln</p> <p>Akquisition von Mitteln der EU, Bund und Land sowie aus Wirtschaft, um die regional bedeutenden abgestimmten Projekte umsetzen zu können</p> <p>Aufgabe ist, die Umstrukturierung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Lieberoser Heide ästhetisch, sozial und ökologisch, besonders bezüglich der Landschaftsgestaltung und des Naturschutzes zu qualifizieren</p> <p>Zweck der Gesellschaft ist:</p> <p>die Förderung des Umwelt- und Naturschutzes und schutzwürdiger Biotop durch Maßnahmen, die geeignet sind zu erhalten bzw. wieder herzustellen;</p> <p>die Bereitschaft des Bürgers zum Erleben und zur Weiterentwicklung seiner Umwelt zu wecken, insbesondere durch Informationsveranstaltungen und Ausstellungen, Bildungsangebote, Heimatpflege und Heimatkunde, Tierschutz sowie sinnvollen Umgang mit Energie;</p> <p>Förderung von modellhafter Partizipation der Bevölkerung an der Verbindung von Naturschutz und Regionalentwicklung</p>				
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführer</u></p> <p>Herr Heiko Jahn bis 28. Februar 2018</p> <p>Herr Joachim Faßmann ab 01. März 2018</p> <p>Herr Lucas Opitz</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u></p> <p>Vertreter LDS: Landrat Stephan Loge</p>				

Bilanz der I.N.A. Lieberoser Heide GmbH

Bilanz zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR
Aktiva			
A.	Anlagevermögen	3.882	0
I.	Sachanlagen	3.882	0
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.882	0
B.	Umlaufvermögen	176.846	190.676
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	643	3.890
1.	Sonstige Vermögensgegenstände	643	3.890
II.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	176.203	186.787
	Bilanzsumme	180.728	190.676
Passiva			
A.	Eigenkapital	75.000	75.000
I.	Gezeichnetes Kapital	75.000	75.000
B.	Rückstellungen	4.548	3.795
1.	sonstige Rückstellungen	4.548	3.795
C.	Verbindlichkeiten	101.180	111.881
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	85	0
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	101.096	111.881
	Bilanzsumme	180.728	190.676

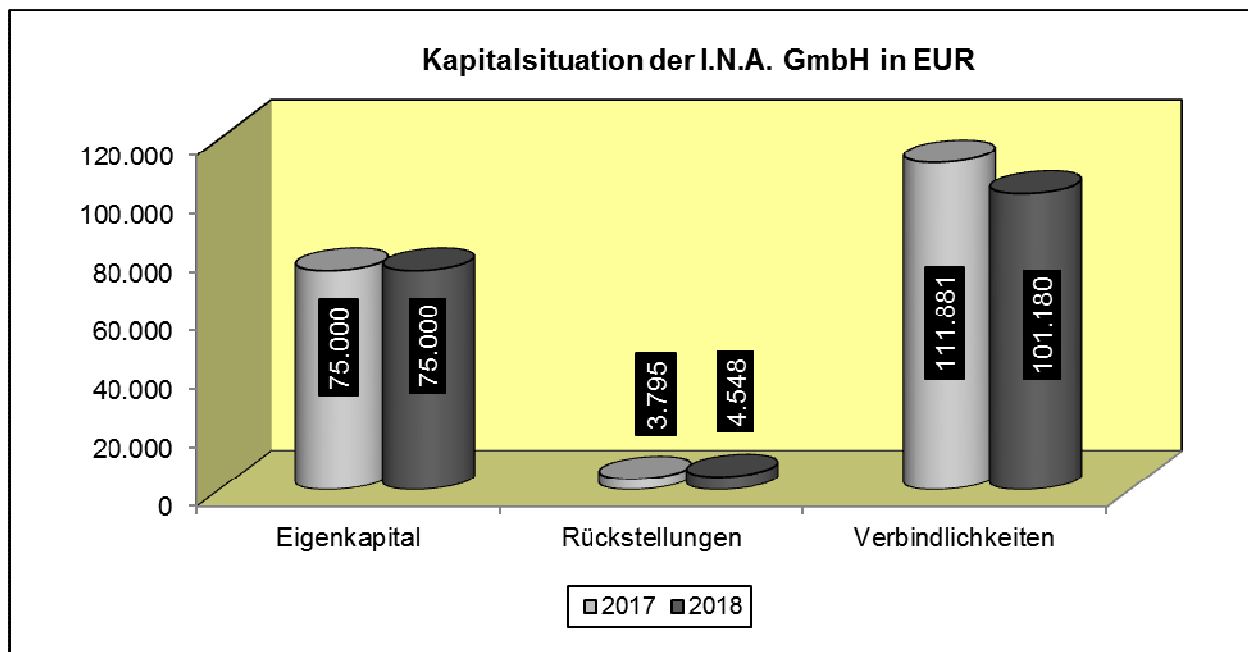
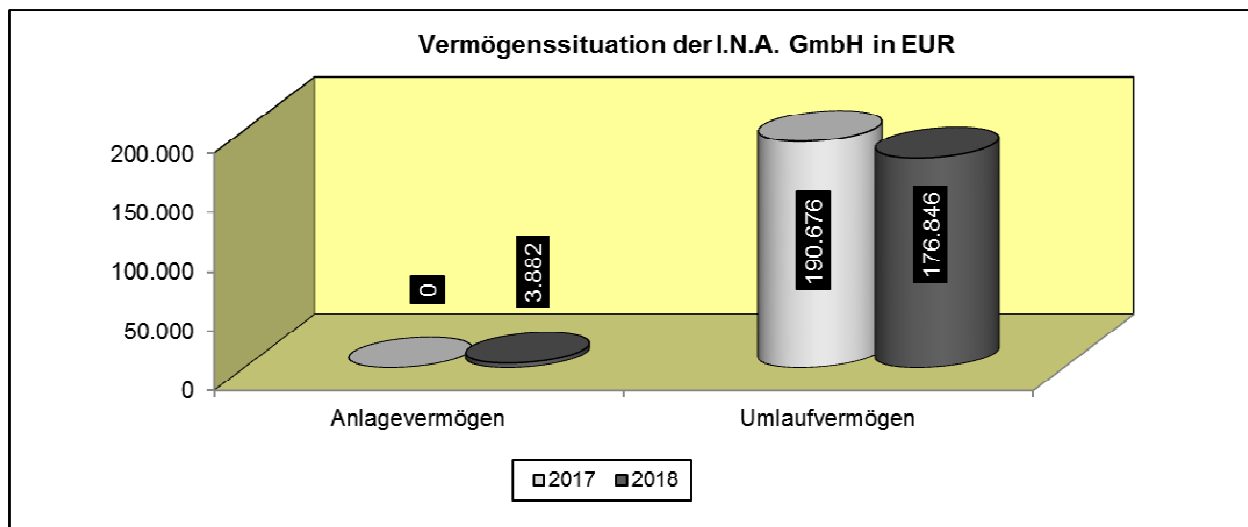
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Die Position Anlagevermögen enthält Anschaffungen von drei Notebooks sowie einem Beamer.

Das Umlaufvermögen bildet sich aus einer Mietkaution ggü. der Stadt Lieberose sowie dem Bankbestand.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen vor allem die noch nicht verbrauchten Zuschüsse der Gesellschafter.

Rückstellungen betreffen Gebühren für Buchhaltung, Abschluss- und Prüfungskosten.



Gewinn- und Verlustrechnung der INA GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR
1.	Sonstige betriebliche Erträge	129.986	7.008
2.	Personalaufwand	-99.357	-1.772
	a) Löhne und Gehälter	-81.310	-1.377
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-18.047	-395
3.	Abschreibungen	-1.489	0
4.	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.489	0
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-29.140	-5.236
5.	Jahresüberschuss	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse waren im Berichtszeitraum nicht zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrafen verbrauchte Zuschüsse der Gesellschafter, die zur Finanzierung der Aufwendungen benötigt wurden.

Die Position Personalaufwand enthielt Zahlungen für durchschnittlich 3 Mitarbeiter.

Abschreibungen waren auf Grund der Investitionen im Geschäftsjahr erstmalig zu verzeichnen. Diese betrafen Abschreibungen auf Sachanlagen sowie Sofortabschreibungen geringwertiger Wirtschaftsgüter.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten allgemeine Verwaltungs- und Betriebskosten, Vertriebskosten und sonstige Personalaufwendungen.

Analysedaten

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft war angemessen, die Eigenkapitalquote betrug 41,5 %.

Kennzahl	2018	2017
Vermögens- und Kapitalstruktur		
Anlagenintensität	2 %	0 %
Eigenkapitalquote (ohne Sopo)	41 %	39 %
Eigenkapitalquote (mit Sopo)	wird nicht erhoben	wird nicht erhoben
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität		
Anlagendeckung II	1.932 %	-
Zinsaufwandsquote	-	-
Liquidität 3. Grades	167%	5.024 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	1,5 TEUR	-
Rentabilität und Geschäftserfolg		
Eigenkapitalrentabilität	0 %	0 %
Gesamtkapitalrentabilität	0 %	0 %
Umsatz	0 TEUR	0 TEUR
Gesamtleistung	0 TEUR	0 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR
Personalbestand		
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	-	-
Anzahl der Mitarbeiter	3	0

Geschäftsverlauf 2018

Die Gesellschaft koordinierte Maßnahmen, die der Stärkung des Images und der Wirtschaftskraft der Entwicklung der Lieberoser Heide dienen. Regionale Projekte wurden entwickelt, um diese im folgenden Wirtschaftsjahr umzusetzen.

Die Liquidität der Gesellschaft war gesichert. Die Ertragslage ist der Tätigkeit der Gesellschaft entsprechend. Das Finanzmanagement umfasst mangels Kreditverpflichtungen nur die laufende Liquiditätskontrolle. Die Finanzierung erfolgte ausschließlich durch Zuschüsse.

Investitionen sind im Jahr 2018 nicht erfolgt.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung waren nicht zu erkennen, weil die Gesellschafter beschlossen haben, den Wirtschaftsplan 2019 weiterhin mit Zuschüssen zu finanzieren.

Chancen künftiger Entwicklung werden wegen gesellschaftsrechtlicher Befristung der Dauer der Gesellschaft nicht gesehen.

Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft ist ausgeglichen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2018	0
	2017	20
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2018	0
	2017	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalebürgschaften)	2018	keine
	2017	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2018	50
	2017	50

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt die Konsolidierung nach der Eigenkapitalmethode.

Klinikum Dahme-Spreewald GmbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-366

E-Mail: info@klinikum-ds.de

www.klinikum-ds.de

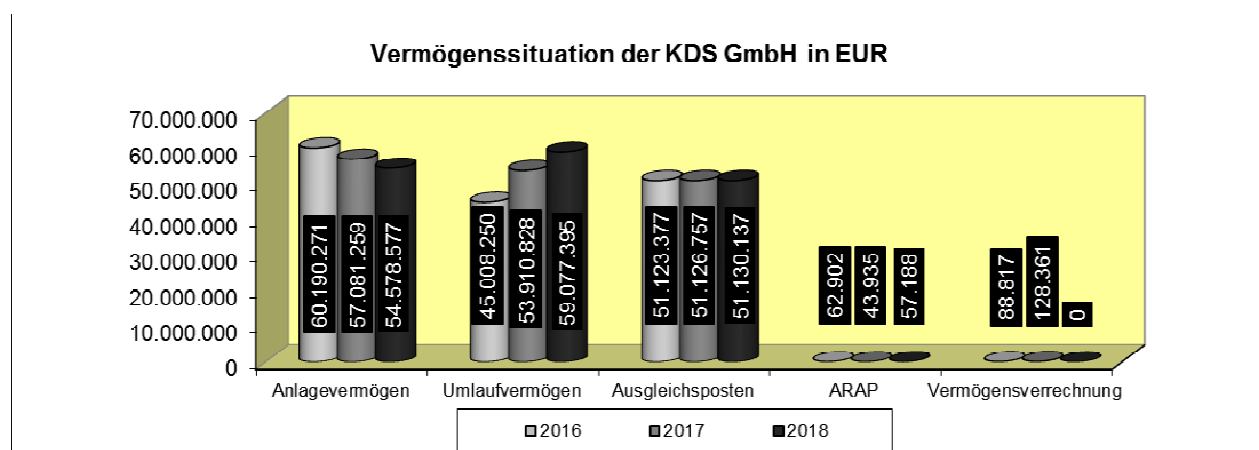


	2018	2017	2016
Stammkapital in EUR	2.100.000	2.100.000	2.100.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Landkreis Dahme-Spreewald	1.071.000	51
	Sana Kliniken AG	1.029.000	49
Datum der Gründung	07.11.2002		
Aktueller Gesellschaftsvertrag	21.06.2011		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Gegenstand der Gesellschaft ist die Feststellung, Heilung, Linderung oder Verhütung einer Verschlimmerung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden, Leistungen von Geburtshilfe durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen sowie die Gesundheitsförderung.</p> <p>Neben diesen Aufgaben widmet sich die Gesellschaft auch der Vorbereitung auf berufliche Tätigkeiten und der Aus- und Weiterbildung.</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Der öffentliche Zweck an eine gesundheitliche und soziale Betreuung rechtfertigt diese Beteiligung gemäß §§ 122 sowie 131 i. V. m. § 2 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf). Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p>		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführung:</u> Herr Dipl.-Kfm. Michael Kabiersch</p> <p><u>Prokuristen:</u> Herr Jürgen Schulte Herr Lars Markewitz</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS: Herr Stephan Loge (Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald)</p> <p>Vertreter Sana Kliniken AG: Herr Dr. Jens Schick (Mitglied des Vorstandes der Sana Kliniken AG)</p> <p><u>Aufsichtsrat:</u> Vorsitzender: Herr Stephan Loge</p> <p>Anteilseignervertreter auf Vorschlag des Kreistages des LDS: Herr Jürgen Mertner (Abgeordneter des Kreistages; SPD) Frau Susanne Scheiner (Abgeordnete des Kreistages; CDU) Frau Kerstin Rubenbauer (Abgeordnete des Kreistages; Die Linke)</p> <p>Anteilseignervertreter auf Vorschlag der Sana Kliniken AG: Herr Sadik Tastan (Geschäftsführer Sana-Herzzentrum Cottbus GmbH) Herr Dr. Christian von Klitzing (Regionalgeschäftsführer Berlin-Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern der Sana Kliniken AG)</p>		

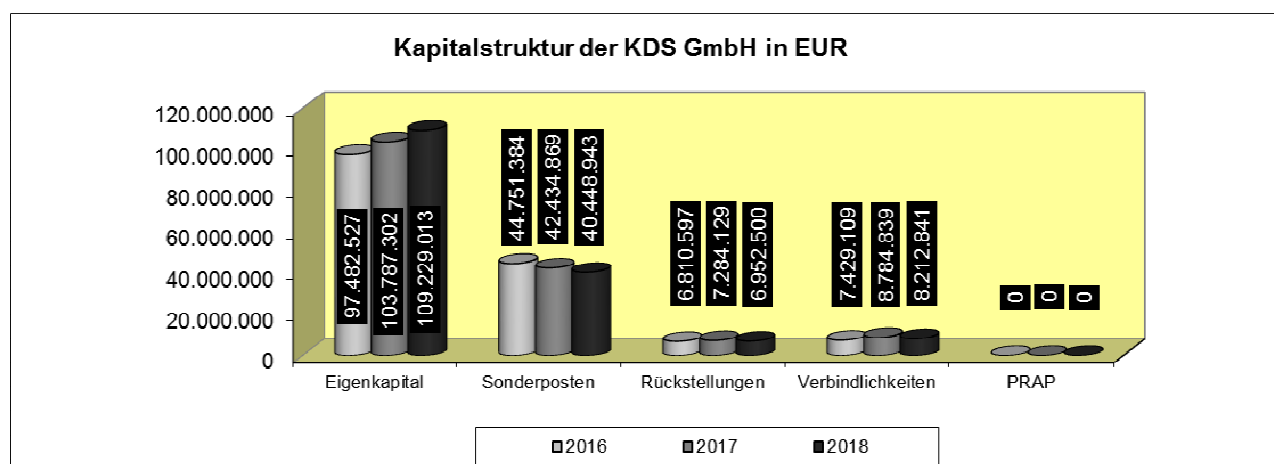
Herr Dirk Krause	<i>(Geschäftsführer Sana TG med GmbH)</i>
Arbeitnehmervertreter:	
Frau Dipl.-Med. Erika Noack	<i>(Ärztin AKKW, Innere Abteilung)</i>
Frau Beatrice Kliefoth	<i>(MTRA KKW)</i>
Frau Sandra Eberwein	<i>(Ärztin SWKL, Notfallambulanz)</i>
Herr Dr. Thomas Weber	<i>(Arzt AKKW, Anästhesie und Intensivmedizin)</i>

Bilanz der KDS GmbH (ohne Tochterunternehmen)

Bilanz zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	54.578.577	57.081.259	60.190.271
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	589.757	554.695	617.445
1.	Software	306.071	319.630	238.502
2.	Geleistete Anzahlungen	283.686	235.065	378.943
II.	Sachanlagen	53.906.641	56.444.385	59.490.647
1.	Grundstücke mit Betriebsbauten und Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	43.078.677	45.461.381	47.790.086
2.	Technische Anlagen	3.045.877	3.605.812	4.131.164
3.	Einrichtungen und Ausstattungen	6.477.891	6.344.710	6.637.263
4.	Anlagen im Bau	1.304.196	1.032.482	932.134
III.	Finanzanlagen	82.179	82.179	82.179
	Anteile an verbundenen Unternehmen	82.179	82.179	82.179
B.	Umlaufvermögen	59.077.395	53.910.828	45.008.250
I.	Vorräte	2.724.862	2.561.480	2.940.005
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.037.549	1.945.528	2.061.038
2.	Unfertige Leistungen	687.313	615.952	878.967
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	51.255.614	47.177.417	38.972.615
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.495.610	8.538.866	8.069.918
2.	Forderungen nach Krankenhausfinanzierungsrecht	1.850.481	1.511.341	1.016.983
3.	Forderungen gegen Gesellschafter	39	21.593	115.869
4.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	38.670.149	36.887.554	29.574.756
5.	Sonstige Vermögensgegenstände	239.334	218.063	195.089
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5.096.919	4.171.931	3.095.630
C.	Ausgleichsposten nach dem KHG	51.130.137	51.126.757	51.123.377
D.	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	57.188	43.935	62.902
E.	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	128.361	88.817



Bilanz zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
Passiva				
A.	Eigenkapital	109.229.013	103.787.302	97.482.527
I.	Gezeichnetes Kapital	2.100.000	2.100.000	2.100.000
II.	Kapitalrücklagen	57.942.564	57.942.564	57.942.564
III.	Gewinnrücklagen	9.080.969	9.080.969	9.080.969
IV.	Gewinnvortrag	34.063.770	27.758.995	21.916.038
V.	Jahresüberschuss	6.041.711	6.904.775	6.442.957
B.	Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	40.448.943	42.434.869	44.751.384
1.	Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	39.205.022	41.125.595	43.367.060
2.	Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	1.243.530	1.307.945	1.381.332
3.	Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	391	1.329	2.992
C.	Rückstellungen	6.952.500	7.284.129	6.810.597
1.	Steuerrückstellungen	58.500	849.000	487.000
2.	Sonstige Rückstellungen	6.894.000	6.435.129	6.323.597
D.	Verbindlichkeiten	8.212.841	8.784.839	7.429.109
1.	Erhaltene Anzahlungen	14094	90	146
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.065.322	2.499.825	2.721.221
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.664	502	13.020
4.	Verbindlichkeiten n. Krankenhausfinanzierungsrecht	4.964.708	4.807.455	3.455.573
5.	Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen	0	94	94
6.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	141.013	427.025	178.262
7.	Sonstige Verbindlichkeiten	1.026.040	1.049.849	1.060.794
E.	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	164.843.297	162.291.140	156.473.617



Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen reduzierte sich um 2.503 TEUR auf 54.579 TEUR. Den Investitionen i. H. v. 2.876 TEUR standen Abschreibungen von 5.349 TEUR und Abgänge in Höhe von 30 TEUR gegenüber. Die Abschreibungen entfielen mit 3.956 TEUR auf geförderte Investitionen. Von den Zugängen betrafen 1.986 TEUR gefördertes Anlagevermögen. In der Position Finanzanlagen waren die Geschäftsanteile der 100%igen Tochtergesellschaften KSDS GmbH und MVZ Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH ausgewiesen.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 5.167 TEUR. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beinhalteten im Wesentlichen Forderungen gegen Krankenkassen sowie Forderungen gegen Selbstzahler und die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betrafen mit 38.206 TEUR den Cash Pool-Vertrag mit der Sana Kliniken AG.

Der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung repräsentierte die auf die vor dem Inkrafttreten des KHG mit Eigenmitteln angeschafften und dem Grunde nach förderungsfähigen Anlagegüter aufgelaufenen Abschreibungen. Es besteht eine Ausschüttungssperre in Höhe des Ausgleichspostens.

Die Erhöhung des Eigenkapitals um 5.442 TEUR auf 109.229 TEUR resultierte aus dem im Geschäftsjahr erzielten Jahresüberschuss abzüglich der Ausschüttung an den Gesellschafter Sana in Höhe von 600 TEUR.

Die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens beinhalten hauptsächlich Fördermittel gemäß § 9 Abs. 1 und 3 KHG und werden nach Maßgabe der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter aufgelöst. Die Sonderposten reduzierten sich im Berichtsjahr um 1.986 TEUR auf 40.449 TEUR.

Die Sonstigen Rückstellungen wurden zum Ende des Geschäftsjahres in Höhe von 6.894 TEUR bilanziert und beinhalteten im Wesentlichen Personalarückstellungen in Höhe von 4.059 TEUR sowie Rückstellungen für Budget- und MDK-Risiken sowie für ausstehende Rechnungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter betrafen ausschließlich Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald. Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert waren, bestanden nicht. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betrafen den Lieferungs- und Leistungsverkehr.

Gewinn- und Verlustrechnung der KDS GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
1.	Erlöse aus Krankenhausleistungen	82.471.013	81.371.912	79.329.326
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	776.076	734.398	742.485
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	3.966.715	3.810.288	4.333.627
3a.	Umsatzerlöse eines Krankenhauses nach § 277 des HGB, soweit nicht in den Nr. 1 bis 4 enthalten	14.843.949	14.056.708	12.764.442
4.	Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	71.361	-263.015	380.758
5.	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	8.400	16.494	41.785
6.	Sonstige betriebliche Erträge	1.920.129	2.042.668	1.744.019
		104.057.643	101.769.453	99.336.441
7.	Personalaufwand	-56.406.765	-53.935.908	-52.963.723
	a) Löhne und Gehälter	-47.422.536	-45.738.058	-45.073.751
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	-8.984.229	-8.197.850	-7.889.972
8.	Materialaufwand	-30.615.899	-30.200.720	-28.425.714
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	-10.840.061	-10.995.643	-10.877.132
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-19.775.838	-19.205.078	-17.548.582
		-87.022.664	-84.136.629	-81.389.437
9.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	3.159.215	2.529.447	2.634.872
10.	Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	3.380	3.380	5.489
11.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	3.955.068	3.996.146	3.812.781
12.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach KHG u. aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-3.163.192	-2.600.767	-2.638.884
		3.954.471	3.928.206	3.814.258
13.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-5.349.001	-5.268.586	-5.131.324
14.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.448.894	-8.298.298	-8.823.491
		-13.797.895	-13.566.884	-13.954.815
15.	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	8.535	0	0
16.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	14.779	25.317	46.611
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.744	-4.048	-9.866
		20.570	21.269	36.745
18.	Steuern	-1.170.414	-1.110.640	-1.400.236
19.	Jahresergebnis	6.041.711	6.904.775	6.442.957

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesamterlöse der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2018 wurden mit 104.058 TEUR ausgewiesen und erhöhten sich hauptsächlich aufgrund von Umsatzsteigerungen im stationären und ambulanten Bereich bei gleichzeitig erhöhten Anfragen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherungen (MDK) sowie aufgrund des erhöhten Umsatzes der Fremdversorgung durch die Apotheken im Vorjahresvergleich um 2.289 TEUR.

Die Umsatzerlöse (Position 1 bis 3a) erhöhten sich um 2,1 % mit 2.084 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf einen Wert in Höhe von 102.058 TEUR. Die Anzahl der vollstationären DRG-Fälle lag um 414 unter der des Vorjahres. Der Anstieg der Erlöse ist damit im Wesentlichen auf die Erhöhung des Landesbasisfallwertes (Berechnungsgrundlage für die Höhe der Vergütung von stationären Leistungen) zurückzuführen.

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der vereinbarten Tarifsteigerungen sowie einer leichten steigenden Vollkräfteentwicklung um 2.471 TEUR auf 56.407 TEUR. Im Berichtsjahr lag die durchschnittliche Anzahl der Vollzeitstellen bei 714, im Jahr 2017 waren es 708 Vollzeitstellen. Es sind 816 Mitarbeiter im Berichtsjahr angestellt.

Die Materialaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 415 TEUR. Begründet sind diese durch Erhöhung der Aufwendungen für bezogene Leistungen wegen einem verstärkten Wareneinsatz aus dem Betrieb der Apotheke.

Der Jahresüberschuss verringerte sich gegenüber dem Vorjahr trotz erhöhter Gesamterlöse um 863 TEUR auf 6.042 TEUR.

Analysedaten

Im Mehrjahresvergleich der Kennzahlen zeichnete sich erneut eine stabile Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ab.

Die Eigenkapitalquote erhöhte sich leicht gegenüber dem Vorjahreswert und wies auf eine solide Kapitalsituation der Gesellschaft hin. Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist nach den Empfehlungen des Ministerium des Innern und Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg berechnet und beinhaltet vollumfänglich die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen.

Die KDS GmbH stellt abweichend dazu den Cashflow gemäß DRS 21 (Deutscher Rechnungslegungsstandard) auf. In diesem Standard sind die Grundsätze niedergelegt, die Mutterunternehmen zu beachten haben, die gemäß § 297 Abs. 1 HGB eine Kapitalflussrechnung für den Konzernabschluss aufzustellen haben. Unternehmen, die ihren Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung zu erweitern haben oder freiwillig eine Kapitalflussrechnung aufstellen, wird empfohlen, dies in Übereinstimmung mit diesem Standard zu tun. Darüber hinaus werden neben den allgemeinen Bestimmungen des HGB die speziellen Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie die Sondervorschriften für Krankenhäuser (KHBV) berücksichtigt.

Die Umsatzrentabilität der KDS GmbH verringerte sich mit 6 % in 2018 gegenüber einem Wert von 6,9 % im Geschäftsjahr 2017. Die Gesellschaft arbeitete effektiv mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und zeigte trotz eines geringeren Jahresüberschusses eine erfolgreiche Gesamtsituation.

Kennzahl	2018	2017	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	33 %	35 %	38 %
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	66 %	64 %	60 %
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	91 %	90 %	88 %
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	275 %	257 %	237 %
Zinsaufwandsquote	0 %	0 %	0 %
Liquidität 3. Grades	395 %	340 %	321 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	12.161 TEUR	11.447 TEUR	9.247 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität (ohne Sonderposten)	6 %	7 %	7 %
Eigenkapitalrentabilität (mit Sonderposten)	4 %	5 %	5 %
Gesamtkapitalrentabilität	4 %	4 %	4 %
Umsatz	102.058 TEUR	99.973 TEUR	97.170 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	102.129 TEUR	97.551 TEUR	95.488 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	6.042 TEUR	6.443 TEUR	4.025 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	55 %	53 %	53 %
Anzahl der Mitarbeiter	816	812	810

Geschäftsverlauf 2018

Die Klinikum Dahme-Spreewald GmbH betreibt zwei Krankenhäuser (Regelversorgung): Das Achenbach-Krankenhaus in Königs Wusterhausen (AKKW) und die Spreewaldklinik in Lübben (SWKL). Insgesamt verfügt die Gesellschaft über 453 Planbetten in den Fachbereichen Innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie/Geburtshilfe, Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, Kinder- und Jugendmedizin, Unfallchirurgie und Orthopädie, Anästhesiologie und Intensivmedizin sowie Radiologie.

Das Klinikum konnte das Geschäftsjahr mit einer zufriedenstellenden Geschäftsentwicklung abschließen. Der Rückgang der Fallzahlen der vollstationären DRG-Fälle ist schwerpunktmäßig auf die rückläufige Entwicklung im Bereich HNO und der Pädiatrie sowie der Gynäkologie zurückzuführen.

Die Materialaufwendungen haben sich inklusive der Apothekenversorgung für andere Kliniken gegenüber dem Vorjahr um 1,4 % erhöht. Durch die nachhaltige und konsequente Nutzung des Sana-Einkaufverbundes und durch die konsequente Ausnutzung des Blockheizkraftwerkes wurden im Geschäftsjahr die Kostenstrukturen im Sachkostenbereich weiter optimiert. Zusätzlicher Einsatz von Fremdpersonal zeigt ebenfalls eine steigende Tendenz.

Neben den vielen im Investitionsplan erfassten Reinvestitionen im Bereich IT und Medizintechnik wurden auch Sanierungsarbeiten an den Grundstücken und Gebäuden der Kliniken vorgenommen. Im Krankenhausinformationssystem wurde neben vielen kleinen Verbesserungen der Performance und Nutzerfreundlichkeit auch eine Beauftragung spezieller Softwarekomponenten für Dokumentation und Steuerung in der Notfallaufnahme vorgenommen. Es wurden zentrale Switche, Server und die Massenspeicher erneuert bzw. erweitert. Des Weiteren wurde in der Spreewaldklinik der Endoskopiebereich erneuert sowie an beiden Standorten das WLAN wesentlich für den Ausbau der Digitalisierung erweitert.

Der durchschnittliche Personalbestand stabilisierte sich mit 816 Beschäftigten, wovon 714 Vollzeitstellen sind. Im Herbst 2018 wurden insgesamt 5 Auszubildende der Gesundheits- und Krankenpflege in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Gleichzeitig konnten 31 Auszubildende der Gesundheits- und Krankenpflege ihre Ausbildung beginnen. Ausgaben für externe Fort- und Weiterbildung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 42 %. Wesentlicher Grund ist, dass sich durch die vielen gesetzlichen Änderungen, vor allem in den Bereichen der Qualitätssicherung und Ausbildung, der Bedarf an Weiterbildungen sukzessive erhöht.

Der Unternehmenswert der KDS GmbH wird neben den finanziellen Kennzahlen maßgeblich durch nicht-finanzielle Leistungsindikatoren bestimmt. Sie betreffen die Beziehungen zu Patienten und Mitarbeitern sowie das Leistungsportfolio im Einzugsgebiet. Diese Bausteine tragen zu einer zukunftsweisenden erfolgreichen Positionierung der KDS GmbH im Wettbewerb bei.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Zur frühzeitigen Erkennung von wesentlichen Risiken und Chancen nutzt die Sana Kliniken AG konzernweit bei allen Tochtergesellschaften ein ganzheitliches Risikomanagementsystem. Aus Erfahrung heraus zeigte sich, dass bestimmte Risiken in verschiedenen Gesellschaften in ähnlicher Form auftreten. Anhand des ganzheitlichen Risikomanagements können somit Strategien zur Vermeidung von Risiken frühzeitig angepasst werden. Ebenso ist es möglich, zentrale Risiken auf Konzernebene zu steuern und zu vermeiden. Derzeit sind keine bestandsgefährdenden Risiken bekannt.

Die jährliche Unternehmensplanung erstellt die KDS GmbH als Tochtergesellschaft der Sana Kliniken AG auf der Basis eines konzernweit standardisierten Planungsprozesses, wobei sowohl die individuellen Leistungsdaten als auch erwartete mikro- und makroökonomische Rahmenbedingungen und die zukünftige Ausrichtung des medizinischen Portfolios der Einzelgesellschaft berücksichtigt werden.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft wird gesehen in der Neuverhandlung des Tarifvertrages für die Mitarbeiter im ärztlichen Bereich, der im Geschäftsjahr 2019 verhandelt wird. Hier bestehen Risiken in Bezug auf die Personalaufwendungen, da die Höhe der zu vereinbarenden Steigerungsraten für Gehälter und Zuschläge deutlich die geplanten Veränderungen übersteigen kann.

Ein finanzielles und leistungsbezogenes Risiko besteht weiterhin in der personellen und fachlichen Besetzung des ärztlichen und auch nichtärztlichen Dienstes, da die Akquirierung benötigter Fachkräfte ist vor allem für den Standort Spreewaldklinik schwierig.

Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht bekannt.

Die Geschäftsführung sieht Chancen in der prognostizierten Entwicklung der Bevölkerungs- und Altersstruktur im Berliner Umfeld. Diese Entwicklungen werden engmaschig beobachtet, um strategische Entscheidungen zur Ergänzung oder Umstrukturierung des bestehenden klinischen Leistungsportfolios vorzunehmen. So wird insbesondere für die Spreewaldklinik infolge der demografischen Entwicklung eine deutliche Verschiebung zu älteren, polymorbiden Patienten erwartet. Diesen Herausforderungen begegnete das Klinikum bereits mit der Etablierung der Bereiche Palliativmedizin und Schmerztherapie. Am Standort Königs Wusterhausen reagierte man entsprechend mit dem Ausbau der Kardiologie und Gefäßmedizin.

Insgesamt erwartet die Geschäftsleitung im Jahr 2019 leicht steigende Fallzahlen und somit einen steigenden Umsatz, auch die Personalkosten werden steigen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2018	keine
	2017	keine
	2016	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	Gemäß dem bestehenden Konsortialvertrag zahlt die Sana Kliniken AG eine unbefristete jährliche Ausgleichszahlung i. H. v. 200 TEUR jeweils am 30. Juni eines jeden Jahres, erstmalig am 30. Juni 2011.	
Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.		
Konsolidierung		
Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der KDS GmbH.		

Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-314



	2018	2017	2016
Stammkapital in EUR	25.000	25.000	25.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH	25.000	100
Datum der Gründung	06.05.2008		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist die Übernahme von Dienstleistungen, die nicht zum Kernbereich der Aufgaben von Krankenhäusern gehören, insbesondere der Speiserversorgung		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr Michael Kabiersch Herr Jürgen Schulte		

Bilanz der KDS mbH (Tochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	58.972	83.524	128.254
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	2.380
	Entgeltlich erworbene Software	0	0	2.380
II.	Sachanlagen	27.490	52.042	94.392
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	27.490	52.042	93.912
2.	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	480
III.	Finanzanlagen	31.482	31.482	31.482
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	31.482	31.482	31.482
B.	Umlaufvermögen	321.353	278.879	213.281
I.	Vorräte	26.487	29.327	28.397
1.	Fertige Erzeugnisse	26.487	29.327	28.397
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	284.160	244.570	179.874
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.245	7.283	1.339
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	271.910	235.176	174.219
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	4.005	2.110	4.317
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	10.706	4.982	5.010
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	380.325	362.402	341.535
Passiva				
A.	Eigenkapital	197.828	197.828	190.668
I.	Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II.	Gewinnrücklage	172.828	165.668	161.828
III.	Bilanzgewinn	0	7.161	3.840
B.	Rückstellungen	104.140	90.331	77.974
1.	Steuerrückstellungen	269	1.531	6.110
2.	Sonstige Rückstellungen	103.871	88.800	71.864
C.	Verbindlichkeiten	78.357	74.242	72.893
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	62.114	66.855	65.084
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.535	0	0
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	7.708	7.388	7.809
	Bilanzsumme	380.325	362.402	341.535

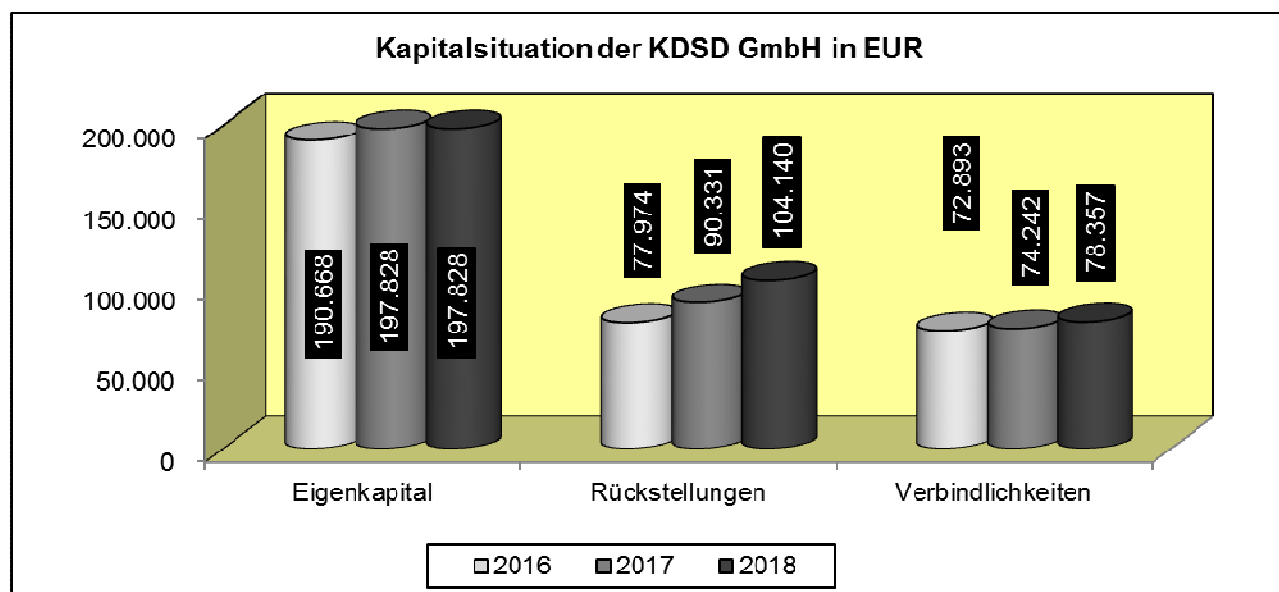
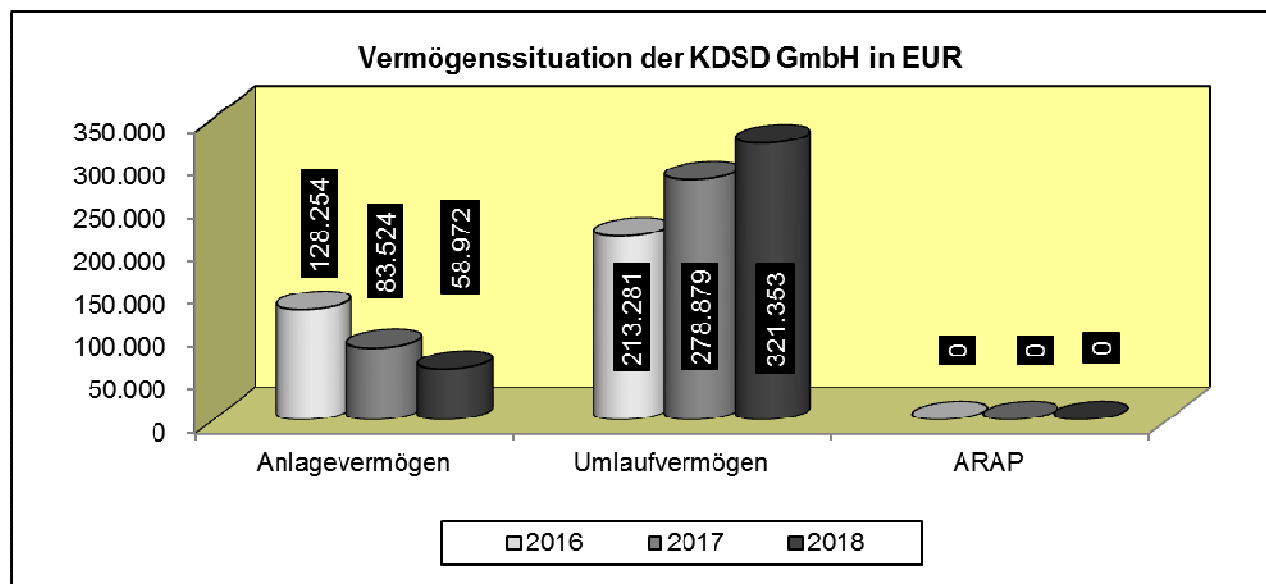
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen reduzierte sich im Berichtsjahr um 25 TEUR auf 59 TEUR. Im Wesentlichen waren hier die Vermögenswerte der Sachanlagen in Form von Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung dargestellt. Die Position Finanzanlagen zeigte die Geschäftsanteile der 100%igen Tochtergesellschaft KDSR mbH.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 42 TEUR auf 321 TEUR, was hauptsächlich auf die Erhöhung der Forderungen gegen verbundene Unternehmen zurückzuführen war. Hierbei handelt es sich um Forderungen aus einem Cash-Pooling-Guthaben bei der Sana Kliniken AG i. H. v. 252 TEUR sowie einer Forderung aus Ergebnisabführung gegenüber der KDSR mbH von rd. 20 TEUR.

Die sonstigen Rückstellungen wurden zum Ende des Geschäftsjahres in Höhe von 104 TEUR bilanziert und beinhalteten im Wesentlichen Rückstellungen für Personalaufwendungen in Höhe von 44 TEUR sowie für ausstehende Rechnungen in Höhe von 60 TEUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter resultieren aus dem ab 01.01.2018 wirksamen Ergebnisabführungsvertrag mit der Klinikum Dahme-Spreewald GmbH.



Gewinn- und Verlustrechnung der KDSD mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
1.	Umsatzerlöse	2.337.348	2.307.790	2.283.123
2.	Sonstige betriebliche Erträge	17.875	21.415	59.660
3.	Personalaufwand	-1.213.708	-1.163.187	-1.223.319
	a) Löhne und Gehälter	-983.961	-957.865	-986.321
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-229.747	-205.322	-236.997
4.	Materialaufwand	-925.224	-941.908	-883.796
	a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	-881.386	-849.887	-796.954
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-43.838	-92.021	-86.843
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-28.613	-39.315	-40.288
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-196.738	-223.409	-197.217
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50	0	0
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-9.010	-38.614	-1.837
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.882	-3.092	-1.795
11.	Sonstige Steuern	-160	-160	-432
12.	Aufwand aus EAV	-8.535	0	0
13.	Ertrag aus EAV	19.587	49.027	7.904
14.	Jahresüberschuss	0	7.161	3.840

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse setzten sich im Wesentlichen aus der Bereitstellung der Patientenverpflegung mit einem Volumen von 1.524 TEUR, der Bewirtschaftung von Cafeterien (430 TEUR), der Belieferung des Klinikums Dahme-Spreewald (239 TEUR) sowie der Belieferung externer Kunden (107 TEUR) zusammen.

Erträge aus Personalkostenerstattungen, Auflösung von Rückstellungen und Sachbezüge bildeten die Sonstigen betrieblichen Erträge.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten insbesondere die Aufwendungen für Beratungsleistungen sowie Serviceleistungen für die Verwaltung.

Analysedaten der KDSD mbH

Kennzahl	2018	2017	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	16 %	23 %	38 %
Eigenkapitalquote	52 %	55 %	56 %
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	335 %	237 %	149 %
Zinsaufwandsquote	0 %	0 %	0 %
Liquidität 3. Grades	176 %	169 %	141 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	46 TEUR	46 TEUR	40 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0 %	4 %	2 %
Gesamtkapitalrentabilität	0 %	2 %	1 %
Umsatz	2.337 TEUR	2.308 TEUR	2.283 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	2.337 TEUR	2.308 TEUR	2.283 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 TEUR	7 TEUR	4 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	52 %	50 %	54 %
Anzahl der Mitarbeiter	42	41	46

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2018	keine
	2017	keine
	2016	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt keine Konsolidierung der KDSD mbH.

Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH

Schillerstraße 29
 15907 Lübben (Spreewald)
 Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0
 Fax: +49 (0) 3546 / 75-314

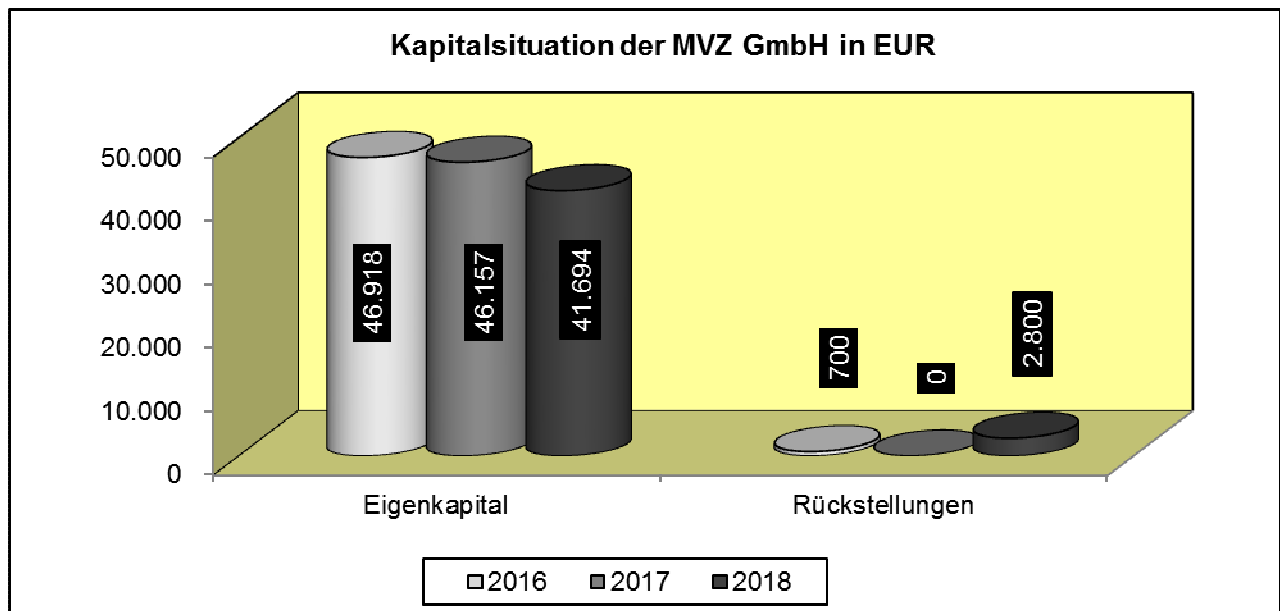
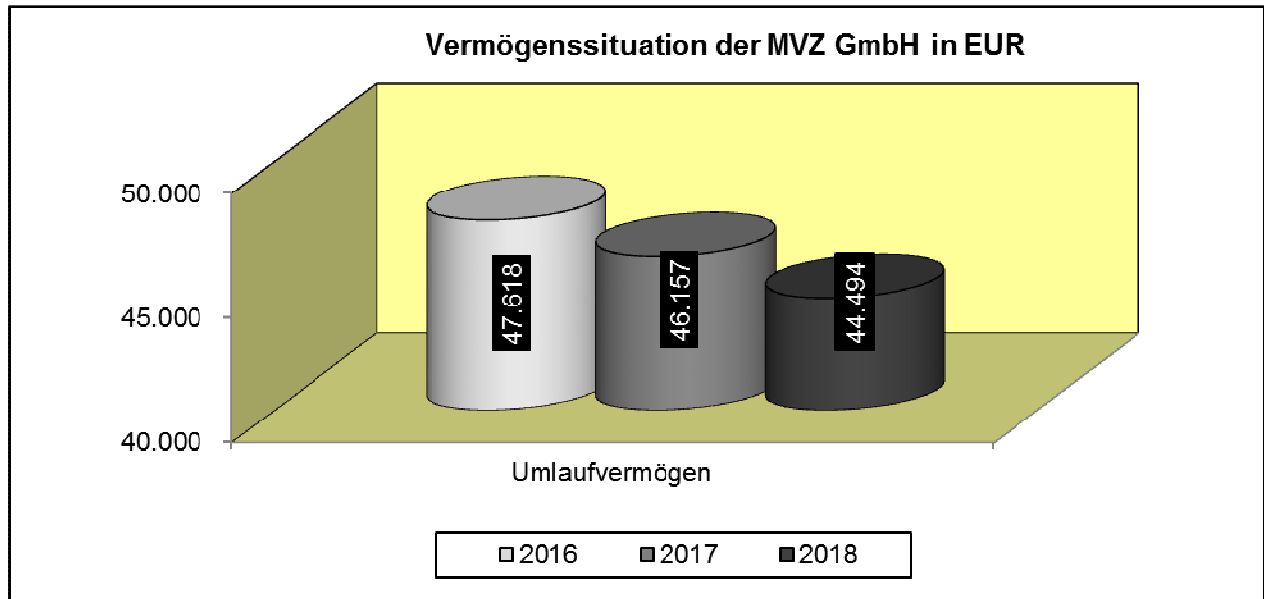


	2018	2017	2016
Stammkapital in EUR	50.000	50.000	50.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH	50.000	100
Datum der Gründung	01.01.2013		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 des Sozialgesetzbuches Fünftes Buch zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringungen der Krankenhausbehandlung und der Versorgung und Rehabilitation und nicht ärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebots und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie der integrierten Versorgung.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr Michael Kabiersch		

Hinweis: Da die MVZ GmbH auch im Jahr 2018 kein operatives Geschäft ausübte, wird auf eine Auswertung der Daten im Folgenden verzichtet.

Bilanz der MVZ GmbH (Tochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum	31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
Aktiva			
A. Umlaufvermögen	44.494	46.157	47.618
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	44.494	46.157	47.618
1. Forderungen gegen Gesellschafter	46.157	46.157	47.618
2. Sonstige Vermögensgegenstände	0	0	0
Bilanzsumme	44.494	46.157	47.618
Passiva			
A. Eigenkapital	41.694	46.157	46.918
I. Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000
II. Gewinnvortrag	-3.843	-3.082	-2.782
III. Jahresergebnis	-4.463	-761	-300
B. Rückstellungen	2.800	0	700
1. Sonstige Rückstellungen	2.800	0	700
Bilanzsumme	44.494	46.157	47.618



Gewinn- und Verlustrechnung der MVZ GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
1.	Sonstige betriebliche Erträge	0	700	0
2.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.463	-1.461	-300
3.	Steuern von Einkommen und Ertrag	0	0	0
4.	Ergebnis nach Steuern	-4.463	-761	-300
5.	Jahresergebnis	-4.463	-761	-300

Analysedaten der MVZ GmbH

Kennzahl	2018	2017	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	0 %	0 %	0 %
Eigenkapitalquote	94 %	100 %	99 %
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	-	-	-
Zinsaufwandsquote	-	-	-
Liquidität 3. Grades	-	-	-
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	-4.463 EUR	-761 EUR	-300 EUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	-11 %	-2 %	-1 %
Gesamtkapitalrentabilität	-10 %	-2 %	-1 %
Umsatz	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-4.463 EUR	-761 EUR	-300 EUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	-	-	-
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2018	keine
	2017	keine
	2016	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt keine Konsolidierung der MVZ GmbH.

Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-314



	2018	2017	2016
Stammkapital in EUR	25.000	25.000	25.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH	25.000	100
Datum der Gründung	03.05.2010		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung aller nichtmedizinischen Dienstleistungen, insbesondere Reinigungstätigkeiten, Tätigkeit des klinischen Hauspersonals, allgemeine hauswirtschaftliche Tätigkeiten, Hol- und Bringendienste, Transporte sowie Funktions- und Servicedienste.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr Michael Kabiersch Herr Jürgen Schulte		

Bilanz der KDSR mbH (Enkeltochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	50.697	48.999	63.878
I.	Sachanlagen	50.697	48.999	63.878
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	50.697	48.999	63.878
2.	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	0
B.	Umlaufvermögen	228.465	186.720	139.242
I.	Vorräte	2.226	2.226	2.226
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	226.239	184.494	137.016
1.	Forderungen aus Lieferung und Leistungen	3.016	22.746	1.173
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	221.556	157.417	128.073
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	1.667	4.331	7.770
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	0	0	0
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	3.138	0
	Bilanzsumme	279.162	238.857	203.120
Passiva				
A.	Eigenkapital	25.000	25.000	25.000
I.	Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II.	Gewinnrücklage	0	0	0
III.	Bilanzgewinn	0	0	0
B.	Rückstellungen	30.100	14.000	5.700
1.	Sonstige Rückstellungen	30.100	14.000	5.700
C.	Verbindlichkeiten	224.062	199.857	172.420
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.632	17.081	9.219
2.	Verbindlichkeiten ggü. Gesellschafter	19.587	49.027	0
3.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	36.000	0	7.904
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	161.843	133.749	155.297
	Bilanzsumme	279.162	238.857	203.120

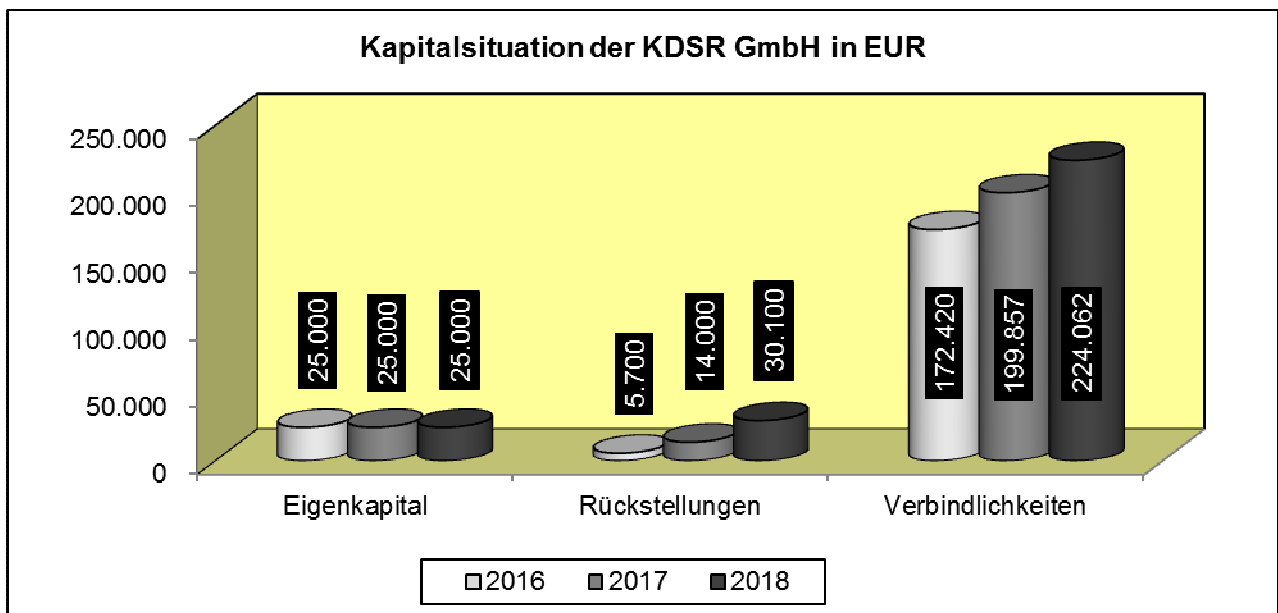
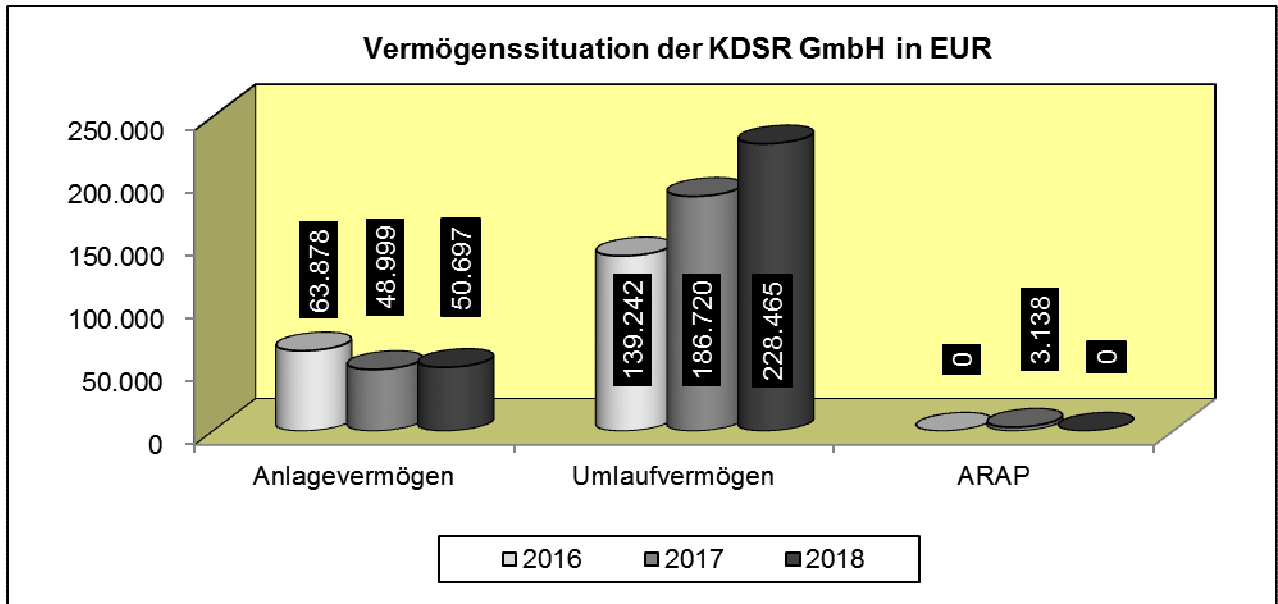
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen wies im Berichtsjahr keine wesentlichen Veränderungen auf. Im Wesentlichen waren hier die Vermögenswerte der Sachanlagen in Form von Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung dargestellt.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 42 TEUR auf 228 TEUR, was hauptsächlich auf eine Erhöhung der Forderungen gegen verbundene Unternehmen zurückzuführen war. Hierbei handelt es sich um Forderungen aus einem Cash-Pooling-Guthaben bei der Sana Kliniken AG i. H. v. 221,5 TEUR.

Die Sonstigen Rückstellungen wurden für Personalaufwendungen und ausstehende Rechnungen gebildet.

Die Verbindlichkeiten gegen Gesellschafter resultierten aus dem bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der KDS mbH. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen resultieren aus der Gut-schrift für Minderleistungen gegenüber der KDS GmbH. Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten aus der Lohn- und Gehaltsabrechnung Dezember in Höhe von 161,2 TEUR.



Gewinn- und Verlustrechnung der KDSR mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
1.	Umsatzerlöse	3.084.817	2.969.073	2.813.334
2.	Sonstige betriebliche Erträge	18.797	51.810	25.184
3.	Personalaufwand	-2.733.441	-2.624.838	-2.491.625
	a) Löhne und Gehälter	-2.269.150	-2.176.212	-2.063.911
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-464.291	-448.626	-427.714
4.	Materialaufwand	-95.995	-82.932	-66.814
	a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	-43.234	-46.361	-34.357
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-52.761	-36.571	-32.457
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-15.543	-15.278	-17.500
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-239.048	-248.785	-254.512
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-3
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19.587	49.050	8.064
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
11.	Sonstige Steuern	0	-23	-160
12.	Aufwand aus EAV	-19.587	-49.027	-7.904
13.	Ertrag aus EAV	0	0	0
14.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse resultierten fast ausschließlich aus der Erbringung von Reinigungsleistungen im Klinikum (3.047 TEUR).

Erträge aus Personalkostenerstattungen bildeten im Wesentlichen die Sonstigen betrieblichen Erträge.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten insbesondere die Aufwendungen für Beratungs- sowie Serviceleistungen für die Verwaltung.

Analysedaten der KDSR mbH

Kennzahl	2018	2017	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	18 %	21 %	31 %
Eigenkapitalquote	9 %	10 %	12 %
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	49 %	51 %	39 %
Zinsaufwandsquote	0 %	0 %	0 %
Liquidität 3. Grades	90 %	87 %	78 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	16 TEUR	15 TEUR	18 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0 %	0 %	0 %
Gesamtkapitalrentabilität	0 %	0 %	0 %
Umsatz	3.085 TEUR	2.969 TEUR	2.813 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	3.085 TEUR	2.969 TEUR	2.813 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	89 %	88 %	89 %
Anzahl der Mitarbeiter	115	114	114

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2018	keine
	2017	keine
	2016	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt keine Konsolidierung der KDSR mbH.

Teltower Kreiswerke GmbH

Wallstraße 35

10179 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 8060 2206

Fax: +49 (0) 30 / 8060 2207

E-Mail: TKWBERLIN@t-online.de

	2018	2017	2016
Stammkapital in EUR	200.000	200.000	200.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Landkreis Dahme-Spreewald	81.400	40,7
	Landkreis Teltow-Fläming	79.000	39,5
	Landkreis Potsdam-Mittelmark	39.600	19,8
Datum der Gründung	29.05.1929		
aktueller Gesellschaftsvertrag	27.10.2016		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Erwerb, soweit dieser für gesellschaftseigene und kommunale Zwecke erforderlich ist, sowie die Verwaltung, Vermietung, Verpachtung, Instandsetzung, Instandhaltung und Erweiterung von gesellschaftseigenen und sonstigen Grundstücken</p> <p>Verwaltung des eigenen Vermögens, Erbringung von Leistungen im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vom 16. Januar 1997 in Form der Verwaltung von Immobilien des ehemaligen Teltowvermögens in Berlin, die sich im Eigentum der Landkreise Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark als Rechtsnachfolger des ehemaligen Kreises Teltow befinden</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Mit der Übertragung der Anteile gemäß § 27 Rechtsträger-Abwicklungsgesetz nach 1990 vom ehemaligen Kreis Teltow auf die Landkreise sind die Gesellschafter der TKW GmbH die Landkreise Dahme-Spreewald mit 40,7 %, Teltow-Fläming mit 39,5 % und Potsdam-Mittelmark mit 19,8 %.</p>		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführerin:</u> Frau Annette Hansel</p> <p>Die Geschäftsführerin ist Beschäftigte der WSC GmbH, die mit Vertrag vom 11.12.2001 die Geschäftsbesorgung übernommen hat. Die Vergütung vorgenannter Organe ist mit der Geschäftsbesorgungsvergütung der WSC GmbH vollständig abgegolten.</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS:</u> Marion Degenhardt Dezerntin für Rechtsangelegenheiten und Verbraucherschutz</p> <p><u>Stellvertreter LDS:</u> Herr Heiko Jahn Dezernt für Kreisentwicklung, Wirtschaft, Finanzen, Ordnung und Sicherheit</p>		

Bilanz der TKW GmbH

Bilanz zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	177.916	176.878	177.128
I.	Sachanlagen	177.916	176.878	177.128
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	176.873	176.873	176.873
2.	Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	1.043	5	255
II.	Finanzanlagen	0	0	0
1.	Wertpapiere des Anlagevermögens	0	0	0
B.	Umlaufvermögen	1.030.155	980.852	934.127
I.	Vorräte	7.628	6.035	5.761
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.628	6.035	5.761
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	504	7.035	2.168
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	504	7.035	2.168
III.	Wertpapiere	0	0	0
1.	Sonstige Wertpapiere	0	0	0
IV.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.022.023	967.782	926.198
C	Rechnungsabgrenzungsposten	2.823	2.379	2.560
	Bilanzsumme	1.210.894	1.160.109	1.113.814
Passiva				
A.	Eigenkapital	1.180.611	1.121.620	1.078.488
I.	Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	200.000
II.	Kapitalrücklage	34.461	34.461	34.461
III.	Gewinnvortrag	887.158	844.028	784.285
IV.	Jahresüberschuss	58.992	43.131	59.743
B.	Rückstellungen	12.349	16.122	17.465
1.	Steuerrückstellungen	1.176	5.755	7.229
2.	Sonstige Rückstellungen	11.173	10.367	10.236
C.	Verbindlichkeiten	17.658	21.701	14.541
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.646	8.461	2.327
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	14.012	13.240	12.214
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	276	666	3.320
	Bilanzsumme	1.210.894	1.160.109	1.113.814

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen der Gesellschaft i. H. v. ca. 178 TEUR umfasst im Wesentlichen die Grundstücke Wohn- und Geschäftshaus in der Sachtlebenstraße 64/66 sowie das Gewerbegrundstück „Am Stichkanal“ in Berlin. Das Sachanlagevermögen erhöhte sich um 1 TEUR aufgrund von Anschaffungen im Büro.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 49 TEUR auf 1.030 TEUR.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände konnten drastisch reduziert werden.

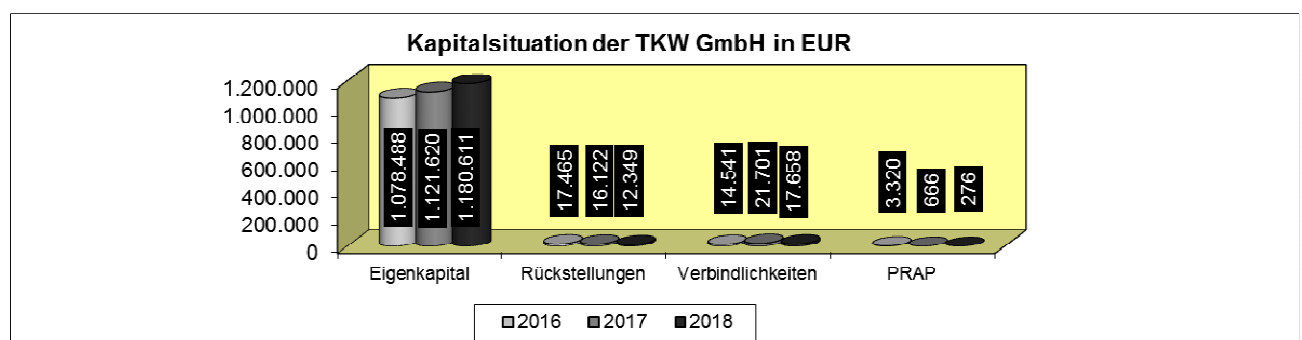
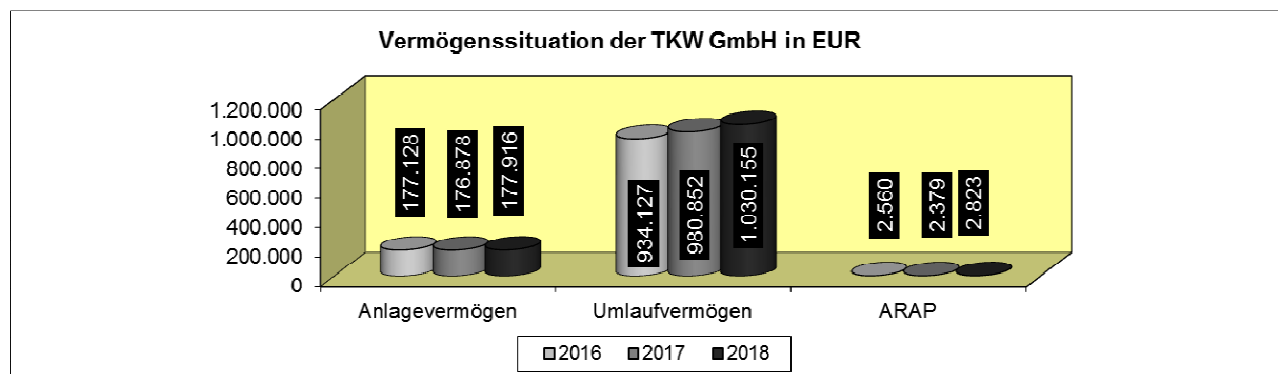
Der Kassenbestand und das Bankguthaben wies zum Bilanzstichtag liquide Mittel i. H. v. 1.022 TEUR auf. Dies entsprach einer Steigerung um ca. 54 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Die Liquidität der Gesellschaft ist sehr hoch.

Das Eigenkapital erhöht sich gegenüber dem Vorjahreswert planmäßig um den Jahresüberschuss von 58 TEUR. Zum Bilanzstichtag belief sich das Eigenkapital auf ca. 1.181 TEUR. Gemessen an der Bilanzsumme entsprach das einer Eigenkapitalquote von 97 %.

Die Rückstellungen in Höhe von 12 TEUR sind um fast 4 TEUR niedriger als im Vorjahr. Sie wurden für Abschluss- und Prüfungskosten sowie für Archivierungsmaßnahmen gebildet.

Die Verbindlichkeiten wurden mit 18 TEUR ausgewiesen. Der Anteil an sonstigen Verbindlichkeiten betrug dabei 14 TEUR und bezog sich im Wesentlichen auf Mietkautionen und Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt. Es bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 51 TEUR auf 1.211 TEUR.



Gewinn- und Verlustrechnung der TKW GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
1.	Umsatzerlöse	217.740	215.522	184.618
2.	Sonstige betriebliche Erträge	0	413	27.131
3.	Materialaufwand	-23.298	-55.015	-23.482
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-10.728	-9.402	-9.976
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-12.570	-45.613	-13.505
4.	Personalaufwand	-30.290	-29.379	-27.031
	a) Löhne und Gehälter	-24.750	-24.000	-22.200
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-5.540	-5.379	-4.831
5.	Abschreibungen auf immater. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-348	-250	-525
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-74.904	-74.231	-75.646
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	34	34	71
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0,00	-29
9.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-25.500	-9.522	-20.923
10.	Ergebnis nach Steuern	63.434	47.572	64.184
11.	Sonstige Steuern	-4.441	-4.441	-4.441
12.	Jahresüberschuss	58.993	43.131	59.743

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse wurden gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig gesteigert. Diese wurden im Wesentlichen aus der Immobilienverwaltung und den Mieteinnahmen generiert. Die Erhöhung ist begründet durch die Berechnung der Tätigkeiten des bei der TKW GmbH angestellten Hausmeisters für die Eigentümergemeinschaft.

Der Materialaufwand wurde um ca. 32 TEUR reduziert, da nur geringfügig Reparaturmaßnahmen im Mietshaus der Sachlebenstraße durchgeführt werden mussten.

Die Position Personalaufwand betrifft ausschließlich das Gehalt des Hausmeisters.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt 75 TEUR wurden allgemeine Betriebs- und Verwaltungskosten erfasst. Davon waren 61 TEUR den Aufwendungen für die Geschäftsbesorgung und die Erfüllung der Geschäftsführertätigkeiten durch die WSC GmbH zuzuschreiben.

Die Position Steuern vom Einkommen und vom Ertrag hat sich um ca. 16 TEUR erhöht. Diese umfasste im Wesentlichen die Körperschafts- und Gewerbesteuer, die ggü. dem Vorjahr erhöht wurden.

Die sonstigen Steuern in Höhe von 4 TEUR betreffen die zu entrichtende Grundsteuer.

Die TKW GmbH erwirtschaftete im Wirtschaftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss in Höhe von 59 TEUR. Das zeigt, dass das Unternehmen rentabel gearbeitet hat.

Analysedaten

Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage war entsprechend der Tätigkeit der Gesellschaft geordnet und stabil.

Der vergleichsweise geringe Anteil von Anlagevermögen im Verhältnis zur Bilanzsumme sowie der untypisch hohe Anteil des Umlaufvermögens, vorwiegend aus liquiden Mitteln resultierend, ist für ein Unternehmen der Immobilienbranche eher unüblich, hier aber bedingt durch Ansparung von Mitteln zur Objektertüchtigung. Die Anlagenintensität belief sich auf 15 %.

Die Eigenkapitalquote von 97 % ist als überdurchschnittlich hoch einzustufen. Diese ergab sich durch die fast durchgängige Erzielung von jährlichen Überschüssen, welche das Eigenkapital erhöhten. Eine Ausschüttung an die Gesellschafter erfolgte bisher nicht.

Der Liquidität 3. Grades erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahresniveau um 133%-Punkte. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist gesichert.

Die Eigenkapitalrentabilität hat sich nicht verändert und liegt bei 4 %, die Gesamtkapitalrentabilität liegt bei 5 %.

Der Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 16 TEUR.

In die Personalaufwandsquote flossen nicht die Kosten für die Geschäftsbesorgung durch die WSC GmbH ein sondern nur die Personalkosten für die Beschäftigung des direkt bei der TKW GmbH beschäftigten Mitarbeiters für Hausmeisterarbeiten. Daher kann die Quote von 14 % als sehr gut beurteilt werden.

Kennzahl	2018	2017	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	15 %	15 %	16 %
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	97 %	97 %	97 %
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	664 %	634 %	609 %
Zinsaufwandsquote	0 %	0 %	0 %
Liquidität 3. Grades	3.411 %	2.555 %	2.652%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	59 TEUR	43 TEUR	60 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	5 %	4 %	6 %
Gesamtkapitalrentabilität	5 %	4 %	5 %
Umsatz	218 TEUR	216 TEUR	185 TEUR
Gesamtleistung	218 TEUR	216 TEUR	212 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	59 TEUR	60 TEUR	59 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	14 %	14 %	13 %
Anzahl der Mitarbeiter	1	1	1

Geschäftsverlauf 2018

Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasste die Verwaltung der eigenen Immobilien und der Immobilien, die im Eigentum der Landkreise Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark stehen.

Zu den eigenen Immobilien gehören das durch die TKW GmbH ehemals betriebene E-Werk in Berlin-Steglitz in der Sachtlebenstraße (ehemalige Teltow-Werft) sowie die ehemaligen Werkwohnungen bzw. Lagerräume, die heute von Enkeln/Urenkeln der ehemaligen TKW-Mitarbeiter bewohnt bzw. genutzt werden.

Die Umsatzerlöse aus der Verwaltungstätigkeit und aus Vermietung und Verpachtung entwickelten sich ähnlich dem Vorjahr. In 2018 konnte die TKW GmbH weitere Umsatzerlöse akquirieren, die durch die Anstellung des Hausmeisters bei der TKW GmbH und der Weiterberechnung seiner Leistungen mit 19 % Umsatzsteuer an die Eigentümergemeinschaft i. H. v. 30 TEUR verbucht werden konnten.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2018 betrug 59 TEUR, lag aber geringfügig unter dem von der Gesellschafterversammlung bestätigten Wirtschaftsplan.

Im Geschäftsjahr wurden Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten in den Althallen durchgeführt. Die Fassadensanierung in der Sachtlebenstraße wurde bedingt durch die Projektentwicklung auf dem Nachbargrundstück und davon technisch, technologisch bedingter, abzuleitender Aktivitäten, insbesondere im Zusammenhang mit der Trennung und teilweisen Neuverlegung sämtlicher ingenieur-technischer Medien zur Grundstücksver- und -entsorgung zurückgestellt.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet und die Liquidität gesichert.

Das Eigenkapital der Gesellschaft konnte durch den positiven Geschäftsverlauf auf 1.181 TEUR gesteigert werden.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die Geschäftstätigkeit der TKW GmbH bezieht sich auf die Verwaltung von eigenen Immobilien sowie auf die Verwaltung des sogenannten Teltowvermögens. Dabei handelt es sich um 11 Objekte bzw. Liegenschaften der Eigentümergemeinschaft, bestehend aus dem Landkreis Dahme-Spreewald, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und dem Landkreis Teltow-Fläming. Die Verwaltung des Teltowvermögens erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der TKW GmbH und der Eigentümergemeinschaft.

Wesentliche Risiken könnten sich bei vollständigem Abkauf der verwalteten Immobilien oder Entzug des Geschäftsbesorgungsauftrages durch die Gesellschafter ergeben.

Chancen künftiger Entwicklungen könnten im Anstieg des Mietpreisniveaus und der Entwicklung der eigenen Immobilien gesehen werden, weil satzungsgemäß der Unternehmensgegenstand auf die Verwaltung von eigenen und von Immobilien aus dem Teltowvermögen begrenzt ist und nach Satzung ggf. mögliche Erwerbe notwendiger Grundstücke mit Ertragsauswirkung zur Zeit nicht gesehen werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2018	0
	2017	0
	2016	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2018	keine
	2017	keine
	2016	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2018	366
	2017	366
	2016	366

Darüber hinaus bestanden keine Kapitalzuführungen und -entnahmen, Verlustausgleiche, gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen sowie sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können (z.B. Betriebskostenzuschüsse).

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt die Equity-Konsolidierung der TKW GmbH.

Geschäftsbesorgungsbericht über die Verwaltung von Grundstücken

Aufgrund des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrages vom 16.01.1997, nebst 1. Änderung vom 10.07.2017 hat die Teltower Kreiswerke GmbH im Geschäftsjahr 2018 für die Eigentümergemeinschaft nach dem Kreis Teltow, angehörend die Landkreise Dahme-Spreewald (40,7 %), Teltow-Fläming (39,5 %) und Potsdam-Mittelmark,(19,8 %), die Verwaltung der im Eigentum stehenden Grundstücke durchgeführt.

Im Berichtszeitraum wurde aus der Grundstücksverwaltung ein Überschuss in Höhe von 959,6 TEUR erzielt. Der erzielte Überschuss lag um 58,4 TEUR über dem Planwert und ist auf Mehreinnahmen aus dem Grundstück „Am Stichkanal“ und dem Grundstück inkl. Mietshaus Sarrazinstraße erzielt worden. Das Mehrergebnis dominiert durch nicht verbrauchte sonstige Aufwendungen in den genannten Objekten.

An die Eigentümer wurde beteiligungsquotale eine Ausschüttung von insgesamt 900 TEUR vorgenommen, wovon der Landkreis Dahme-Spreewald 366 TEUR erhalten hat.

Der Gesamtbestand erhöhte sich durch den erwirtschafteten Überschuss abzüglich der Ausschüttung um 59,6 TEUR zum 31.12.2018.

Verwaltung von Grundstücken in Berlin:

- Das Grundstück Berlin-Lichterfelde in der Bäkestraße 13 ist an den Tennisclub „Grün-Weiss“ verpachtet. Es bestanden keine Pachtrückstände. (Haftpflicht- und Gebäudeversicherung werden regelmäßig kontrolliert.
- Das Grundstück Berlin-Britz am Delfter Ufer wird als Kleingartenfläche genutzt. Im Berichtsjahr waren alle Gärten verpachtet.
- Das Grundstück Berlin-Lichterfelde „Am Stichkanal“ besteht aus Industrieflächen und Kleingärten. Es waren alle Parzellen vollständig verpachtet. Im Berichtsjahr stammten ca. 81 % der gesamten Mieteinnahmen aus diesem Objekt.
- Beim Grundstück Berlin-Tiergarten in der Körnerstraße handelt es sich um ein Grundstück mit Erbbaurecht. Im Wege der Zwangsvollstreckung wurde das Erbbaurecht verkauft und das darauf befindliche Mietshaus wird vom Erbbaurechtsnehmer vermietet.
- Mit dem Grundstück Berlin-Wannsee am Stölpchensee wurden Einnahmen aus Verpachtungen, Stegzinsen, Angelkartenverkauf etc. erwirtschaftet.
- Das Grundstück Späthstraße in Berlin-Neukölln ist eine Straßenrandfläche (80 qm) ohne Nutzungsmöglichkeit. Das Grundstück wurde dem Bezirksamt Neukölln bereits zum Erwerb angeboten.
- Das Grundstück in Berlin-Friedenau in der Sarrazinstraße ist mit einem zu 100 % vermieteten Geschäftshaus bebaut. Modernisierung des Konferenzraumes, Renovierungsarbeiten in Mieträumen sowie der Einbau einer Feuerschutztür im Keller wurden durchgeführt.
- Das Grundstück in Berlin-Wannsee am Königsweg betrifft Wald- und Wegeflächen (3.380 qm), die als Verkehrsfläche genutzt werden. Die Einnahmen resultieren aus einem Gestattungsvertrag mit der Senatsverwaltung, die die Druckluftölsperre Nathanbrücke betreffen. Die Druckluftölsperre Teltowkanal wurde bereits im Jahr 2005 rückgebaut und das Gelände wieder in seiner Urzustand zurückversetzt. Daraufhin wurde der Gestattungsvertrag zum 31.12.2018 gekündigt.
- Das Grundstück in Berlin-Steglitz am Maulbronner Ufer ist ein nicht nutzbarer Geländestreifen (437 qm) am Teltow-Kanal. Einnahmen und Ausgaben entstanden daher nicht.
- Für das Grundstück in Berlin-Wannsee im Jagen 61 (1 qm Waldstreifen) sind weder Ausgaben noch Einnahmen angefallen.

Partnerschaft Deutschland PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Friedrichstraße 149

10117 Berlin

Tel.: +(49) (0) 30 / 25 76 79 0

Fax: +(49) (0) 30 / 25 76 199

E-Mail: info(at)pd-g.de

www.pd-g.de



	2018		
Stammkapital in EUR	1.770.000		
Gesellschafter (Stand 31.12.2018)	Name Gesellschafter	Anteile in TEUR	Anteile in %
	Bund	840,0	47,458
	PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	768,0	43,390
	PD-Beteiligungsverein „Forschung und Medizin“	18,0	1,017
	Land Mecklenburg-Vorpommern	10,0	0,565
	Land Nordrhein-Westfalen	10,0	0,565
	Land Baden-Württemberg	10,0	0,085
	Land Bremen	10,0	0,565
	Land Hamburg	10,0	0,565
	Land Hessen	10,0	0,565
	Land Niedersachsen	10,0	0,565
	Land Schleswig-Holstein	10,0	0,565
	Republik Zypern	10,0	0,565
	Deutscher Städte- und Gemeinde Bund e.V.	0,10	0,006
	Deutscher Landkreistag e.V.	0,10	0,006
	Deutscher Städtetag (OST)	0,10	0,006
	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Anstalt des öffentlichen Rechts	2,0	0,113
	Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV)	2,0	0,113
	Regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	2,0	0,113
	Stiftung Preußischer Kulturbesitz	2,0	0,113
	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	2,0	0,113
	Dataport Anstalt des öffentlichen Rechts	2,0	0,113
	Hochsauerlandkreis	1,5	0,085
	Kreis Herzogtum Lauenburg (Ratzeburg)	1,5	0,085
	Landkreis Celle	1,5	0,085
	Landkreis Mettmann	2,5	0,141
	Landkreis Nienburg/Weser	1,5	0,085
	Main-Taunus-Kreis	1,5	0,085
	Kreis Paderborn	2,5	0,141
	Landkreis Dahme-Spreewald	1,5	0,085
	Stadt Aachen	1,5	0,085
	Stadt Bad Hersfeld	0,5	0,028
	Stadt Barsinghausen	0,5	0,028
	Stadt Brake	0,2	0,011

	2018		
	Stadt Braunschweig	1,5	0,085
	Stadt Bremen	2,5	0,141
	Stadt Castrop-Rauxel	1,0	0,056
	Stadt Dormhagen	1,0	0,056
	Stadt Duisburg	2,5	0,141
	Stadt Ennepetal	0,5	0,028
	Stadt Halle (Westfalen)	0,5	0,028
	Stadt Hamminkeln	0,5	0,028
	Stadt Hüfelfeld	0,2	0,011
	Stadt Kamp-Lintfort	0,5	0,028
	Stadt Kluterthöhle Ennepetal	0,5	0,028
	Stadt Lengerich (Westf.)	0,5	0,028
	Stadt Lüneburg	1,0	0,056
	Stadt Monheim	0,5	0,028
	Stadt Nürnberg	2,5	0,141
	Stadt Papenburg	0,5	0,028
	Stadt Pattensen	0,2	0,011
	Stadt Ratingen	1,0	0,056
	Stadt Recklinghausen	1,5	0,085
	Stadt Remscheid	1,5	0,085
	Stadt Sehnde	0,5	0,028
	Stadt Taunusstein	0,5	0,028
	Stadt Unna	1,0	0,056
	Stadt Wuppertal	2,5	0,141
	Gemeinde Holzkirchen	0,2	0,011
	Samtgemeinde Lachendorf	0,2	0,011
	Gemeinde Merzenich	0,2	0,011
	Geschäftsanteile gesamt	1.770	100,00
Datum der Gründung	30.08.2016		
aktueller Gesellschaftsvertrag	12.07.2019		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen. Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche.</p> <p>Die Interessen des Mittelstandes sind bei der Arbeit der Gesellschaft zu berücksichtigen und zu fördern.</p> <p>Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte und Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu dienen.</p> <p>Die Gesellschaft darf keine Finanzkredite gewähren und keine Finanzkredite aufnehmen, wenn durch die Aufnahme des Finanzkredits die Kreditverbindlichkeiten der Gesellschaft insgesamt den Betrag von € 2.000.000 übersteigen, sowie keine Bürgschaften, Garantien, Patronatserklärungen oder ähnliche Haftungen übernehmen. Die Gewährung von Krediten und Bürgschaften des Unternehmens an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans und an Beschäftigte der Gesellschaft sowie ihre Angehörigen ist nicht zulässig.</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages Nr. 2017/112 vom 18.10.2017 und Bewilligung des Ministerium des Innern und Kommunales gemäß Schreiben vom 18.05.2018/13.07.2018 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p>		

	2018		
Beschäftigte	Insgesamt (durchschnittlich): 162		
	davon:		
	Geschäftsführer	2	
	Beschäftigte Mitarbeiter	160	
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u>	Stéphane Beemelmans Claus Wechselmann	
	<u>Gesellschafterversammlung:</u>	Herr Stefan Klein	
	Vertreter LDS	(Kämmerer, dauerhaft betraut)	
	Stellvertreter LDS	Frau Kathleen Wyrsh (-61-, Mitarbeiterin Kreisentwicklung)	
	<u>Aufsichtsrat:</u>		
	Vertreter LDS	kein AR-Mandat gem. 3.6 Pkt. Gesellschaftsvereinbarung	

Bilanz der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Bilanz zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	1.133.381	2.721.833	4.685.726
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	229.689	87.537	26.989
II.	Sachanlagen	903.692	634.296	158.737
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	903.692	634.296	158.737
III.	Finanzanlagen	0	2.000.000	4.500.000
B.	Umlaufvermögen	25.191.936	15.118.767	5.820.330
I.	Vorräte	2.311.376	1.278.383	619.426
1.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	2.311.376	1.278.383	619.426
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.110.473	8.496.872	2.763.381
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.650.662	8.208.516	2.652.521
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	459.811	288.356	110.860
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks	11.770.086	5.343.513	2.437.522
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	287.903	215.190	83.391
	Bilanzsumme	26.613.219	18.055.790	10.589.447
Passiva				
A.	Eigenkapital	12.086.040	9.173.998	6.997.472
I.	Ausgegebenes Kapital	1.002.000	1.002.000	1.002.000
1.	Gezeichnetes Kapital	1.770.000	1.770.000	1.770.000
2.	eigene Anteile	-768.000	-768.000	-768.000
II.	Kapitalrücklage	3.608.073	3.608.073	3.608.073
III.	Gewinnrücklagen	3.617.824	1.725.623	1.063.847
IV.	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	3.858.143	2.838.302	1.323.552
B.	Rückstellungen	8.677.546	3.855.259	1.713.415
1.	Steuerrückstellungen	1.666.492	1.096.262	126.853
2.	Sonstige Rückstellungen	7.011.055	2.758.997	1.586.562
C.	Verbindlichkeiten	5.849.633	5.026.534	1.878.561
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.239.600	516.097	665.860
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.287.235	3.550.208	856.937
4.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	6.952	0	0
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	1.315.846	960.228	355.764
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	26.613.219	18.055.790	10.589.447

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Aufgrund der im Berichtsjahr deutlich gesteigerten Beratungsleistungen erhöhte sich das Vermögen der Gesellschaft um ca. 47 % auf 26.613 TEUR (Vj. 18.056 TEUR) deutlich.

Die gesteigerte Geschäftstätigkeit der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH spiegelt sich dementsprechend in allen Bilanzpositionen wieder. Die positive Geschäftsentwicklung zeigte sich auch in der Entwicklung des Umlaufvermögens, welches sich um ca. 67 % auf 25.192 TEUR (Vj. 15.119 TEUR) erhöhte.

Die unter Vorräte untergeordnete Position „unfertige Erzeugnisse“ beinhalten noch nicht abgeschlossene Beratungsaufträge. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich diese um ca. 81 % auf 2.311 TEUR (Vj. 1.278 TEUR). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 10.651 TEUR (Vj. 8.209 TEUR) enthalten im Wesentlichen Forderungen aus erbrachten Beratungsleistungen. Diese stiegen um ca. 32 % auf 6.651 TEUR (Vj. 5.038 TEUR). Sämtliche Forderungen sind innerhalb eines Jahres fällig.

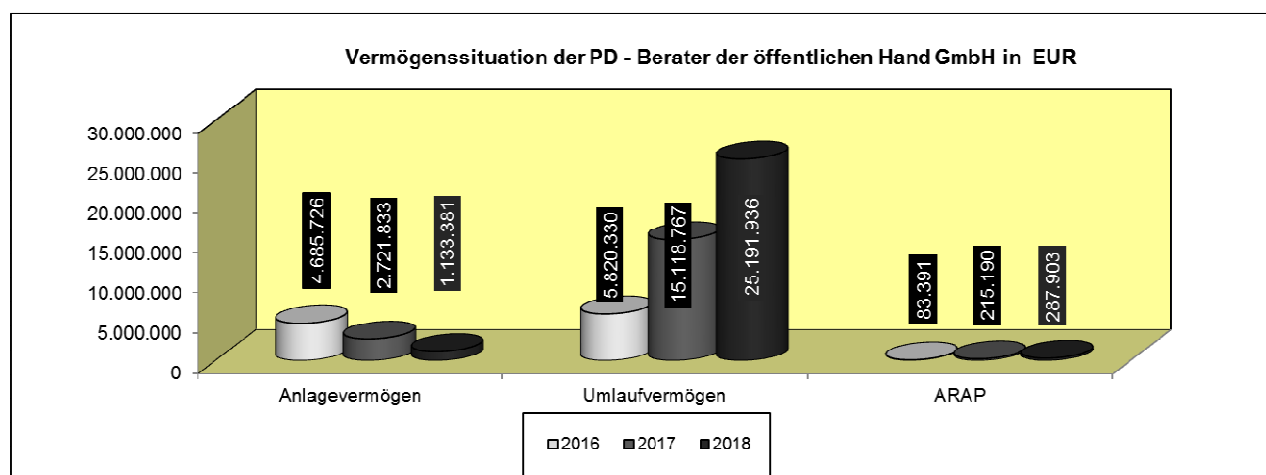
Mit der erhöhten Beratungsleistung stieg auch der Kassenbestand um ca. 120 % auf 11.770 TEUR (Vj. 5.344 TEUR) an, wenngleich diese Entwicklung durch die Auflösung des noch im Vorjahr unter dem Anlagevermögen / Finanzanlagen erfassten Schuldscheindarlehens in Höhe von 2.000 TEUR begünstigt hat. Das Anlagevermögen reduzierte sich somit um ca. 58 % auf 1.133 TEUR (Vj. 2.722 TEUR).

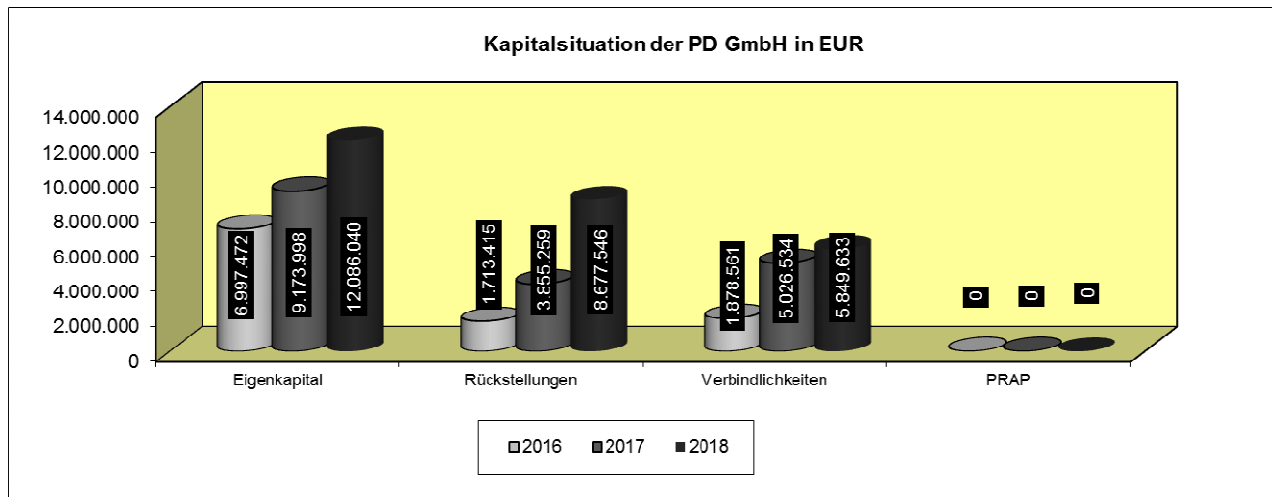
Das Eigenkapital der Gesellschaft konnte aufgrund der gestiegenen Gewinnrücklage (Zuführung aus Jahresergebnis 2017) und dem in 2018 erzielten Jahresüberschuss in Höhe von 3.858 TEUR gestärkt werden. Ziel ist es, gemäß Wirtschaftsplan für 2019, die Gewinnrücklage (Stand 31.12.2018: 3.618 TEUR) langfristig auf 18.440 TEUR anwachsen zu lassen um finanzielle Vorsorge der mit dem Wachstum verbundenen Personalkostenentwicklung gerecht zu werden.

Zum Bilanzstichtag belief sich das Eigenkapital auf 12.086 TEUR (Vj. 9.174 TEUR). Das gezeichnete Kapital sowie die Kapitalrücklage blieben konstant gegenüber dem Vorjahr. Für das Berichtsjahr errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 45 % (Vj. 51 %). Die Reduzierung ist auf die Auflösung des Schuldscheindarlehens zurückzuführen, die nunmehr dem Umlaufvermögen und nicht mehr dem Eigenkapital zuzurechnen ist.

Die im Geschäftsjahr gesteigerte Beratungstätigkeit erfolgte unter Hinzuziehung externer Dienstleister. In diesem Zusammenhang war ein deutlicher Anstieg der Rückstellungen zu verzeichnen. Diese erhöhten sich auf 8.678 TEUR (Vj. 3.855 TEUR) und betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für ausstehende Rechnungen von Fremdleistungen (4.455 TEUR), Rückstellungen für Tantiemen (1.285 TEUR), sowie Rückstellungen für sonstige Personalkosten (874 TEUR).

Die Verbindlichkeiten (5.850 TEUR) erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig und sind kurzfristiger Natur.





Gewinn- und Verlustrechnung der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2018 in EUR	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR
1.	Umsatzerlöse	42.435.159	25.301.928	11.637.726
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	1.032.993	658.956	-241.601
3.	sonstige betriebliche Erträge	90.523	101.899	56.661
4.	Materialaufwand	-19.973.479	-9.773.885	-3.401.897
5.	Personalaufwand	-13.567.361	-9.422.293	-4.948.197
	a) Löhne und Gehälter	-11.977.250	-8.414.740	-4.468.863
	b) Soziale Abgaben und Aufw. für Altersversorgung und Unterstützung	-1.590.110	-1.007.552	-479.334
6.	Abschreibungen	-357.906	-206.428	-77.993
	a) Abschreibungen auf imm.VG und Sachanlagen	-357.906	-206.428	-77.993
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.104.965	-2.570.623	-1.611.185
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	5.554.964	4.089.555	1.413.515
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.010	38.069	62.338
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.233	-2.449	-4.831
11.	Finanzergebnis	3.777	35.620	57.507
13.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.700.291	-1.286.445	-147.426
12.	Ergebnis nach Steuern	3.858.450	2.838.729	1.323.596
14.	Sonstige Steuern	-307	-427	-44
15.	Jahresergebnis	3.858.143	2.838.302	1.323.552

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Berichtsjahr auf 42.435 TEUR (Vj. 25.302 TEUR) und lagen damit deutlich über dem Vorjahreswert.

Sonstige betriebliche Erträge beinhalten im Wesentlichen periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 78 TEUR.

Aufgrund der stark nachgefragten Beratungsleistung im Berichtsjahr war auch ein deutlicher Anstieg des Materialaufwands in Höhe von 19.973 TEUR (Vj. 9.774 TEUR) zu verzeichnen. Eine ähnliche Entwicklung lag auch bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen vor. Diese stiegen auf 4.105 TEUR (2.571 TEUR).

Die Abschreibungen in Höhe von 358 TEUR betreffen planmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen.

Bedingt durch die Neueinstellung von 55 Mitarbeitern erhöhte sich der Personalaufwand auf 13.567 TEUR (Vj. 9.422 TEUR). Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 160 Arbeitnehmer bei der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH beschäftigt.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.858 TEUR ab und übertraf damit die im Wirtschaftsplan 2018 verankerten Wachstumserwartungen von 2.779 TEUR.

Analysedaten

Mit Auflösung der ursprünglich den Finanzanlagen zugeordneten Ausleihungen in Höhe von 2 Mio. EUR reduzierte sich das Anlagenvermögen entsprechend und erklärt die Reduzierung der Anlagenintensität von 15 % des Vorjahres auf 4 %. Da es sich um ein Dienstleistungsunternehmen ohne eigene Objekte handelt, zeigt sich eine hierfür charakteristische niedrige Anlagenintensität.

Die Finanzierung des Anlagevermögens, gemessen am Eigenkapital in Form der Anlagendeckung ist mit 1.066 % sichergestellt.

Mit einer Eigenkapitalquote in Höhe von 45 % weist die Gesellschaft weiterhin eine sehr solide Kapitalausstattung aus. Aufgrund des im Geschäftsjahr deutlichen Anstiegs des Vermögens der Gesellschaft bei unterproportionaler Erhöhung des Eigenkapitals reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr die Eigenkapitalquote von 51 % auf 45 %. Die Eigenkapitalrentabilität von 32 % entspricht dem Vorjahresniveau.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die Liquidität 3. Grades in Höhe von 173 % bestätigt dies deutlich. Die positive Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr spiegelt sich auch in dem erneut gestiegenen Cash Flow aus der Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.943 TEUR (Vj. 3.045 TEUR) wieder.

Gemessen an der Gesamtleistung war eine unterproportionale Entwicklung der Personalaufwendungen zu verzeichnen, so dass die Personalaufwandsquote im Vergleich zum Vorjahr um 5 %-Punkte auf 31 % gesunken ist. Im Berichtsjahr wurden 55 neue Mitarbeiter eingestellt. Externe Beratungsleistungen, die zur Erfüllung der Beratungsverträge erforderlich waren, sind nicht in den Personalaufwendungen enthalten.

Kennzahl	2018	2017	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	4 %	15 %	44%
Eigenkapitalquote	45%	51%	66%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	1.066%	337%	149%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	173%	170%	162%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	3.943 TEUR	3.045 TEUR	1.402 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	30%	31%	19%
Gesamtkapitalrentabilität	13%	16%	13%
Umsatz	42.435 TEUR	25.302 TEUR	11.638 TEUR
Gesamtleistung	43.558 TEUR	26.063 TEUR	11.936 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	3.858 TEUR	2.838 TEUR	1.324 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	31%	36%	41%
Anzahl der Mitarbeiter (durchschnittlich)	160	105	55

Geschäftsverlauf 2018

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.858 TEUR ab und realisierte damit eine Planüberschreitung von ca. 1.036 TEUR. Das Geschäftsjahr 2018 kann daher als sehr erfolgreich bewertet werden. Im Vergleich zum Vorjahr lag eine Ergebnisverbesserung von ca. 1.020 TEUR vor.

Bedingt durch den signifikanten Anstieg der Gesamtleistung im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich auch die Kosten, insbesondere die Personalkosten und damit korrespondierende Mietkosten für weitere Büroräume in Berlin und Düsseldorf. Gleiches gilt auch für die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen für rechtliche und technische Beratungsleistungen.

Im Berichtsjahr konnten die Geschäftsbereiche Bau/Infrastruktur und Strategische Verwaltungsmodernisierung weiter ausgebaut und die Marktposition gestärkt werden. Dabei gelang es die Kundenbindung zu stärken und den Kundenstamm weiter auszubauen, so dass die PD als profilierter Projektberater ihre Marktposition festigen konnte.

Als Reaktion auf veränderte Markt- und Kundenanforderungen wurde Anfang des Jahres 2018 eine Betriebsstätte in Nordrhein-Westfalen, in Düsseldorf, eröffnet. Zielstellung war neben einer größeren Kundennähe regionale Kundenberater mit spezifischen Regionalkompetenzen zu gewinnen und eine intensivere Vernetzung der PD in kommunal- und landespolitischen Netzwerken zu erlangen. Die dazu vereinbarten wirtschaftlichen Zielwerte wurden deutlich übertroffen.

Verbunden mit dem Wachstum der Gesellschaft wurden auch die internen Strukturen weiter ausgebaut. Neben den bestehenden Bereichen Marketing/Kommunikation und interne IT wird die Struktur durch die Bereiche Recht, Organisation und Gesellschafterbetreuung und eine nun eigenständige Personalabteilung ergänzt.

Der Plan-Ist-Vergleich zum Berichtsjahr 2018 verdeutlicht noch einmal die überaus positive Geschäftsentwicklung. Maßgeblich war dafür der starke Anstieg der Gesamtleistung durch den Ausbau der Beratungstätigkeit. Aufgrund dessen, dass der Personalaufbau nicht wie geplant realisiert werden konnte, waren gegenüber der Prognose höhere Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen zu verzeichnen. Die Personalaufwendungen lagen daher unterhalb der Planwerte. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in der Berichtsperiode entsprachen dem Vorjahresniveau.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2018 zu jedem Zeitpunkt sichergestellt.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die Gesellschaft sieht Wachstumspotenziale in den Geschäftsbereichen Strategische Verwaltungsmodernisierung und Bau/Infrastruktur/Kommunalberatung. Des Weiteren sollen die Beratungskompetenzen in den Bereichen Verwaltungsmodernisierung, öffentliche IT, Immobilien und Infrastruktur sowie im Gesundheitssektor auf föderalen Ebenen weiter ausgebaut werden.

Die bereits begonnene Regionalisierungsstrategie soll mit der Gründung einer weiteren Betriebsstätte in Hessen, Wiesbaden, fortgesetzt werden.

Gemäß dem am 05.12.2018 beschlossenen Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 einschließlich der Mittelfristplanung für die Jahre 2020-2023 wird ein kontinuierliches Wachstum mit weiter steigenden Jahresergebnissen erwartet. Der voraussichtliche Anstieg der Gesamtleistung im Zeitraum von 2019-2023 wird mit ca. 50 % beziffert.

Für 2019 wird die weitere Personalgewinnung von insgesamt 52 Mitarbeitern im operativen und nicht operativen Bereich angestrebt. In diesem Zusammenhang geht die Geschäftsleitung von einer deutlichen Reduzierung der projektbezogenen Fremdleistungen sowie von verminderten sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Raumkosten, Marketingkosten, interne Beratungskosten, etc.) in 2019 aus. Ein moderater Anstieg der Gesamtleistung sowie ein positives operatives Jahresergebnis werden erneut erwartet.

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH verfügt über ein softwaregestütztes Risikomanagementsystem. Im Fokus der Risikoerkennung und Analyse stehen insbesondere die Projektplanung, Projektsteuerung und –überwachung. Innerhalb des Controllings erfolgt eine unterjährige Berichterstattung zur Unternehmensentwicklung bezogen auf die Erreichbarkeit der Jahres- und mittelfristigen Unternehmensplanung sowie damit zusammenhängende Markteinflüsse.

Neben den projektbasierten Risiken, erfolgt auch für die internen (operativen) Unternehmensrisiken eine regelmäßige Bestandsaufnahme und Bewertung. Im Geschäftsjahr bestanden keine den Fortbestand der Gesellschaft bedrohenden Risiken.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

Der Landkreis erwarb zum 20.02.2018 15 Geschäftsanteile zum reduzierten Nominalpreis in Höhe von 100 EUR/Geschäftsanteil vom Bund, Gesellschafter der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH. Aufgrund der gewählten Variante des Anteilerwerbs verzichtet der Landkreis auf einen Gewinnbezug, Rücklagen, Ansprüche aus Liquidationserlösen u.ä., trägt aber auch kein finanzielles Risiko. Geschäftsanteile könnten verlustfrei an den Bund rückübertragen werden.

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2018	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2018	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalebürgschaften)	2018	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2018	keine

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Konsolidierung der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH zu Anschaffungskosten.

Zweckverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts

Zweckverbände

Die Jahresabschlussdaten von Zweckverbänden werden im Beteiligungsbericht nicht zwingend erfasst (vgl. § 61 KomHKV). Der Landkreis Dahme-Spreewald ist in folgenden Zweckverbänden Mitglied:

- Kommunaler Abfallzweckverband „Niederlausitz“ (KAEV)
- Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV)
- Zweckverband Niederlausitzer Studieninstitut (NLSI),
- Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA),
- Zweckverband für die Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam.

Die nachfolgenden Zweckverbände KAEV und SBAZV zählen jedoch zum Konsolidierungskreis des Landkreises Dahme-Spreewald. Daher soll ein kurzer Einblick in diese Zweckverbände gegeben werden.

Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ (KAEV)

Frankfurter Straße 45
15907 Lübben (Spreewald)
Tel.: +49 (0) 3546 - 27 04 11
Fax: +49 (0) 3546 - 27 04 44
E-Mail: info@kaev.de
www.kaev.de



Der KAEV ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger für Teile des Landkreises Dahme-Spreewald und Teile des Landkreises Oberspreewald-Lausitz. Verbandsmitglieder sind somit die Landkreise Dahme-Spreewald und Oberspreewald-Lausitz.

Die Gründung erfolgte am 02.10.1991.

Verbandsmitglieder Stimmenverteilung:

Landkreis Dahme-Spreewald	6 (50 %)
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	6 (50 %)

Dem Kommunalen Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ obliegen die Aufgaben der Abfallwirtschaft gemäß deren Gesetzmäßigkeiten.

Der KAEV ist Eigentümer, Betreiber und Inhaber der Siedlungsabfalldeponien Lübben-Ratsvorwerk Deponieabschnitt I und Deponieabschnitt II, Görnitz (bei Vetschau), Luckau-Wittmannsdorf sowie Bergen und ist verantwortlich für deren Sicherung, Rekultivierung und Nachsorge. Er betreibt eine Anlage zur mechanisch-biologischen Aufbereitung von Ersatzbrennstoff (MBV/EBS-Anlage) am Standort des Entsorgungszentrums in Lübben-Ratsvorwerk.

Die Bilanzsumme belief sich zum 31.12.2018 auf 28.085 TEUR. Es wurde ein positiver Bilanzgewinn von 35 TEUR ausgewiesen.

Südbrandenburgischer Abfallzweckverband

Teltowkehre 20
 14974 Ludwigsfelde
 Tel.: +49 (0) 3378 / 51 80 0
 Fax: +49 (0) 3378 / 51 80 101
 E-Mail: verband@sbazv.de
 www.sbazv.de



Der SBAZV ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger für den Landkreis Teltow Fläming und Teile des Landkreises Dahme-Spreewald (Amt Schenkenländchen sowie die amtsfreien Gemeinden Bestensee, Eichwalde, Heidesee, Schönefeld, Schulzendorf, Zeuthen und die Städte Königs Wusterhausen, Wildau und Mittenwalde).

Die Gründung erfolgte am 27.08.1993.

Die Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Verbandsvorstand und der Verbandsvorsteher.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Verbandsmitglieder Stimmenverteilung

Landkreis Dahme - Spreewald	7 (41 %)
Landkreis Teltow-Fläming	10 (59 %)

Dem SBAZV obliegen die Aufgaben der Abfallwirtschaft gemäß deren Gesetzmäßigkeiten.

Der SBAZV ist Inhaber von 5 Deponien (Deponie "Frankenfelder Berg" in Luckenwalde, Deponie Senzig, Deponie Horstfelde, Deponie "Markendorfer Chaussee" bei Jüterbog und Deponie Oehna), die nicht mehr zur Annahme von Abfällen genutzt werden. Es besteht für die geschlossenen Deponien eine langfristige Nachsorge und Sicherungspflicht. Die REST Regionale Entsorgungsservice und Transport GmbH, eine 100 %ige Tochter des SBAZV, übernimmt u. a. die Aufgabe der Nachfolgenutzung der Deponien.

Neben der haushaltsnahen Abfallsammlung im Holsystem erfolgt die Abfallannahme im Bringsystem über die 3 Recyclinghöfe des SBAZV an den Standorten in Luckenwalde, Niederlehme und Ludwigsfelde.

Gemeinsam mit der Sand- und Mörtelwerk GmbH & Co. KG (SMW) hat der SBAZV die gemischtwirtschaftliche Gesellschaft terravas GmbH gegründet. Gegenstand der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb einer Deponie zur Entsorgung von Abfällen der Deponieklasse I.

Der SBAZV ist Mitglied im Zweckverband Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB), dessen Aufgaben der Bau und der Betrieb einer Restabfallbehandlungsanlage sowie die Abfallaufbereitung zur weiteren Verwertung bzw. Beseitigung sind.

Die Bilanzsumme belief sich zum 31.12.2018 auf 66.775 TEUR. Es wurde ein Jahresergebnis i. H. v. 203 TEUR erwirtschaftet.

Körperschaften des öffentlichen Rechts

Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald

Regionale Planungsstelle
 Gulbener Straße 24
 03046 Cottbus
 Tel.: +49 (0) 3555 / 49 49 24 10
 Fax: +49 (0) 3555 / 49 49 24 18
 E-Mail: poststelle@rpgls.brandenburg.de
www.region-lausitz-spreewald.de



Die Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Wirkungskreis der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz Spreewald erstreckt sich auf das Gebiet der kreisfreien Stadt Cottbus und der Landkreise Dahme-Spreewald, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster.

Die Organe der Regionalen Planungsgemeinschaft sind die Regionalversammlung und der Regionalvorstand.

Seit dem Jahr 2000 wird eine Umlage auf der Basis der Einwohnerzahlen erhoben. Der Anteil des Landkreises beträgt ca. 11 TEUR. Die Stimmenverteilung in der Regionalversammlung richtet sich ebenfalls nach der Einwohnerzahl zum Stand der Kommunalwahl.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Mitglieder	Stimmenverteilung
Stadt Cottbus	5
Landkreis Dahme-Spreewald	9
Landkreis Elbe-Elster	6
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	7
Landkreis Spree-Neiße	7
Vertreter Braunkohlenausschuss	1

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AKKW	Achenbach- Krankenhaus Königs Wusterhausen
ARAP	Aktive(r) Rechnungsabgrenzungsposten
ARGE CNB	Arbeitsgemeinschaft Center Nahverkehr Berlin
ATZ	Altersteilzeit
AV	Anlagevermögen
BADC	Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BER	Flughafen Berlin Brandenburg
CB	Cottbus
DMBILG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutsche Mark und die Kapitalneufestsetzung
EAV	Ergebnisabführungsvertrag
EBEG GmbH	Entwicklungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Königs Wusterhausen
EK-Charakter	Eigenkapitalcharakter
EK-Quote	Eigenkapitalquote
ELS	Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH
EU	Europäische Union
GF	Geschäftsführer
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HRB	Handelsregisterblatt
i. H. v.	in Höhe von
i. L.	in Liquidation
IBA	Internationale Bauausstellung Fürst - Pückler - Land GmbH
IHK Cottbus	Industrie- und Handelskammer Cottbus
ILB	Investitionsbank des Landes Brandenburg
imm.	immaterielle
I.N.A.	Internationale Naturausstellung Lieberoser Heide GmbH
KAEV	Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“
KDS	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH
KDSD	Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH
KDSR	Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KHG	Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze
KomHKV	Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung
KW	Königs Wusterhausen
LDS	Landkreis Dahme- Spreewald
LEP FS	Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung vom 16.06.2006
LKGBbg	Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg
mbH	mit beschränkter Haftung
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum am Achenbach-Krankenhaus GmbH
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖV- Netz	Öffentliches Verkehrsnetz
P	Potsdam
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PD	Berater der öffentliche Hand GmbH
PRAP	Passive(r) Rechnungsabgrenzungsposten
QM-System	Qualitätsmanagementsystem
RVS	Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH
SBAZV	Südbrandenburgischer Abfallzweckverband
SMB-Gelände	Schweremaschinenbau-Gelände

SoPo	Sonderposten
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
stellver.	stellvertretende
SWKL	Spreewaldklinik Lübben
TAZV	Trink- und Abwasserzweckverband Luckau
TF	Teltow-Fläming
TGZ	Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH
TH Wildau	Technische Hochschule Wildau
TKW	Teltower Kreiswerke GmbH
VBB	Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH
Vj.	Vorjahr
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH
Wgkm	Wagenkilometer
WRL	Wirtschaftsregion Lausitz GmbH
ZLR	Zentrum für Luft- und Raumfahrt
ZFZ	Zentrum für Zukunftstechnologien